

(Beginn: 15.33 Uhr - Ende: 21.33 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 49. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister, die hier sind, und alle Mitglieder des Rates natürlich. Ganz besonders herzlich möchte ich heute Herrn Thelen begrüßen und mich bei ihm dafür bedanken, dass er hier ist. Er hat heute Geburtstag.

(Beifall)

Außerdem begrüße ich unser neues Ratsmitglied Herrn Kara, den ich gleich verpflichten möchte. - Herzlich willkommen zurück im Rat, Herr Kara.

(Beifall)

Herr Kara wurde als Nachfolger für Herrn Klausung gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Herr Kara, ich bitte Sie nun, sofort zu mir nach vorn zu kommen. - Zudem bitte ich Sie alle, meine Damen und Herren, sich wieder von Ihren Plätzen zu erheben, auch die Gäste auf der Zuschauertribüne bitte sowie die Vertreter der Medien. Die Bezirksbürgermeister kennen das schon.

(Efkan Kara [CDU] begibt sich zu Oberbürgermeisterin Henriette Reker)

Herr Kara, wir haben uns eben schon begrüßt, aber wir tun das noch einmal. Ich verpflichte Sie im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Efkan Kara [CDU]: Sehr gern! - Beifall)

- Vielen Dank.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Tokyürek, Frau Dresler-Graf und Frau Wolter entschuldigt.

Die Stimmzählerinnen - es sind keine Stimmzähler dabei; es sind alle Frauen heute - sind Frau Akbayir, Frau Nessler-Komp und Frau Schwab.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir wie immer die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die CDU-Fraktion hat am 10.05. dieses Jahres fristgemäß einen Antrag auf Aktuelle Stunde zum Thema „Annullierung der Wahl in Istanbul - Sorge um den Zustand der Demokratie in unserer Partnerstadt“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt darüber hinaus die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.4 bis 4.7, die Verwaltungsvorlage unter TOP 10.19, die Gremienbesetzungen unter TOP 17.8, 17.9 und 17.10 sowie TOP 22.1. Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.11, 10.13, 10.17 - dieser Tagesordnungspunkt wird im nichtöffentlichen Teil unter TOP 24.5 behandelt - und TOP 23.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Für unsere Fraktion würde ich für den Tagesordnungspunkt 10.19, der uns nur sehr kurzfristig erreicht hat, darum bitten, das Ganze im Zweifel über eine Dringlichkeitserklärung machen zu lassen und heute noch nicht zu behandeln, weil dazu noch Fragen bei uns bestehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Dann lasse ich zunächst über den Antrag von Herrn Hammer abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich, nachdem ich keine weiteren Wortmeldungen mehr sehe, über die soeben geänderte Tagesordnung insgesamt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Bevor wir in die Sitzung eintreten, meine Damen und Herren, möchte ich alle Ratsmitglieder noch einmal darauf hinweisen, dass wir eine Änderung des Livestreams haben. Seit der letzten Sitzung überträgt eine weitere Kamera auch Ihre Redebeiträge aus dem Plenum. Natürlich kann jedes

Ratsmitglied weiterhin selbst entscheiden, ob der eigene Redebeitrag im Livestream gezeigt werden soll. Wenn Sie aber nicht möchten, dass Ihre Wortmeldungen zu sehen sind, dann teilen Sie das bitte unserer Schriftführerin Frau Lange mit, sonst sind Sie im Livestream zu sehen.

Ich rufe dann, meine Damen und Herren, zunächst auf:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

1.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Annullierung der Wahl in Istanbul - Sorge um den Zustand der Demokratie in unserer Partnerstadt“ AN/0660/2019

Ich möchte dazu gern vorab noch etwas erläutern. Die heutige Aktuelle Stunde betrifft die Annullierung der Wahl in Istanbul und die Sorge um den Zustand der Demokratie in unserer Partnerstadt. Nach unserer Geschäftsordnung dient die Aktuelle Stunde dem vorläufigen Austausch von Meinungen und der gegenseitigen Unterrichtung zu einem aktuellen kommunalpolitischen Ereignis oder Problem. Das Thema der für heute beantragten Aktuellen Stunde fällt somit grundsätzlich in den außenpolitischen Bereich. Die Stadt Köln und die Stadt Istanbul verbindet aber seit 1997 eine Städtepartnerschaft. In der Städtepartnerschaftsurkunde ist festgehalten, dass sich beide Städte bemühen, partnerschaftliche Beziehungen zu fördern. Dazu gehört auch - ich zitiere jetzt wörtlich aus der Urkunde - „der Austausch von Informationen über politische Strukturen der beiden Städte“. Der städtepartnerschaftliche Vertrag legt außerdem ausdrücklich fest, dass es Zweck der Zusammenarbeit ist - ich zitiere wieder -, „die Probleme der Städte in Solidarität zu lösen und einen Beitrag für die Demokratie zu leisten“.

Mehrere Fraktionen haben ihr Interesse bekundet, sich über die Umstände der Wahl in Istanbul auszutauschen. Deswegen sehe ich es als meine Pflicht an, diesen Austausch auch angemessen hier heute zu ermöglichen. Ich erteile nun zunächst der Antragstellerin das Wort. - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kol-

legen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei ist seit Jahrzehnten durch eine tiefe Freundschaft, ja, man kann sogar sagen, durch eine verlässliche und stabile Partnerschaft geprägt. In Köln besteht zudem die besondere Situation, dass etwa 5 Prozent der Kölnerinnen und Kölner einen türkischen Pass haben; wenn man die Türkischstämmigen hinzuzählt, sind es fast 10 Prozent. Diese Menschen sind nicht nur ein fester Bestandteil unserer vielfältigen Stadt, sondern leben auch in einem weitgehend guten und friedlichen Miteinander.

Aus diesem Geist des friedlichen Miteinanders und der besonderen Verbundenheit heraus ist vor 22 Jahren der Städtepartnerschaftsverein Köln-Istanbul entstanden. Wie es damals im Rat hieß, sollte diese Partnerschaft einen kommunalen Beitrag zu den deutsch-türkischen Bemühungen um Frieden, Stabilität und europäische Integration leisten. Besiegelt wurde sie am 15. März 1997 durch die Unterschrift des damaligen Oberbürgermeisters von Köln, Dr. Norbert Burger, und des damaligen Oberbürgermeisters von Istanbul, Recep Tayyip Erdoğan, dem heutigen Präsidenten der Türkischen Republik. Diesen Geist der besonderen Verbundenheit gilt es zu bewahren und die dahinterliegenden Grundlagen - dazu gehören insbesondere die Demokratie und die Menschenrechte - zu verteidigen.

Wenn von Menschen in Deutschland und der Türkei die aktuelle Entwicklung - dazu gehört insbesondere die Annullierung der Oberbürgermeisterwahl in Istanbul - mit großer Sorge betrachtet wird, dann muss man diese Sorge sehr ernst nehmen und darüber auch diskutieren. So drängt sich zunächst einmal die Frage auf, warum die Begründung für eine Annullierung nicht einer öffentlichen Untersuchung zugänglich gemacht wird. Auch in Deutschland gibt es Gerichtsurteile, die eine Wahl wegen formeller Fehler aufheben.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Auch in Köln!)

Der Unterschied ist, dass es eine ausführliche schriftliche Urteilsbegründung gibt, die von jedem Bürger gegebenenfalls per Einspruch und Verweis an eine höhere Instanz angezweifelt werden kann. Genau diese Überprüfung wird neutralen internationalen Beobachtern und Experten aber verwehrt. Dies gibt Anlass zur Sorge. Denn jede Wahl, auch in unserer Partnerstadt Istanbul, sollte entsprechend der demokratischen Grundsätze als freie, gleiche und geheime Wahl fair und transparent durchgeführt werden.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu gehört es auch, nach diesen Prinzipien mehrheitlich gewählte Vertreter als Wahlgewinner anzuerkennen.

Wir sind der Auffassung, dass eine Freundschaft auch dafür da ist, ehrlich miteinander umzugehen und Dinge, die Anlass zur Sorge geben, offen anzusprechen. Das haben wir im Mai 2017 hier getan, als wir unsere Solidarität mit den Demokraten in der Türkei bekundet haben. Das haben wir im September 2018 getan, als wir die Resolution mit dem Titel „Menschenrechte sind unteilbar“ verabschiedet haben. Und das möchten wir auch jetzt tun, nachdem die Wahlen in Istanbul annulliert wurden. Denn dieser Vorgang hat unsere Sorge um den Zustand der Demokratie in der Türkei und in Istanbul im Speziellen noch einmal mehr verstärkt. Wir sehen die Annullierung überaus kritisch.

Wir möchten erneut ein starkes Plädoyer abgeben für die demokratischen Grundsätze einer freien, gleichen und geheimen Wahl. Ein weiteres Mal möchten wir uns uneingeschränkt solidarisch erklären mit den Menschen, die sich in der Metropole am Bosphorus zu demokratischen Werten bekennen und immer wieder auch die Einforderung der Menschenrechte erklären. Wir erklären in unserer Resolution, dass wir als Partnerstadt, als Stadt, in der viele Menschen aus der Türkei ihre Heimat gefunden haben, und als Demokraten eng an der Seite unserer Freunde in Istanbul stehen. Wir möchten den demokratischen Kräften in unserer Partnerstadt mit dieser Aktuellen Stunde, mit unserer breit getragenen Resolution den Rücken stärken und klarmachen, dass wir weiterhin für einen partnerschaftlichen Dialog mit der Türkei, mit unseren Freunden in Istanbul eintreten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Bürgermeister Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im heutigen Europa, Schauplatz drastischer Veränderungen, sind die Städte eine wesentliche Stütze der Demokratie. Ohne Zweifel sind der Dialog und

der Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen Menschen mit verschiedenem kulturellem Erbe ein wichtiger Beitrag zum Weltfrieden. Dieser Dialog muss auf den unterschiedlichen Ebenen und in den verschiedensten Bereichen geführt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, woher stammt dieser Satz? - Wenn Sie der Oberbürgermeisterin am Anfang zugehört haben, kennen Sie die Antwort. Er ist aus der Partnerschaftsurkunde entnommen worden, die - Herr Petelkau hat es gesagt - vom damaligen Oberbürgermeister der Stadt Köln, Norbert Burger, und dem jetzigen Staatspräsidenten der Türkei, damals Oberbürgermeister von Istanbul, Recep Tayyip Erdoğan, unterzeichnet worden ist.

Deutschland und die Türkei, Köln und Istanbul verbinden außerordentlich vielfältige und intensive Beziehungen, die Jahrhunderte zurückreichen und bis in die Gegenwart wirken. Gleichwohl müssen wir feststellen, dass sich der Spielraum für Presse, Opposition und Zivilgesellschaft in der Türkei zunehmend verkleinert. Die Annullierung der Kommunalwahl vom 6. Mai dieses Jahres in Istanbul ist kein gutes Zeichen für die Demokratie und die rechtsstaatliche Entwicklung der Türkei. Die Einhaltung demokratischer Prinzipien mit transparenten Wahlbedingungen ist ein hohes Gut. Wir begegnen diesen Entwicklungen in der Türkei schon seit Längerem mit Sorge. Es ist äußerst beunruhigend, dass der Wille der Wählerinnen und Wähler in unserer Partnerstadt Istanbul nicht respektiert wurde. Es entsteht der Eindruck, dass zukünftig nur genehme Wahlergebnisse Geltung erlangen.

Auch werden wir heute zum wiederholten Male an die Türkei appellieren müssen. Wir können es nicht dulden, dass unter anderem auch Kölnerinnen und Kölner in der Türkei festgesetzt sind. Wir als Partnerstadt halten aber an dieser Partnerschaft fest und wollen von hier aus ein Zeichen der Versöhnung senden, statt die Spaltung zu forcieren. Uns verbindet immer noch eine tiefe Freundschaft zur Türkei und zu ihren Bürgerinnen und Bürgern. Und als Freund und Freundin haben wir das Recht, uns auch kritisch zu den Entwicklungen in unserer Partnerstadt zu äußern.

In diesem Jahr und insbesondere in diesem Mai jähren sich deutsche und europäische historische Ereignisse, die für unsere Demokratie und das friedliche Zusammenleben in Europa maßgebend sind: der 70. Geburtstag unseres Grundgesetzes. Ebenfalls vor 70 Jahren wurde der Eu-

roparat gegründet. Der Beitritt Deutschlands zu diesem Rat markiert einen wichtigen Schritt zur Rückkehr Deutschlands in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten. Auch die Türkei ist Mitglied im Europarat, und zwar genauso lange. Anlässlich dieses 70. Geburtstags sollten wir uns gemeinsam mit der Türkei die Werte des Europarates und die Verpflichtungen, die mit dem Beitritt eingegangen wurden, in Erinnerung rufen. Bis Sonntag können die Bürgerinnen und Bürger hier an demokratischen, gleichen und freien Wahlen zum EU-Parlament teilnehmen. 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, ihre Stimme gegen Nationalismus und für Menschenrechte abzugeben. In Köln zeigten an diesem Wochenende zehntausende Menschen, wie wichtig uns diese Werte sind. Darauf sind wir zu Recht stolz.

Die Istanbul Wahl findet am 23. Juni statt. Das Mandat der Wahlbeobachter der EU wurde durch den Europarat, von dem ich eben erzählt habe, verlängert. Wir wünschen uns dringend, dass der Hohe Wahlrat die Wahlbeobachter, geführt durch die OSZE, willkommen heißt. Wir begrüßen es auch sehr, wenn die Oberbürgermeisterin bei ihrem anstehenden, geplanten Besuch in Istanbul unsere Position des Rates dort vertreten wird.

Unsere Städtepartnerschaftsarbeit ist eine alltäglich gelebte Gemeinschaft, geprägt von Zusammenarbeit, Gleichberechtigung und Toleranz. Wir reichen als Stadt Köln - natürlich spreche ich hier auch für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten - immer die Hand zum Dialog. Somit gilt das, was unser früherer Bundespräsident Johannes Rau mit seiner Lebenseinstellung „Versöhnen statt spalten“ ausdrückte, heute mehr denn je. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Bürgermeister Wolter das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Viele Menschen, die aus der Türkei zu uns gekommen sind, leben als gute Nachbarn hier mit uns in Köln. Deshalb hat auch keine Partnerschaft den Rat der Stadt Köln so sehr beschäftigt wie Istanbul in den letzten Jahren, aber dann leider zuletzt auch wegen Inhaftierungen von Kölnerinnen und Kölnern, Gewalt gegen Lesben und Schwule, Einschränkungen der Menschenrechte. Und nun: die sach-

grundlose Annullierung der Kommunalwahl und Bürgermeisterwahl, weil Herr Erdoğan das Ergebnis nicht passt.

Wir stehen als Demokratinnen und Demokraten eng an der Seite der Menschen, die sich für eine vielfältige, demokratische und rechtsstaatlich geprägte Gesellschaft einsetzen. Das möchten wir jetzt auch mit dieser Resolution unterstützen.

Köln unterhält viele Städtepartnerschaften. Es sind einige Länder dabei, in denen Unterdrückung, Ausgrenzung und Willkür herrschen. Wir bekennen uns im Umgang mit unseren Partnerstädten zur Menschenrechtskonvention, zu demokratischen Strukturen, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsvielfalt, Respekt und Toleranz. Wir unterstützen die Bürger und demokratischen Gruppen. Daher ist es richtig, den Dialog und den Kontakt nicht abzubrechen. Falsch wäre es, wenn wir uns nun als Stadt zurückzögen. Nein, wir machen das Gegenteil. Wir müssen uns zu Wort melden - so, wie wir das heute tun. Menschen, die als Opfer von Repressionen, Verfolgung und Inhaftierung bedroht werden, werden wir weiter nach Kräften unterstützen.

Herzlichen Dank auch noch einmal an Jörg Detjen und den Unterstützerkreis, die sich beispielsweise sehr für die Freilassung von Sharo Garip und anderen eingesetzt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Wir unterstützen Gruppen, die sich für Menschenrechte, LGBT-Rechte, Frauenrechte, eine freie Presse und eine unabhängige Justiz einsetzen. Einige beeindruckende Grußbotschaften zu diesem Thema konnten letzte Woche hier im Rathaus anlässlich des Internationalen Tages gegen Homo- und Transphobie aus Istanbul und anderen Partnerstädten gezeigt werden. Erschreckend ist zum Beispiel auch in diesem Zusammenhang die Situation von Menschen in Corinto, Nicaragua, die unter der linkspopulistischen Regierung Ortega massiv unter staatlicher Willkür, Ausgrenzung, Verfolgung und Gewalt leiden.

Im Rahmen der Partnerschaftsbewegung wurde ich in der Kölner Haltung immer wieder bestärkt. Bei offiziellen Terminen sprechen wir mit Vertretern der Unrechtsregime, unterstützen sie damit. Es gibt aber auch immer wieder die Möglichkeit, deutlich zu machen, dass wir die Situation kritisch betrachten und keinen Zweifel an unserer Haltung zulassen. Wir tun das für die Menschen und nicht für die regierenden Parteien, und wir

stärken damit demokratische Kräfte und können hoffentlich einzelne Personen schützen oder der Zivilgesellschaft den Rücken stärken. Wir wurden von den zivilgesellschaftlichen Gruppen oft gebeten, in diesem Engagement nicht nachzulassen.

Es ist auch deshalb wichtig, weil uns keiner garantieren kann, dass ein gesellschaftlicher Rollback nicht auch im Haus Europa passieren kann. Ich glaube, wir waren alle sprachlos, wie skrupellose Politiker der rechtspopulistischen FPÖ in Österreich bereit waren, die freie Presse unter ihre Kontrolle zu bringen, russischen Oligarchen staatliche Aufträge zuzuschancen und sich durch ein System von Vetternwirtschaft und Korruption den Staat zur Beute zu machen.

Meine Damen und Herren, wir wollen ein demokratisches Europa, und dazu zähle ich auch die Türkei, die sich aber leider immer weiter von diesen Werten entfernt. Dazu zählen freie, geheime und transparente Wahlen, Presse- und Meinungsfreiheit und eine unabhängige Justiz. Wir hören ja auch, dass nicht nur die Wahl in Istanbul annulliert wurde, sondern auch weiterhin gewählte Bürgermeister ihre Wahl nicht annehmen durften und auch andere, wie zum Beispiel Gültan Kışanak aus Diyarbakır, immer noch in Haft sitzen.

Es ist in meinen Augen Aufgabe einer kommunalen Außenpolitik, den Kontakt zu den Partnerstädten zu stärken und die Unterstützung der Zivilgesellschaft und deren bürgerschaftliches Engagement in Städten wie Istanbul, Corinto, Rio, Peking und Betlehem zu verstärken und in den Fokus der Städtepartnerschaft zu nehmen. Unsere Möglichkeiten sind zwar beschränkt, aber wir sind nicht allein: Tausende deutscher Städte verfahren ähnlich. Damit gibt es eine breite öffentliche Wahrnehmung der bestehenden Probleme und Ungerechtigkeiten.

Meine Damen und Herren, internationale Kontakte, Wahrnehmung und auch Öffentlichkeit können ein wirksamer Schutz für bedrohte Menschen in unseren Partnerstädten sein. Wir wollen, dass die Annullierung der Wahl zurückgenommen wird. Sollte das nicht der Fall sein, blicken wir gespannt auf das Ergebnis der Neuwahl und sind frohen Mutes, Herrn İmamoğlu als gewählten Bürgermeister bald beglückwünschen zu dürfen und mit ihm auf Sachebene erfolgreich zusammenzuarbeiten. Wir haben es aber in der Türkei mit einem Despoten und einem Regime zu tun, und ich gehe davon aus, dass wir uns leider nicht das letzte Mal mit dem Fall Istanbul im Rat beschäftigen müssen.

Wir stehen als Rat eng an der Seite der Demokraten in unserer Partnerstadt. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe mir sagen lassen, dass der türkische Generalkonsul in Köln, Herr Erciyees, in der letzten Woche einige Fraktionen wegen der aktuellen Stunde und der Verabschiedung der Resolution angerufen hat. Ich hatte Anfang des Jahres auch einen Termin mit dem Generalkonsul. Leider ist der Termin nicht zustande gekommen, weil er ihn kurzfristig abgesagt hat; und neue Terminvorschläge von mir hat er nicht bestätigen können.

Ich hätte einen Vorschlag an den Generalkonsul, was er machen kann: Es wäre eine große Hilfe, wenn er sich dafür einsetzen könnte, dass die Wahlbeobachter bei der Oberbürgermeisterwahl am 23. Juni in Istanbul auch tatsächlich einreisen können. Es gibt eine Vereinbarung mit dem Europarat - Herr Heinen hat es gerade schon angesprochen -, das funktioniert jedoch nur, wenn der betroffene Staat den Europarat und die Delegation einlädt. Sonst funktioniert es nicht. Also, mein Vorschlag, Herr Generalkonsul: Setzen Sie sich dafür ein, dass diese Delegation einreisen kann!

Eine solche Wahlbeobachtung ist dringend erforderlich, weil Künstler, Schauspieler, Schriftsteller und andere Personen, die die Annullierung der Wahlen kritisieren, regelrecht bedroht werden. Die FAZ berichtet, dass der Archivar von Präsident Erdoğan, Muhammet Safi, erklärte, dass alle Personen, die den Hashtag „Alles wird sehr gut“ des Oberbürgermeisterkandidaten der CHP İmamoğlu teilen, registriert werden. Und die FAZ zitiert Herrn Safi:

Wir haben sie notiert, wir rechnen mit ihnen ab.

Die Lage in der Türkei und insbesondere in Istanbul ist sehr gefährlich. Als ich vor zwei Jahren in Istanbul war, bekam ich 3,60 Lira für 1 Euro. Wenn ich heute in die Türkei fliegen würde, bekäme ich 6,70 Lira als Austausch. Daran können Sie die dramatische Entwicklung sehen.

Zudem wird, glaube ich, deutlich, meine Damen und Herren, wenn selbst der türkische Unter-

nehmerverband mehr Rechtsstaatlichkeit fordert, in welcher Zerreißprobe sich die Türkei und Istanbul befinden.

Der Oberbürgermeister İmamoğlu von der CHP hatte ja einen Kassensturz angekündigt. Leider ist es dazu nicht mehr gekommen. Einen solchen Kassensturz haben verschiedene neugewählte HDP-Bürgermeister in der kurdischen Region gemacht. In Cizre hinterließ die Zwangsverwaltung von Erdoğan einen Schuldenberg von 220 Millionen Türkische Lira, in Şirnak von 46 Millionen Türkische Lira, in Mardin von 82 Millionen Türkische Lira. Das sind alles Städte, meine Damen und Herren, die nie verschuldet waren.

Deshalb, meine Damen und Herren, fordere ich von der Bundesregierung: Schlagen Sie einen anderen Kurs in Sachen Türkei ein! Keine Waffenexporte in die Türkei! Deutsche Panzer dürfen in der Türkei nicht am Krieg gegen Syrien teilnehmen.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Und, meine Damen und Herren, ich fordere für viele Ratsfrauen und -männer sowie für viele Kölnerinnen und Kölner: Herr Erdoğan, lassen Sie Adil Demirci aus Istanbul ausreisen! Die Vorwürfe Ihrer Justiz sind haltlos. Adil Demirci soll seine Mutter besuchen können.

(Beifall)

Lassen Sie Hozan Canê aus der Untersuchungshaft frei! Sie ist unschuldig und gesundheitlich in keiner guten Verfassung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist unerträglich, dass neben unserer Kölnerin und unserem Kölner - es sind ja nur zwei - Tausende von Menschen in den türkischen Gefängnissen sitzen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen zwei Solidaritätspostkarten für Hozan Canê mitgebracht. Das war die Idee einer Teilnehmerin, die auf unserer gemeinsamen Veranstaltung im Januar hier im Ratssaal war. Hozan Canê ist in Untersuchungshaft und in gesundheitlich schwieriger Verfassung, deswegen haben wir gedacht, schicken wir ihr eine aufmunternde Postkarte.

Wir haben zwei Versionen: eine Version für Sie und eine Kinderversion. Bei der Kinderversion kann man ein Bild malen und ihr zuschicken. Der Text für Sie ist auf Türkisch, damit er auch

schnell durch die Zensur geht. Sie müssten nur unterschreiben und eine 90-Cent-Briefmarke darauf kleben. Das ist eine Aktion, die wir - ich habe es Ihnen extra mitgebracht - eröffnen wollen. Der Start ist am 29. Mai auf der Veranstaltung „30 Jahre Tüday“. Das wird sozusagen die Premiere der Aktion. Die Urpremiere ist natürlich hier bei Ihnen, weil wir auf der Postkarte den Ratsbeschluss für die Freilassung der beiden mit abgedruckt haben. - Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Wir befinden uns zurzeit im Europawahlkampf, und obwohl hier alle Parteien natürlich für ihre eigenen Kandidaten und auch für ihre eigenen Programme werben, eint doch alle Wahlkämpfer und Wahlkämpferinnen der demokratischen Parteien ein Ziel: Möglichst viele Menschen mögen nächsten Sonntag zur Wahl gehen und eine Partei wählen, die sich einem demokratischen Europa verpflichtet fühlt.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie - das ist die Orientierung, die uns auf allen Ebenen des politischen Handelns leitet. Wir sind nicht bereit, dieses Werteverständnis in irgendeiner Form zu revidieren. Das gilt für die politische Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten im Inland. Diese Überzeugung gilt aber auch im Dialog mit den Partnern im Ausland. Der Rat der Stadt Köln ist nicht zuständig für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland; die wird an anderer Stelle gemacht. Aber nichtsdestotrotz muss unsere Verpflichtung für Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie unser Handeln auch auf kommunaler Ebene bestimmen. Dies gilt insbesondere, wenn in unserer Partnerstadt Istanbul Ergebnisse demokratischer Wahlen nicht akzeptiert werden. Jede Regierung muss den Diskurs mit allen gesellschaftlichen Kräften im Land aushalten können und Politik verstehen als den Wettbewerb um die besten Ideen und Personen. Dieser Wettbewerb drückt sich in freien, gleichen und geheimen Wahlen aus. Die Ergebnisse dieser Wahlen sind bindend.

(Beifall bei der FDP)

Die Annullierung der Istanbuler Wahlergebnisse ist umso verstörender, weil die türkische Regierung der Forderung der EU, die Entscheidung der Obersten Wahlbehörde zu veröffentlichen, nicht nachgekommen ist. - Der Kollege Petelkau sprach das schon an. - Die Aussage der türkischen Regierung, dass einige Helfer an den Wahlurnen nicht wie vorgeschrieben Staatsbedienstete waren, kann nicht überzeugen. Das war in anderen Wahlbezirken sowie bei den Präsidentschaftswahlen ganz genauso.

Diese mangelnde Transparenz ist ein fatales Signal nicht nur für das Ausland, sondern vor allem für die Menschen in der Türkei. So sagte Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarates:

Die Entscheidung des Hohen Wahrrates hat das Potenzial, das Vertrauen der türkischen Wähler in die Wahlbehörden schwer zu beschädigen.

Und weiter - ich zitiere -:

Die notwendigen Voraussetzungen für freie und faire Wahlen müssten vor dem Wahltag überprüft werden und nicht danach.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle einen Einschub. In der Vorbereitung dieser Rede habe ich mich mit vielen Aussagen europäischer Politiker beschäftigt. Ich muss sagen, sie haben mich erheblich mehr überzeugt als die offiziellen Stellungnahmen der Bundesregierung. Nun denn, nehmen wir es als Beleg dafür, wie wichtig Europa ist.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, der Dialog mit der Türkei ist ein schwieriger. Viele Menschen in der Türkei haben das Gefühl, sie würden vom Ausland bevormundet. Wir müssen deutlich machen, dass es nicht um Bevormundung geht, sondern um die Einhaltung so existenzieller Werte - ich wiederhole mich - wie Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie. Diese Werte sind eben nicht verhandelbar und müssen unseren Dialog mit der Türkei bestimmen. Wir müssen deutlich machen, dass mehr Freiheit, mehr Rechtsstaat und mehr Demokratie nicht nur für den Einzelnen, sondern für die gesamte Gesellschaft von unschätzbarem Wert sind. Das ist wichtig im Interesse der vielen türkischstämmigen Menschen in unserer Stadt, aber auch im Interesse der vielen mutigen Menschen in der Türkei, die sich für Freiheitsrechte und Demokratie einsetzen. Ich

denke dabei an die Politiker, an die Künstler, an die vielen Journalisten, aber auch an die Unternehmer - an die man vielleicht nicht zuerst denkt -, die wegen der wirtschaftlichen Isolation der Türkei Angst haben und sich Sorgen machen. Zudem denke ich an die vielen Menschen in Istanbul: Sie brauchen unsere Unterstützung. Und wenn nicht von ihrer Partnerstadt Köln, von wem denn dann?

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Türkei versteht sich als Teil der europäischen Familie. In einer Familie müssen nicht alle einer Meinung sein, aber bestimmte Regeln müssen eingehalten werden, sonst klappt das Familienleben nicht. Und noch etwas ist wichtig: In einer Familie muss auch ein kritisches Wort erlaubt sein. - In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens, bitte.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Antragstellern gar nicht absprechen, dass sie diesen nicht in aufrichtiger Sorge um den Zustand der Demokratie in der Türkei gestellt hätten. Es ist ja auch ganz nett, seien wir ehrlich, wenn Sie von der CDU Köln mit Ihrem Antrag knapp eine Woche vor der Europawahl ein bisschen internationalen Glanz in unsere bescheidene Hütte bringen. Aber einmal ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Konnte, wer auch nur einigermaßen aufmerksam die Geschehnisse in den letzten Jahren in der Türkei verfolgt hat, von der jetzigen Entwicklung überrascht sein? Kann man im Jahre 2019 noch ernsthaft davon überrascht sein, dass der politische Islam, der seit Jahrzehnten weltweit auf dem Vormarsch ist, auch vor unserer Partnerstadt Istanbul nicht Halt macht? Und gerade heute, wenige Tage vor der Europawahl, meine Damen und Herren, wäre es da nicht endlich an der Zeit, sich einzugestehen, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zum Scheitern verurteilt sind und auf absehbare Frist und schleunigst abgebrochen werden sollten?

(Beifall bei der AfD)

Übrigens, meine Damen und Herren: Die Mehrheit der Bevölkerung in der EU und interessan-

terweise auch die Mehrheit der Bevölkerung in der Türkei lehnen den Beitrittsprozess ab. Selbst das EU-Parlament hat im Jahre 2016 bereits ein Einfrieren der Beitrittsverhandlungen gefordert. Das EU-Parlament! Das hindert die EU-Kommission aber nicht daran, einfach munter weiterzumachen. Zwischen 2007 und 2020 werden 9 Milliarden Euro - unser Steuergeld - an sogenannten Heranführungshilfen nach Ankara geflossen sein. Das, meine Damen und Herren, ist ein weiterer Beleg für die Abgehobenheit des Raumschiffs in Brüssel. Ich bin mir sicher: Die Menschen in Europa werden bei der Europawahl am 26. Mai -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]:
Hoffentlich richtig wählen und nicht so einen
Quatsch!)

- dieses Brüssel abstrafen.

Doch zurück zu unserer Partnerstadt Istanbul. Ja, liebe CDU, die Lage dort ist bedenklich - überhaupt keine Frage. Ich fordere Sie aber als Kommunalpolitiker auf: Richten Sie Ihren Blick doch statt an den Bosphorus mal auf „Klein-Istanbul“ rund um die Keupstraße. Dort haben nämlich bei der letzten Wahl 66 Prozent der Menschen Erdoğan gewählt; in der gesamten Türkei waren es übrigens 52 Prozent und am Bosphorus noch einmal deutlich weniger. Und wir leben hier in Köln seit Jahr und Tag Tür an Tür, Seit' an Seit' mit Menschen, die Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und demokratische Kultur trotz der Jahrzehnte, die sie hier in dieser Stadt leben, -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das sind aber nicht die Migranten! Das sind ganz
andere!)

- offensichtlich nicht im Ansatz teilen. Meine Damen und Herren von der CDU, das wäre einmal ein Thema für eine Aktuelle Stunde hier im Rat. Aber nein, stattdessen machen Sie sich - das ist ja auch viel bequemer - mit dem Brustton der moralischen Überlegenheit lieber Sorgen um den Zustand der Demokratie in unserer Partnerstadt.

Und wenn, meine Damen und Herren, wir schon über den Zustand der Demokratie in einer unserer Partnerstädte reden: Wie wäre es, wenn wir uns selbst einmal an die eigene Nase fassen, wenn wir einmal bei uns anfangen?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Fangen
Sie einmal bei sich selbst an!)

Ich war im letzten Monat für unsere Fraktion vor dem Verwaltungsgericht Köln in Sachen Frakti-

onszuwendungen für die AfD im Rat der Stadt Köln, und zwar -

(Zurufe: Zum Thema!)

- dies, nachdem das Oberverwaltungsgericht in Münster festgestellt hat, dass die geltende Regelung gesamtrechtswidrig sei. Seit 2014 dauert dieser Zustand an.

(Zurufe: Zum Thema!)

- Das ist zum Thema.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie bitte zum Thema sprechen?

Stephan Boyens (AfD): Ich spreche zum Thema.

Frau Gies war bei der Verhandlung zugegen und kann bestätigen, was die Vorsitzende der Kammer wörtlich sagte. Ich zitiere:

Es kann doch nicht sein, dass die viertgrößte Stadt in Deutschland es über Jahre nicht fertigbringt, eine gesamtrechtskonforme Regelung der Fraktionszuwendungen zu beschließen.

Das, meine Damen und Herren, ist eine dicke Klatsche für Sie und sagt viel über die demokratische Kultur in dieser Stadt aus.

Bevor Sie sich über den Umgang mit der größten Oppositionspartei in der Türkei echauffieren, sollten Sie eher einmal mit der demokratischen Kultur in Köln beginnen und sich fragen, wie der Umgang mit der größten Oppositionspartei hier in Deutschland ist. Ich erinnere nur an die jüngsten Bürgerdialoge und Wahlkampfveranstaltungen, die wir hatten, die von einem hasserfüllten linken Mob, der Antifa und sogenannten gesellschaftlichen Gruppen unmöglich gemacht wurden - und das oft mit stillschweigender Billigung der Stadt und ihrer Repräsentanten. Ein klares Bekenntnis zu demokratischen Werten, so wie Sie es in Ihrer Resolution fordern, sieht anders aus.

Meine Damen und Herren, leben Sie erst einmal konkrete Demokratie hier in Köln vor, bevor Sie sich Sorgen um den Zustand der Demokratie in Istanbul machen. - Vielen Dank. Wir als AfD lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Die sehe ich nicht.

Der Antrag sieht vor, dass der Rat seine uneingeschränkte Verbundenheit und Solidarität mit den Menschen in Istanbul erklärt, die sich klar zu demokratischen Werten bekennen. Das ist soeben in den Redebeiträgen erfolgt.

Zum Abschluss der Aktuellen Stunde schlage ich daher vor, die Angelegenheit nach Buchstabe b) zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Mit der Resolution!)

Die Verwaltung soll und wird dieses Bekenntnis in der künftigen städtepartnerschaftlichen Arbeit beachten, wie sie es bisher auch getan hat.

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist die Resolution damit mit verabschiedet?)

- Ich habe es jetzt so gemacht, wie es mir vorliegt.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Resolution ist gerade verteilt worden!)

- Auf meinem Platz lag keine, meine Damen und Herren.

Dann erweitern wir das jetzt um die Resolution, die hier bei Ihnen verteilt worden ist, nehme ich an. Nur damit wir wirklich vom Gleichen sprechen: Sie ist unterzeichnet von den Geschäftsführern der SPD-Fraktion, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Ratsgruppe BUNT, der CDU-Fraktion, der LINKEN und der Ratsgruppe GUT.

(Beifall)

Dann ist das Verfahren so mit der Resolution beschlossen. Ich frage jetzt nicht noch einmal, ob es Gegenstimmen und Enthaltungen gibt. Es ist ganz offensichtlich, dass Sie alle diese Haltung vertreten wollen.

Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Schenkung didaktische Sammlung indischer Miniaturmalerei 1257/2019

Wer dieser Schenkung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der AfD. Damit ist die Annahme der Schenkung beschlossen.

Ich bedanke mich sehr bei Herrn Professor Dr. Ludwig Habighorst für die Schenkung an das Rautenstrauch-Joest-Museum.

(Beifall)

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

2.2 Annahme einer Schenkung von Grafiken an die artothek - Raum für junge Kunst 1296/2019

Wer wünscht, diese Schenkung anzunehmen? - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Ich bedanke mich sehr beim Verein Freunde der artothek Köln e. V. für die Schenkung an die Stadt Köln, artothek - Raum für junge Kunst.

(Beifall)

Als Nächstes rufe ich auf Tagesordnungspunkt

2.3 Zweckbezogene Spende in Höhe von 50.000 € für das Museum für Ostasiatische Kunst 1512/2019

Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die AfD-Fraktion und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gegenstimmen gibt es keine. Enthaltungen auch nicht. Dann ist auch diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich bei Herrn Erwin Conradi für diese Schenkung für das Museum für Ostasiatische Kunst.

(Beifall)

Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend „Nutzung der Windenergie in Köln“ AN/0670/2019

Ich gebe Herrn Götz das Wort.

Stefan Götz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wer A sagt, muss auch B sagen. Wir haben Ja gesagt zum Ausstieg aus der Kernenergie, wir haben Ja gesagt zum Kohlekompromiss, der in Berlin geschlossen worden ist, und wir sagen auch Ja zum Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir stellen hier und heute diesen Antrag, weil wir das einerseits bereits in unserer Kooperationsvereinbarung 2016 so beschlossen haben, aber weil uns andererseits die neue Landesregierung auch in die Lage dazu versetzt hat, da die Planungskompetenz und Entscheidungskompetenz in dieser Frage zurück an die Kommunen gegangen sind. Der ehemalige Umweltminister Rimmel hatte das Ganze auf die Ebene der Bezirksregierung gehoben. Wir hatten keine Entscheidungsmöglichkeiten. Im neuen Entwurf für den Landesentwicklungsplan unter Federführung des Landeswirtschaftsministers ist nunmehr diese Entscheidungskompetenz zu den Kommunen richtigerweise zurückgekehrt.

Auch wenn wir noch nicht wissen, was am Ende herauskommen wird, so ist doch einiges schon klar: Erstens werden wir kein Windrad auf der Kölner Domplatte haben, zweitens werden wir mindestens einen Abstand von 1 500 Metern zu Wohngebieten haben, und drittens werden wir versuchen, die Standorte im größtmöglichen Konsens festzulegen. Gleichzeitig ist auch klar: Wenn wir Konzentrationszonen in Köln ausweisen, sind alle anderen Teile des Stadtgebietes für weitere Windräder tabu.

Die Kölner Bucht ist sicherlich keine Eins-a-Lage für Windradparks, aber dennoch müssen auch wir unseren Anteil leisten. Wir müssen unseren Anteil leisten, wenn wir nicht eines Tages im Kalten oder im Dunklen sitzen wollen. Wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, wenn wir nicht eines Tages Atomstrom oder Braunkohlestrom oder Steinkohlestrom aus den Nachbarländern importieren wollen. Zudem müssen wir schauen, wo es sinnvoll und möglich ist, dass auch Köln hierzu seinen Beitrag leistet. Daher haben wir heute diesen Antrag gestellt. Daher bitten wir um Zustimmung. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Brust das Wort.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist jetzt ziemlich genau 15 Jahre her - es war im Wahlkampf 2004 -, dass ein Investor nach Köln kam und im Kölner Norden, nördlich von Esch, drei Windanlagen errichten wollte. Damals waren weder CDU noch die SPD so weit, dass man bereit und mutig genug war, der Kölner Bevölkerung zu erklären: Wir brauchen diese Anlagen, wenn wir aus Kohle und Atom aussteigen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Folge war, dass 2005 eine Konzentrationszone im Bereich Gut Horbell ausgewiesen wurde, wo, wenn Investoren gekommen wären, diese hätten bauen müssen. Aber zehn Jahre lang kam dann keiner.

Im Jahr 2014 haben wir mit der SPD zusammen einen neuen Antrag im Rat eingebracht und die Verwaltung aufgefordert, ein attraktives Gebiet im Kölner Stadtgebiet auszuweisen.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Wo ist das?)

Als die Verwaltung auch daraufhin nicht reagierte, haben wir 2017 angefragt, was aus unserem Antrag geworden ist. Die Verwaltung hat sich dann dazu hinreißen lassen, zu antworten: Die Kölner Bucht sei für Windanlagen offensichtlich ungeeignet, weil in Horbell keiner bauen würde. - Dass das falsch ist, kann man in den Nachbargemeinden von Köln, zum Beispiel in Wesseling,

das auch in der Kölner Bucht liegt, sehen. Dort funktionieren diese Anlagen auch wirtschaftlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Problem war vor allem die Höhenbegrenzung. In Horbell durfte die Anlage insgesamt mit Flügel maximal 140 Meter hoch sein. Dazu muss man wissen, dass jeder Meter zählt, wenn man Windstrom ernten will. Je höher die Anlage ist, desto höher ist der Ertrag. Es gibt inzwischen Anlagen - das ist mittlerweile üblich - um die 240 Meter, also 100 Meter höher. Dass ein Investor in Horbell dagegen mit 140 Metern nicht konkurrieren kann, ist selbstverständlich. Deswegen kann die Tatsache, dass dort unter solchen Bedingungen kein Investor bauen will, nicht als Beleg dafür gelten, dass die Kölner Bucht ungeeignet sei.

Das zweite Argument gilt dem Landschaftsschutz. Wer allerdings ernsthaft behauptet, auf dem gesamten Kölner Stadtgebiet, also auch zum Beispiel im Kölner Norden vor der Kulisse von Bayer Leverkusen oder Bayer Dormagen, würde eine Windanlage das Landschaftsbild zerstören, der sagt damit nichts anderes, als dass praktisch Windanlagen in ganz Deutschland unmöglich sind; denn es gibt sicherlich schönere Gebiete in Deutschland als den Kölner Industrienorden.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Zurufe von der FDP)

Herr Götz hat eben schon darauf hingewiesen: Wer A sagt, muss auch B sagen. Wenn wir aus Atomkraft, Braunkohle und Steinkohle aussteigen wollen, -

(Beifall bei Teilen der FDP)

- dann brauchen wir erneuerbare Energien. Wir hatten im letzten Jahr etwa 40 Prozent erneuerbaren Strom im Netz. Das Ziel der Bundesregierung - es ist eigentlich zu niedrig, aber trotzdem - liegt bei 65 Prozent bis 2030. Dazu kommt, dass wir bis dahin auch einen guten Teil der Elektromobilität auf Strom umstellen wollen. Das heißt, wir haben eine gewaltige Aufgabe vor uns, die wir in den nächsten zehn Jahren erledigen müssen. Da geht es nicht, dass ganze Kommunen wie die Stadt Köln sagen: Daran beteiligen wir uns nicht.

Es sind Anstrengungen nötig. Es kann natürlich sein, dass bei genauer Prüfung irgendwann herauskommt: Aus Vogelschutzgründen oder sonstigen Gründen gibt es tatsächlich keine geeignete Fläche in Köln mehr. Das, was aber nicht geht,

ist, dass man von vornherein sagt: Wir suchen erst gar nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich erwarte von der Kölner Verwaltung, dass sie jetzt ernsthaft danach sucht, wo in Köln eine Windkonzentrationszone, die tatsächlich auch von Investoren angenommen wird, möglich ist.

Die Lage ist heute ganz anders als vor 15 Jahren. Damals gab es in der Tat Widerstand. Mittlerweile sagen Umfragen, dass sich 70 Prozent der Bevölkerung auch Windanlagen in ihrer Nähe vorstellen können. Ich denke, auch die SPD sollte jetzt einmal über ihren Schatten springen und endlich einsehen: Wir brauchen in Köln Flächen für Windkraft. Auch die Kölner RheinEnergie würde gerne mehr Windanlagen bauen und sucht händeringend Flächen. Denn das Problem ist die mangelnde Flächenverfügbarkeit. Die Bundesregierung hat die Windkraft ohnehin gedrosselt, und es gibt jedes Jahr Ausschreibungen für diese gedrosselten Pakete. Beim letzten Paket war es so, dass so wenige Angebote kamen, dass jeder genommen werden musste und trotzdem die Obergrenze nicht erreicht wurde. Das zeigt: Wir haben ein ernsthaftes Problem. Wenn wir die Erneuerbaren ausbauen wollen, brauchen wir mehr Flächen. Dazu muss dann auch jede Kommune bereit sein, auf ihrem Gebiet zu suchen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch in Köln weht Wind, und es wäre unsinnig, diesen Wind nicht auch zur Stromerzeugung zu nutzen. Gerhard Brust erwähnte es indirekt: Es geht heute nicht darum, dass wir Windkraftanlagen beschließen, sondern es geht darum, zu untersuchen, ob wir Flächen finden und ob es Potenziale gibt, tatsächlich später einmal welche zu bauen.

Der Klimaschutz erfordert von uns, alle Anstrengungen auf regenerierbare Ideen und Energien zu setzen. Dazu gehört selbstverständlich auch in Köln die Windkraft. Es ist wichtig, sich auch in Köln darüber Gedanken zu machen, da die Energieversorgung dezentralisiert werden muss. Wir machen das bei Photovoltaik; da brauchen

wir auch mehr Anstrengungen. Wir dürfen aber die Windkraft nicht ungenutzt lassen. Dieses Potenzial liegt in Köln bislang leider brach.

Noch zwei Anmerkungen. Zum einen in Richtung SPD: Natürlich wissen wir alle, dass dieses Bemühen der Grünen mehrfach hier im Rat schon vorgetragen wurde in verschiedenen Jahren, das letzte Mal 2014. Ich erinnere mich wirklich noch sehr gut - es ist im Kopf noch lebendig - an die Rede von Götz Bacher. Ich habe mir sie jetzt noch einmal im Protokoll durchgelesen. Wenn man es schwarz auf weiß liest, ist es eigentlich ganz seriös vorgetragen, und er spricht sich eigentlich auch positiv zur Windkraft aus. Wenn man sich aber daran erinnert, wie er es vorgetragen hat, in einem gewissen rheinischen Singsang, wie es nun einmal seine Art ist, so merkte man, dass er null Komma null hinter dieser Idee stand. Das war leider auch für mich persönlich - das sage ich ganz privat - ein Anzeichen dafür, dass es bei Rot-Grün irgendwie am Beuteln ist.

Nun versuchen es CDU, Grüne und wir dieses Mal gemeinsam, noch einmal diesen Anlauf zu machen, die Windkraft in Köln zu etablieren. Ich freue mich darüber.

In Richtung CDU und FDP aber auch eindeutig Folgendes: Die Windkraft und auch die anderen Regenerativen stehen unter keinem guten Stern bei dieser Landesregierung. Ich würde mir sehr, sehr wünschen, dass aus Düsseldorf wirklich kein Gegenwind kommt, sondern dass das Thema in NRW wieder stärker unterstützt wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Struwe hat das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da fallen einem ja gleich verschiedenste Filmzitate ein, wenn man so die Reden der Antragsteller hört, wie „Viel Wind um nichts“ oder „Vom Winde verweht“ oder „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Es wurde auch schon vom Kollegen Brust die Historie der zahlreichen erfolglosen Versuche der Grünen, das Thema Windkraft voranzubringen, ein bisschen aufgedrösel. Ich weiß nicht, ob es eine Wiedervorlage in der Grünen Partei gibt, dass einmal in jeder Wahlperiode irgendwie etwas herausgehauen werden muss. Ich weiß es nicht.

Ein Wort zur SPD: Wenn hier jetzt so getan wird, als wären wir die energiepolitischen Betonköpfe, möchte ich an den leider viel zu früh verstorbenen Hermann Scheer erinnern, der schon Ende der 80er-Jahre hochgradig innovative Ideen zum Thema erneuerbare Energien hatte. Aus unserer Sicht bleibt es trotzdem dabei, dass wir die notwendige Energiewende selbstverständlich gestalten müssen, und das auch auf der kommunalen Ebene tun müssen, das allerdings ökonomisch sinnvoll und pragmatisch.

Die beste Form der Ressourcenschonung ist ja das Einsparen von Energie. Insofern will ich hier auch noch einmal bestimmte Dinge zitieren. Der berühmte Redebeitrag von meinem lieben Vorgänger Götz Bacher ist schon angesprochen worden, der seinerzeit - ich kann es natürlich nicht in diesem rheinischen Singsang - hier ausführte:

Bei den im Binnenland eher niedrigen Winderträgen müssten unserer Kenntnis nach große Anlagen mit Nabenhöhen von rund 150 Meter - dies bedeutet Gesamthöhen inklusive Flügel von über 200 Meter - aufgestellt werden.

Jetzt sagt Herr Kollege Brust, er will sogar 240 Meter.

(Ulrich Breite [FDP]: 300 Meter!)

Ich zitiere weiter:

Das ist bekanntlich - das wissen Sie alle - höher als der Dom. Derartige Anlagen, die in halb Köln besser zu sehen sind als der Dom, möchte ich mir nicht vorstellen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

- Danke.

Doch wir Sozialdemokraten haben ein großes Interesse daran, gemeinsam aktiv die Energiewende auch lokal umzusetzen, gibt es doch bereits jetzt schon viele Möglichkeiten, wie zum Beispiel Photovoltaik-Anlagen, Geothermie, Bioenergie, energieeffizientes Bauen oder auch die Kraft-Wärme-Kopplung [...].

Dem ist aus unserer Sicht auch heute nichts hinzuzufügen.

Jetzt möchte ich jemand anders zu dem damaligen Antrag zitieren:

Dieser Antrag liest sich wie aus dem Handbuch für Gutmenschen abgeschrieben. Leider haben Sie vergessen, unten hinzuzufügen: bitte nur für ländliche Regionen einsetzen. Dieser Antrag zeigt ganz eindeutig, dass Sie nicht verstanden haben, wo in Köln die Probleme liegen. [...]

Weiter:

Es gibt eben in Köln nicht genug Wind und nicht genug Flächen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn die Investoren in Horbell nicht in Windenergie investieren, dann werden sie es wahrscheinlich auch an anderer Stelle nicht tun. Insofern ist es eine Zeit- und Kraftverschwendung und vor allem auch eine Ressourcenverschwendung in dieser Stadt, sich mit dieser Sache zu beschäftigen.

Das wurde damals, glaube ich, sehr energetisch von der lieben Kollegin Frau Welcker vorgetragen. Insofern rate ich der CDU, sich vielleicht intern noch einmal ein bisschen zu sortieren, was denn jetzt gilt. Denn - und dann kommen wir langsam zum Knackpunkt - die Sachlage hat sich ja mitnichten geändert. Es ist ja nicht so, als hätte die Verwaltung einfach gesagt: Nein, wollen wir nicht. - Wir haben das noch einmal herausgesucht. Es wurden umfangreiche Studien dazu durchgeführt, wo es in Köln möglich ist, entsprechende Anlagen zu errichten; und die Anzahl der Flächen ist ja nicht mehr geworden.

Der Kollege Brust hat eben die Antwort der Verwaltung aus 2017 zitiert, allerdings die entscheidenden Stellen weggelassen. Das möchte ich hier gern nachholen; denn neben diversen Abstands- und Ausschlusskriterien und Radien, die noch einmal aufgeführt wurden, sagt die Verwaltung sinngemäß: alles ganz, ganz schwierig.

[...] zumal die aktuelle Suche nach neuen Wohnbauflächen die Nutzbarkeit von Flächen für Windenergieanlagen weiter einschränken und das Ergebnis zur Standortfindung aus 2005 noch weiter verkleinern wird.

Meine Damen und Herren, das sind doch alles objektive Fakten und Gesetze der Physik, an denen wir nicht vorbeikommen - selbst die Grüne Partei per Parteitagsbeschluss nicht, auch wenn das in der Satzung möglicherweise anders vor-

gesehen ist, was sozusagen den Geltungsrang angeht.

Deswegen fragen wir uns: Was sind denn für neue Erkenntnisse zu erwarten? Ich wüsste gern von der Verwaltung - 2017 wurde das Ganze ja noch einmal betrachtet -, ob sich seit 2017 bis heute irgendetwas geändert hat. Ich nehme an, dass das nicht der Fall ist.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Innerhalb der Verwaltung: ja! Innerhalb der Verwaltung schon!)

- Wir reden hier ja aber über objektive Fakten, und das wird sich auch durch den Wechsel von Personen in der Verwaltung nicht ändern. Wenn dem doch so ist, Frau Kollegin, dann sollten Sie sich fragen, wie Sie es so mit den Fakten halten.

Deswegen, meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam Schritte unternehmen, wie wir wirklich die Energiewende hier voranbringen können, wie wir Energie einsparen können und das in Zusammenarbeit mit der RheinEnergie.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Daran hat die RheinEnergie aber kein Interesse!)

- Das halte ich für Quatsch, Herr Kollege; denn die RheinEnergie investiert massiv in den Ausbau der erneuerbaren Kapazitäten. Aber das ist noch einmal eine eigene Debatte.

Wir möchten ungern einen zwar inhaltlich durchaus gut gemeinten, aber schlecht gemachten Antrag ablehnen, deswegen noch einmal der Appell an die Antragsteller: Ziehen Sie diesen Antrag zurück!

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie uns gemeinsam an vernünftigen und umsetzbaren Lösungen arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Akbayir hat das Wort.

Hamide Akbayir (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Oberbürgermeisterin, erlauben Sie mir, zu Beginn meiner Rede eine kurze persönliche Anmerkung zu machen, und zwar möchte ich mich persönlich noch einmal dafür bedanken, dass wir heute mit überwältigender Mehrheit, mit großer Mehrheit eine Reso-

lution zur Annullierung der Wahlen in der Türkei beschlossen, aber auch allgemein auf die Situation in der Türkei aufmerksam gemacht haben. Danke schön dafür.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute einen Antrag vorliegen, der eigentlich nicht falsch ist. Aber in Jubelstürme kann er uns leider auch nicht ausbrechen lassen.

Es gibt in Deutschland kaum windärmere Gegenden als unsere, und das hat die Verwaltung damals auch so ähnlich beantwortet. Die antragstellenden Fraktionen haben es in ihrem Antrag ja noch einmal zitiert. Und wenn wir jetzt ehrlich sind, dann gab es auch im März 2017 bereits die im jetzigen Antrag erwähnten Windenergieanlagen, die explizit für schwache und mittlere Anlagen konzipiert wurden und einen rentablen Betrieb auch an windarmen Standorten möglich machen.

Übrigens: Für die Prüfung dieser Windenergieanlagen hat die Verwaltung damals rund drei Jahre gebraucht. Wir gehen davon aus, dass diese der Verwaltung damals nicht unbekannt waren. Die Verwaltung schrieb aber damals auch - ich zitiere -, dass

[...] die aktuelle Suche nach neuen Wohnbauflächen die Nutzbarkeit von Flächen für Windenergieanlagen weiter einschränken und das Ergebnis zur Standortfindung aus 2005 noch weiter verkleinern wird.

Daran hat sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, bis heute überhaupt nichts geändert. Für uns ist klar, dass wir keinen Wohnungsbau für drei Windräder blockieren werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber meine Damen und Herren, nochmals das Potenzial zu untersuchen, kann ja nicht schaden, außer dass es Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bindet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Übrigen seit Anfang dieser Diskussion auch auf die Möglichkeit vertikaler Rotationsachsen verwiesen, die bis in den mittleren Bereich effektiv arbeiten, aber einen erhöhten konstruktiven Mehraufwand benötigen. Dies nur nebenbei zur Info.

Wir werden dem Antrag heute zustimmen, aber bitten darum, dass die Potenziale an Dächern und Fassaden in der Stadt, die zur Gewinnung von Energie aus Sonnenlicht geeignet sind, intensiver erschlossen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat jetzt das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich werde in meiner Argumentation so durchgängig sein, dass das, was ich vorher begründe, nachher auch der Beschlussvorschlag für unsere Fraktion sein wird. Nicht wie bei der Vorrednerin, die die ganze Zeit dagegen gesprochen und am Ende gesagt hat, sie stimme doch zu. Also das schon einmal als Vorwarnung vorweg.

Ich hatte das zweifelhafte Vergnügen, aus beruflichen Gründen den 85 Gutachten beizuwohnen, die vor der Energiekommission beim Bundeswirtschaftsministerium in Berlin vorgetragen wurden im letzten Jahr. Dabei habe ich viel gelernt und viel mitgenommen. Ich habe nicht mitgenommen, dass es für die Energiewende notwendig ist, in Ballungszentren Windräder zu errichten.

(Beifall bei der FDP)

Ich hatte heute Vormittag einen Termin mit dem Bürgermeister von Bedburg, der ganz stolz berichtet hat, dass er den größten kommunalen Windenergiepark auf seinem Stadtgebiet hat und jetzt noch einmal ein zweiter hinzukommen soll. Ja, das Rheinische Revier will Energieregion bleiben. Das ist eigentlich auch die Arbeitsteilung, die wir hier haben. Wir können nicht in allen Bereichen des Landes, in allen Kommunen gleiche Aufgaben erfüllen. Es kommt doch auch keiner auf die Idee, in Bedburg ein Opernhaus zu bauen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wieso eigentlich nicht?)

- Ja, vielleicht besser als hier.

Das ist die Aufgabe des Oberzentrums Köln. Wir leisten gewisse Dienste für die ganze Region. Daher gibt es eine Arbeitsteilung. Und im Rheinischen Revier, meine Damen und Herren, ist sehr

viel Platz und viel Potenzial für Windenergieanlagen und Windräder.

Wir hatten früher die Diskussion mit der UNESCO - auch gerade, glaube ich, von grüner Seite mit unterstützt - zu Fragen von Hochhausbauten, Stadtsilhouetten, Sichtachsen auf den Kölner Dom. Wenn man heute von der A 4 kommend am Frechener Berg auf Köln schaut und den Blick auf den Dom schon durch das Gebäude der früheren DKV-, heutigen ERGO-Versicherung an der Ecke Aachener Straße/Gürtel verstellt bekommt, möchte man sich gar nicht vorstellen, wie das Stadtbild aussieht, wenn wir im Grunde in den Grünzug West nach Horbell Windenergieanlagen bekommen entsprechend der damals ausgewiesenen Konzentrationszonen - egal, ob sie jetzt mit 200 oder mit 240 Metern den Kölner Dom überragen.

Es wurde gesagt - selbst die Kollegin der LINKEN hat eben darauf hingewiesen -, dass alles beschlossen sei und alles von der Verwaltung geprüft worden sei. Deswegen gibt es hier in dieser Frage eigentlich keinen Handlungsbedarf. Der einzige Handlungsbedarf, der anscheinend besteht, ist der schwarz-grüne Kooperationsvertrag. Hier muss anscheinend nach der Verhinderung der Vollendung des nördlichen Gürtels, nach der Busspur auf der Aachener Straße, nach der Einbahnstraße auf der Venloer Straße ein weiteres Zückerchen von der CDU an die Grünen gegeben werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, machen Sie da nicht mit! Wir brauchen keine Alibiwindräder im Kölner Stadtgebiet, die unser Stadtbild verschandeln. Dieser Antrag gehört abgelehnt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Eine Zwischenfrage wurde nicht zugelassen, Herr Brust.

Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die Ratsgruppe GUT. Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, Rot-Weiß, die AfD und BUNT. Dann ist dieser Antrag beschlossen, meine Damen und Herren.

Ich rufe auf:

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend „Innovative Mobilitätskonzepte in neuen Quartieren umsetzen und Finanzierung langfristig sicherstellen - Mobilitätsfonds für Köln aufbauen!“
AN/0424/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0739/2019

Ich gebe zunächst Herrn Pöttgen das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte starten mit einem Zitat aus dem Rat vom 14. Februar 2017 und nehme Sie mit auf eine Reise. Dort wurde gesagt:

Morgens aktivieren Sie Ihr Smartphone. Sie haben natürlich eine Mobilitäts-App installiert. Sie treten aus dem Haus und freuen sich, dass die Straße, in der Sie leben, umgestaltet wurde. Statt jeder Menge parkender Autos haben Sie jetzt breite Gehwege, breite und sichere Radverkehrsanlagen und schöne Aufenthaltsbereiche.

[...]

Weil Sie kein eigenes Auto mehr haben, nutzen Sie Carsharing oder eine Mitfahrzentrale. Für Fahrradboxen und Fahrradbügel ist genug Platz im Straßenraum. Sie gehen zur Mobilitätsstation um die Ecke und aktivieren das zuvor über die App reservierte Fahrrad. Auf Ihrem Weg zum Bahnhof bekommen Sie die Information, dass Ihr Zug Verspätung hat. Die App hat für Sie bereits eine alternative Wegeketten berechnet. Über das Pendlerportal wird Ihnen eine Mitfahrgelegenheit angeboten.

Sie schauen sich um und sind froh darüber, dass das hässliche Parkhaus gegenüber endlich abgerissen wird.

[...]

Dort wird ein ganz besonderes Wohnhaus gebaut, das auf die Bedürfnisse von Fahrradfahrenden abgestimmt ist.

[...]

Die sonst notwendigen Pkw-Stellplätze werden nicht geschaffen.

[...]

Dafür muss ein gleichwertiges Mobilitätskonzept entwickelt werden.

Neben umfangreichen Annehmlichkeiten für den Radverkehr wie komfortablen Abstellmöglichkeiten und einer kleinen Fahrradwerkstatt erhalten die Mieter eine Mitgliedschaft bei einem Car-sharinganbieter und ein ÖPNV-Abo als Mieterticket. In der unmittelbaren Nähe gibt es Supermärkte, Restaurants und ÖPNV-Haltestellen, sodass man ohne eigenes Auto prima zurechtkommt.

Es tat Ihnen ja schon weh, sich die eigenen Ansprüche vorführen zu lassen. Man hat es richtig gemerkt hier oben. Es wusste jeder nach dem zweiten Satz: Das war die Antrittsrede unserer Verkehrsdezernentin - zumindest ein Teil davon.

Diese Vision, die ich gerade vorgelesen habe, Frau Verkehrsdezernentin Blome, teilen wir als SPD-Fraktion ausdrücklich und möchten wir unterstützen.

(Zuruf)

- Das ist keine Neuigkeit, aber falls es immer noch nicht angekommen ist: Diese teilen wir.

Sie haben damals in Ihrer Rede auf das Jahr 2030 rekurriert und haben gesagt: Dann ist das Realität. - Damit das 2030 Realität ist, müssten wir heute, 2019, die ersten Entscheidungen treffen; denn es liegt genug an: Mülheim-Süd, die Parkstadt Süd, Kreuzfeld, der Deutzer Hafen und viele Gebiete mehr müssen aktiv von uns autoarm gestaltet werden. Das entscheiden wir in diesen Tagen, in diesen Monaten, in diesen Jahren. Bis zur Kommunalwahl sind ja noch einzelne Beschlüsse von uns zu fassen. Unser Antrag ist der Impuls, dafür eine Struktur zu schaffen, die notwendige Debatte zu führen und Ihnen das Angebot zu machen: Lassen Sie uns doch einfach umsetzen, was Frau Blome vollkommen richtig vorgeschlagen hat als Vision.

Ich muss ehrlicherweise sagen: Ich finde es persönlich schade, dass die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen unsere Einladung auf eine gemeinsame Verständigung zu dem Thema nicht verfolgt haben. Wir hatten es in der letzten Ratssitzung von der Tagesordnung genommen, um den Spielraum zu lassen. Sie verpassen damit unseres Erachtens heute eine Ge-

legenheit, die Verkehrswende in unseren Wohnquartieren gemeinsam zu verfolgen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Götz das Wort.

Stefan Götz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Gut gemeint bedeutet nicht immer gut gemacht. Vielleicht war dieser Antrag auch gut gemeint, aber er ist schlecht gemacht.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Deswegen kommt unser Änderungsantrag!)

Ich will Ihnen deswegen jetzt nicht alle Einzelheiten vortragen. Ich kann auch direkt die LINKEN mit einbeziehen: Der ist auch nicht gut gemacht. Aber entscheidend ist: Wir haben überhaupt keinen Bedarf für einen neuen Mobilitätsfonds; denn wir haben schon einen, und zwar die Stellplatzablösesatzung mit den politischen Beschlüssen über die Verwendung der Mittel, die dort eingenommen werden. Herr Pöttgen, Sie wissen das doch auch: Die Verwaltung arbeitet gerade an einer Neufassung dieser Stellplatzablösesatzung. In diesem Zusammenhang kann man diese Fragen auch alle mit diskutieren; denn die Stellplatzablösesatzung ist das richtige Mittel. Sie ist quasi das kommunale Gesetz, das auch die entsprechende Verpflichtung mit sich bringt. Alles andere funktioniert nicht. Die Verwaltung kann dazu sicherlich auch noch einmal Stellung nehmen.

Wenn also das das richtige Instrument ist, dann lassen Sie uns doch gemeinsam über diese Themen bei der Beratung über die Neufassung der Ablösesatzung diskutieren. In Mülheim-Süd sehen wir doch, dass dieses Projekt auch funktioniert.

Wir wollen den Wohnungsbau in Köln stärken und nicht erschweren durch weitere Bürokratie. Wir wollen nicht mehr Bürokratie, sondern weniger. Wir wollen keine Lösungen für einige neue Bewohner, sondern wir wollen Mobilitätsstationen für alle Kölnerinnen und Kölner.

Es war sicherlich gut gemeint, aber es war nicht gut gemacht. Lassen Sie uns gemeinsam über dieses Thema diskutieren, wenn es an der Zeit ist, wenn die Verwaltung die Vorlage zur Novel-

lierung der Ablösesatzung fertig hat und damit dann auch die Frage der Verwendung der eingenommenen Mittel diskutiert wird. Wenn das alles da ist, können Sie auch wieder an die Presse gehen. Ich kann das ja verstehen: Eine Opposition sucht natürlich nach Themen. Aber das hier war ein untaugliches Mittel, ein untauglicher Versuch. Wir müssen Ihren Antrag daher leider ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Änderungsantrag - mein Vorredner hat es schon gesagt - ist teilweise ein Sammelsurium an diversen Dingen, die ja auch schon Frau Blome in ihrer zitierten Antrittsrede erwähnt hatte, an Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, um die Verkehrswende in dieser Stadt vorwärtszubringen. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten diverse Beschlüsse getroffen, die genau in diese Richtung gehen, nämlich die Verkehrswende voranzubringen.

Wenn ich mich konkret auf diesen Antrag stütze - wir sprachen darüber auch schon in persönlichen Gesprächen -, so ist die Stoßrichtung nicht ganz klar. Es geht um einen Fonds, der aufgebaut werden soll, aus Mitteln, die wir jetzt schon bei den Stellplatzablösemitteln haben, die aber auch nicht wirklich verausgabt werden, weil sie dann zweckgebunden sind für Quartiersgaragen. Da gehen wir gerade heran und schauen, wie wir diese Mittel auch für andere Mobilitätsangebote nutzen können. Es ist, glaube ich, noch jede Menge Geld da, das man auch entsprechend ausgeben kann, sodass die Frage eines Fonds, der eingerichtet werden muss, in dem Zusammenhang auch noch einmal diskutiert werden sollte.

Des Weiteren geht es in dem Antrag nicht nur um die Finanzierung, sondern auch konkret um Mobilitätsstationen. Ich persönlich glaube, wir sind auf einem guten Weg, wenn wir die Investorinnen und Investoren, die sich in großen Baugebieten darum kümmern, Mobilstationen einzurichten, das auch einfach einmal machen lassen und nicht hingehen und vorschreiben, was genau in jeder Mobilstation vorhanden sein muss. Denn je nach Gebiet, in dem ich baue, habe ich unter-

schiedlichste Ansprüche an Mobilität, an das, was die Bewohnerinnen und Bewohner dort brauchen, sodass man da gar nicht nach Schema F verfahren kann.

Ja, es ist sicherlich wünschenswert, dass das Ganze auch nach halbwegs einheitlichen Kriterien gemacht wird. An der Stelle wird aber auch vom VRS gerade schon an diversen Kriterien gearbeitet, sodass man nicht nur in der Kommune allein die Lösung finden muss. Wir reden die ganze Zeit auch über interkommunale Mobilität. Da ist der VRS, der Verbund genau der richtige Ansprechpartner, das alles entsprechend umzusetzen, sodass wir nicht wieder eine kommunale Eigenlösung kreieren, sondern das Ganze im Verbund machen. Wer wird das Ganze letztlich in Köln umsetzen? - Ich kann mir durchaus vorstellen, dass das die KVB als unsere städtische Verkehrsdienstleisterin macht; aber wenn, dann bitte nur mit den Partnerinnen und Partnern in der Region zusammen.

Jetzt hattest du, lieber Michael Weisenstein, gerade noch gesagt, dass euer Änderungsantrag aus einem schlechten SPD-Antrag quasi einen guten SPD-Antrag machen würde. Meiner Meinung oder unserer Meinung nach macht er das Ganze nur noch komplizierter, weil dann noch mehr Dinge vermischt werden, die explizit mit Mobilstationen oder der Finanzierung von Nahmobilität nicht so viel zu tun haben. Daher - auch das ist ein ernst gemeintes Angebot - lasst uns doch uns noch einmal zusammensetzen und schauen, was wir wirklich bei den großen Themen, was die Nahmobilität, mobile Stationen etc. angeht, tun können. Danach können wir gern alle einen gemeinsamen Antrag einbringen und hängen uns nicht am Gerüst eines Antrags entlang, sondern kommen noch einmal zusammen und schauen: Wie gehen wir damit um? Welche Maßnahmen sind nötig? Wo machen wir das im Verbund, wo machen wir es allein?

Daher werden wir diese beiden Anträge so, wie sie hier vorliegen, ablehnen. Wie gesagt, mit der expliziten Einladung: Lasst uns zusammenkommen, lasst uns noch einmal vielleicht nicht bei null anfangen, aber bei eins anfangen und nicht bei 15, um dann wieder zurückzudrehen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei der SPD dafür bedanken, dass sie die Initiative zu diesem Antrag ergriffen hat.

Lieber Lino Hammer, ich habe nicht gesagt, dass es ein schlechter SPD-Antrag ist.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das klingt so durch!)

Ich habe gesagt, er muss ein bisschen deutlicher gemacht werden.

Ich probiere jetzt einmal, zu betonen, was uns wichtig ist und wo ich glaube, wo Änderungen am SPD-Antrag dazu beitragen können, dass es ein Antrag wird, der auch tatsächlich umgesetzt werden kann.

Vorab: Es ist natürlich sinnvoll, wenn weniger Stellplätze gebaut werden und das eingesparte Geld in den Umweltverbund investiert wird. Vor allem von Neubaugebieten am Stadtrand wissen wir, dass wir hunderte, vielleicht tausende Stellplätze bauen, die wir nicht brauchen, weil die Leute die Miete nicht zahlen wollen, sondern die Autos oben abstellen und die Tiefgaragen unten leer stehen. Aktuelles absurdes Beispiel Swinestraße: Die GAG muss 250 Stellplätze bauen; die GAG hat gegenüber ein Parkhaus stehen, das überhaupt nicht in Verwendung ist. Wir müssen also schauen, dass weniger Stellplätze gebaut werden.

Jetzt müssen Sie bitte wirklich zuhören, damit es verständlich wird. Es ist ungünstig, dass die Ablöse und der neue Mobilitätsfonds ein Stück weit hier vermischt werden. Deswegen probiere ich es noch einmal, das auseinanderzuklamüsern. Ablöse muss der Investor nur bezahlen, wenn er eigentlich Stellplätze bauen müsste, er diese aber nicht bauen kann, weil es unverhältnismäßig ist. Da haben wir momentan die Richtgröße von einem Stellplatz. Die Verwaltung arbeitet daran, dass es künftig nur noch 0,5 sein sollen. Diese Satzung ist vorhergesagt und wird auch hoffentlich bald kommen. Das ist die eine Sache.

Die andere Sache ist zu dem SPD-Änderungsantrag. Ich versuche, es zu verdeutlichen: ein Investor, der künftig nicht mehr einen, sondern nur noch einen halben Stellplatz pro Wohneinheit bauen kann. Nehmen wir einmal folgendes Beispiel: Die GAG baut 200 Wohneinheiten und muss künftig nur noch 100 Stellplätze bauen, weil der Stellplatzschlüssel gesenkt wurde, und sie kann diese Stellplät-

ze auch bauen. Dann hat das mit der Ablöse nichts mehr zu tun, sondern dann müssen wir als Politik hingehen und sagen: Nein, die GAG muss jetzt nicht mehr für die 200 Wohneinheiten 100 Stellplätze bauen, sondern die GAG entscheidet selbst, wie viele Stellplätze sie tatsächlich für dieses Wohngebiet errichten möchte. - Wenn sie dann sagt: „Nein, wir kriegen da keine 100 Stellplätze vermietet, wir bauen nur 50“, spart sie round about 1,5 Millionen Euro. Und von diesen 1,5 Millionen Euro, so sagt unser Antrag, schöpfen wir die Hälfte ab. - Nein, Entschuldigung, Rechenfehler.

(Heiterkeit)

- Nein, nein, nein. Jetzt müsst ihr einmal kurz zuhören.

Wir haben die 1,5 Millionen Euro, die sie eigentlich für die 100 Stellplätze aufbringen müsste. Jetzt sagt die GAG aber: Wir bauen nur die Hälfte, das kostet also nur 750 000 Euro. - Dann sagen wir: Wenn die GAG 750 000 Euro spart, soll sie die Hälfte von diesem Geld in den Mobilitätsfonds überweisen. Dann haben wir etwas in unserem Säckel für den Mobilitätsfonds, für die Infrastruktur, und die GAG hat 375 000 Euro gespart, die sie in günstigen Wohnraum investieren kann. Es sind immerhin fast zwei kleine Wohneinheiten, die sie von dem Geld bauen kann.

Es ist wichtig, das zu verstehen. Man muss das trennen. Ich habe auch der SPD gesagt: Wartet doch, bis die neue Ablösesatzung da ist. - Dann wäre das natürlich einfacher zu erklären gewesen. Aber grundsätzlich kann man das heute so beschließen. Unterm Strich spart die GAG, unterm Strich gibt es mehr Infrastruktur im Mobilitätsfonds, und es gibt weniger Stellplätze.

Jetzt läuft mir die Zeit davon, weil es doch recht komplex war. Ich will noch eine Sache zu unserem Antrag sagen. Ich bitte, Frau Oberbürgermeisterin, mir eine Minute zu gönnen.

Es muss zwischen der Finanzierung Infrastruktur und Betrieb getrennt werden. Das macht der SPD-Antrag nicht. Wir wollen, dass das getrennt wird, und sind sehr dafür, dass Mieterinnen und Mieter der GAG als Pilotprojekt künftig ein sogenanntes Mieterticket für weniger als 50 Euro im Monat bekommen. Wir möchten dazu auffordern, dass die Vorstände von GAG und KVB sich hinsetzen und beraten, wie das finanzierbar ist, ob gegebenenfalls die Stadt da noch etwas zuschießt, ähnlich wie sie es jetzt beim Köln-Pass tut.

Ich bitte um Zustimmung und hoffe, ich konnte es einigermaßen erklären. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Weisenstein, ich weiß nicht, bei Ihrer Rede habe ich mich irgendwie an Edmund Stoiber erinnert, wie er erzählt hat, wie man in zehn Minuten vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen kommt.

(Heiterkeit)

Aber Schwamm drüber! Sie können ja vielleicht noch Einzelne hier direkt beatmen, wie das mit Ihrem Antrag gemeint war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Stefan Götz hat im Grunde schon genau den Finger in die richtige Wunde gelegt. Es geht darum, dass immer mehr Hürden aufgebaut werden für Investoren, die in Wohnungsbau in Köln investieren wollen, immer mehr Bürokratie geschaffen wird, die die Verwaltung davon abhält, Planungsrecht und Baurecht entsprechend zu schaffen. Leider trägt die CDU bei den wohnungsbaupolitischen Beschlüssen selbst zu diesem Phänomen bei.

Ja, wir haben Stellplatzablösen in Köln, die leider auch nicht immer so genutzt werden, wie sie eigentlich ursprünglich eingerichtet worden sind, nämlich für die Schaffung von Parkplätzen, eben weil der jeweilige Investor - das ist eben schon erklärt worden - auf seinem Grundstück für vertretbaren Aufwand keine Plätze schaffen kann und dann die Fahrzeuge in den öffentlichen Raum geparkt werden. Dafür gibt es eigentlich mit den Stellplatzablösen ein entsprechendes Instrument, das man einsetzen könnte. Leider wird es nicht richtig eingesetzt. Ich will nur das Beispiel Ebertplatz hier aufrufen, wo eben nicht an einer Stelle, an der es eigentlich angebracht gewesen wäre, entsprechend Stellplätze geschaffen werden. Stattdessen hat es hier einen Beschluss von CDU und Grünen gegeben, der die Verwaltung mal wieder auf eine große Prüfungsschleife geschickt hat. Die Kommunalwahl wird ins Land ziehen und nichts ist in der Richtung entsprechend passiert.

Kollege Pöttgen hat aus Sicht der SPD gesagt, sie will Gebiete autoarm gestalten. Das ist ja immer die Bevormundungspolitik, die hier einige Gruppen im Rat bevorzugen. Ich kann auch ein aktuelles Beispiel anfügen, nämlich das Clouth-Quartier in Nippes, wo Tiefgaragenstellplätze entsprechend geschaffen wurden. Und selbst in den härtesten Winternächten, wenn man morgens sein Auto freikratzen muss, sind dort immer noch Fahrzeuge, ist draußen alles vollgeparkt, obwohl es ein großes KVB-Angebot gibt. Also der Bedarf in so einem Wohngebiet, innenstadtnah mit guten Anbindungen, ist vorhanden. Wir müssten einmal genau untersuchen, wie dort der richtige Stellplatzschlüssel gewesen wäre, damit nicht das Ordnungsamt, das jetzt abends kommt und Knöllchen verteilt, zum Einsatz käme.

Also, meine Damen und Herren: Keine weitere Bevormundung für die Bürgerinnen und Bürger, keine weiteren Hürden für Investoren und keine weitere Bürokratie, die die Verwaltung von den eigentlichen Aufgaben im Wohnungsbau abhält! Deswegen gilt es, diesen Antrag und auch den etwas schwierig zu verstehenden Änderungsantrag der LINKEN abzulehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Zimmermann. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Ich mache es vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Zunächst einmal: Mir erscheint dieser Mobilitätsfonds auch eher ein bürokratisches Monster zu werden, da ich eigentlich denke, dass unser Haushalt der Stadt Köln auch ein wunderbarer Mobilitätsfonds sein sollte, wenn wir ihn nur entsprechend gestalten. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn wir die Verkehrswende nicht auch ohne einen solchen Fonds hinkriegen würden.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT)

Aber darum bemühen wir uns weiterhin.

Da Sie, Frau Beigeordnete Blome, von Herrn Pöttgen ja so ausführlich zitiert wurden, würde ich Sie gern um eine kurze Stellungnahme zum Mobilitätsfonds bitten, ob das im Sinne Ihrer Vision ist. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Verwaltung ist um eine Stellungnahme gebeten worden. Darf ich bitte erst die Ratsgruppe BUNT zu Wort kommen lassen? - Ich gebe danach Frau Blome das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es auch von der Seite aus machen. - Also ich habe Michael vorhin verstanden. Man muss ihm natürlich auch ein bisschen folgen. Das ist manchmal nicht so einfach. Aber es ist eine komplexe Thematik, und ich denke, da kann man ruhig ein paar Minuten Gehirnzzeit investieren.

Um das, Herr Götz, an der Stelle vielleicht noch einmal zusammenzufassen: Das jetzige System der Ablösemittel gibt es so weit nicht her. Es gibt kein System und keine Struktur an der Stelle, um ein System, wie wir es wollen, zu schaffen. Ich sehe da überhaupt kein Bürokratiemonster, lieber Thor, an der Stelle. Es ist relativ einfach und strukturiert, wie wir es auch dargestellt haben.

Zudem ist ein ganz wichtiger Punkt, der ein bisschen untergegangen ist, folgender: Die Investoren sollen hier nämlich mit zahlen. Es geht nicht darum, dass das Geld ausnahmslos aus dem Stadtsäckle kommt oder so etwas. Das ist sogar ein Hauptanteil an dieser Stelle.

Danke, dass ich die Zeit zur Ergänzung hatte.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt könnte Frau Blome einige Sätze dazu sagen. Eine ausführliche Stellungnahme könnten wir nachreichen.

Beigeordnete Andrea Blome: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich würde tatsächlich vorschlagen, das Thema mitzunehmen, sodass wir es, wenn wir die überarbeitete Stellplatzsatzung vorlegen, anhand der Vorschläge, die wir Ihnen dann im Zuge der Neufassung der Stellplatzsatzung unterbreiten werden, noch einmal mit aufgreifen.

Das verkehrspolitische Ziel ist, denke ich, klar: dass wir möglichst auch den Ziel- und Quellverkehr verhindern wollen. Damit schreiten wir zum Beispiel - das ist auch schon gesagt worden - im Mülheimer Süden voran, möglichst wenige Stellplätze vor Ort herzustellen. Ich meine aber, die

neue Stellplatzsatzung wäre der richtige Zeitpunkt und Ort, um darüber noch einmal zu diskutieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Blome. - Soll über die Anträge heute entschieden werden?

(Zurufe: Ja, klar!)

- Ja, okay.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion - -

(Peter Kron [SPD]: Aufpassen!)

- Alles geklärt? Wir lassen gerade über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen.

Die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und DIE LINKE stimmen dem zu. Gegenstimmen? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, Rot-Weiß und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von der Ratsgruppe GUT. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Von der LINKEN und der Ratsgruppe GUT. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Förderung von Entfernung illegaler Wandschmierereien“ AN/0657/2019

Ich gebe Herrn Geraedts das Wort.

Wilhelm Geraedts (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Köln ist in einigen Bereichen in einem eher bemitleidenswerten optischen Zustand. Ich rede von Graffitis und davon, dass sie entfernt werden sollten. Das findet teilweise statt; denn im Rahmen einer sogenannten Ordnungspartnerschaft kämpft in Köln die Kölner Anti Spray Aktion, KASA, gegen diese illegalen Farbsprühereien.

Kürzlich berichtete sogar das WDR-Fernsehen über bauliche Missstände am Kölner Dreikönigsgymnasium und in diesem Zuge auch über die Tätigkeit der KASA dort. Es stehen dort Zäune, damit Schüler und Menschen nicht von Trümmern der zerbröckelnden Fassade getroffen werden. Geändert hat sich während der vergangenen vier Jahre der Abstand der Zäune zum Gemäuer, weil die Teile, die herunterfallen, größer werden. Das hat die KASA nicht davon abgehalten, mit Hochdruck an dieser maroden Fassade Graffiti, die aufgebracht wurden, zu entfernen. Denn es handelt sich um ein öffentliches Gebäude, und die KASA hat dazu einen entsprechenden Auftrag.

Laut Internetveröffentlichung der KASA wird neben der zügigen Reinigung der städtischen Objekte - wohl von jeglichen Schmierereien - auch jedes illegale Graffiti überall entfernt. Anschließend wird, so die Berichterstattung, durch Anzeigenerstattung bei der Polizei und Geltendmachung zivilrechtlicher Ansprüche gegen die Täter vorgegangen. Es soll wohl eine Aufklärungsquote von 10 Prozent geben. Daraus könnte man jetzt folgern, dass unaufgefordert aufgebrachte Graffiti an privaten Immobilien legal sind, solange sie keinen strafrechtlich relevanten Inhalt aufweisen. Immerhin werden sie nicht mit den Mitteln der Stadt Köln entfernt; denn hier wird die KASA nur kostenpflichtig tätig.

Auffassung von uns - und nicht nur von uns - ist, dass der Bürger einen Anspruch auf Schutz seines Eigentums durch den Staat, in diesem Fall also durch die Kommune, hat - das insbesondere auch in Köln. Es ist kaum vorstellbar, dass die Schmierereien von Angehörigen des bürgerlichen Lagers getätigt werden.

(Unruhe)

- Lachen Sie nur; das vergeht Ihnen vielleicht noch.

Die linksideologischen Hochburgen in Köln liefern mit ihrem Erscheinungsbild ein beredtes Zeugnis. Wir wissen also, in welchen Bereichen fast ausschließlich nach den Tätern zu suchen ist. Gleichzeitig fördert Köln den gepflegten Linksradikalismus und die politische und materielle Unterstützung vom Verfassungsschutz beobachteter linksradikaler Vereinigungen. Aus deren Unterkünften heraus wurde Meldungen zufolge auch das unsägliche Treiben sogenannter Umweltschützer im Hambacher Forst organisiert. Weitere Großtaten sind die organisierte Behinderung der Demokratie mit Unterstützung städti-

scher Ordnungskräfte bei einer Veranstaltung der AfD vor Kurzem in Kalk.

Köln fördert mit dem Geld seiner Bürger das Umfeld, aus dem heraus fast ausschließlich die beklagten Straftaten, das Aufbringen von Graffiti, begangen werden. Und dann lässt Köln ebenfalls mit dem Geld der Bürger einen Teil der Folgen dieser Unterstützung und Förderung entfernen, aber nur an städtischem Eigentum, während der private Immobilienbesitzer die Folgen einer solchen Politik auszuhalten oder auf eigene Kosten zu beseitigen hat.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie behaupten von sich, im Zweifel linke bzw. grüne Positionen zu vertreten. Das haben Sie einmal zu Beginn Ihrer Wahlperiode öffentlich gesagt. Auch andere linksideologische Parteien im Rat der Stadt Köln sowie die ehemals rechtskonservative, bürgerliche und leider diesbezüglich ziemlich eingeschlafene CDU sollten in diesem Fall doch so konsequent sein, die Folgen ihrer Politik auch vom Privateigentum auf städtische Kosten entfernen zu lassen. Diesem Antrag nicht zuzustimmen wäre meiner Meinung nach ein Schlag ins Gesicht derer, die diese Politik auszuhalten haben. Man könnte hier also nicht nur das Stadtbild, sondern vielleicht auch das Verhältnis des Rates der Stadt Köln oder der Stadt Köln zu ihren Bürgern verbessern. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich muss richtigstellen, dass städtische Ordnungsträger in keinem Fall die Behinderung der Demokratie unterstützen.

(Beifall)

Außerdem erinnere ich in diesem Zusammenhang an die Geschäftsordnung. Sie haben keinen Deckungsvorschlag gebracht, deshalb ist es schwierig, über diesen Antrag eine Beschlussfassung herbeizuführen, wenn nicht gar unmöglich. - Vielen Dank.

Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt.

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend „Schulsozialindex weiterentwickeln und breit anwenden!“ AN/0474/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Lin-

**ke., FDP und der Gruppen BUNT und GUT
AN/0737/2019**

Als Erster hat Herr Philippi das Wort.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Änderungsantrag der demokratischen Fraktionen und Gruppen zum Thema und möchte mit einer Klarstellung und Präzisierung beginnen, weil wir erfahren haben, dass es vonseiten der Verwaltung gewisse Vorbehalte gab bezüglich des dritten Beschlusspunktes unseres Textes. Ich räume ein: Wenn man den so herunterliest, dann könnte der Eindruck entstehen, die Antragsteller fordern, dass zusätzliche Millionen ins System einfließen. Das ist nicht gewollt; das wollen wir richtigstellen.

Die Botschaft dieses Antrags ist die, dass das, was da ist, und das, was von dritter Seite als Bezuschussung kommt durch den Sozialindex, ins System einfließen muss und soll und nicht zusätzliche Mittel.

Deshalb schlagen wir als Antragsteller beim dritten Beschlusspunkt folgende Präzisierung vor in Analogie zum zweiten Punkt:

3. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie die genannten Schulen bedarfsgerecht ausgestattet werden. Dazu gehört eine Verbesserung der personellen Ausstattung, soweit es vom Schulträger möglich ist.

Damit ist Schluss.

Der Halbsatz „etwa durch Verstärkung der Schulbegleitung“ soll gestrichen werden, weil er hierhin fachlich nicht passt.

Das wäre die Aktualisierung. Ich glaube - ich schaue zur Kämmerin -, mit dieser Änderung kann die Verwaltung leben. - Vielen Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss nicht Bildungsexpertin oder -experte sein, um den Zusammenhang zu verstehen, dass bei uns im Land leider immer noch die soziale Herkunft über den Bildungserfolg entscheidet. Bei der Bürgerbeteiligung zum Regierungsbericht über Lebensqualität in Deutschland im November 2017 brachte es einer der Teilnehmer wie folgt auf den Punkt. Er sagte: „Bildung ist das Sprungbrett zu einem guten Leben.“

Uns allen ist aus der eigenen Schullaufbahn, aus der Schule bekannt, wie heterogen die Zusammensetzung in den einzelnen Klassen ist. Diese Ungleichheit verteilt sich eben nicht nur innerhalb einer Klasse oder einer Schule, sondern insbesondere auch unter den Schulen in einem Sektor, wie zum Beispiel in unserem Kölner Stadtgebiet.

Meine Damen und Herren, um die Weichenstellung in Richtung Chancengleichheit herbeizuführen, sind wir daher verpflichtet, Ungleiches auch ungleich zu behandeln. Es ist in diesem Kontext gut zu wissen und sehr zu begrüßen, dass die Fachverwaltung dies schon lange in ihre Überlegungen und Entscheidungen mit einfließen lässt.

Der Klassiker in der Fachliteratur zum Thema hat im Übrigen den gleichen Titel: „Ungleiches ungleich behandeln. Standortfaktoren berücksichtigen - Bildungsgerechtigkeit erhöhen - Bildungsarmut bekämpfen“, von Professorin Gabriele Belenberg und Gerd Möller, herausgegeben 2017.

Dort heißt es in Kapitel 3, „Gründe und Folgen für sozial segregierte Schulen“, dass - ich zitiere -:

wissenschaftliche Befunde belegen, dass offensichtlich nicht nur individuelle Merkmale einer Schülerin oder eines Schülers, wie Leistungspotenzial und soziale Herkunft, für den Bildungserfolg entscheidend sind, sondern auch der Besuch einer Schule in einem bestimmten sozialen Umfeld und in Folge die soziale und leistungsmäßige Zusammensetzung der Schülerschaft. Vor dem Hintergrund von Chancengleichheit werden Schülerinnen und Schüler aus schwierigen sozialen Verhältnissen doppelt benachteiligt, zum einen durch ihre soziale Herkunft und zum anderen durch die Lernumgebung [...].

Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Anwendung des Sozialindex ein wertvolles und hilfreiches Instrument. Ohne an dieser Stelle weiter oder tiefer fachlich darauf einzugehen, ist die Kombination der anonymisierten Schülerwohndaten aus dem normalen Schulverwaltungsprogramm mit kleinräumigen Armutsdaten der Bundesanstalt für Arbeit ein sehr, sehr zuverlässiger Messwert für das Armutsrisiko und insoweit die Unterstützungsnotwendigkeit an einzelnen Schulen in Köln.

Der im Antrag angesprochene Bildungsmonitoring-Bericht der Fachverwaltung dokumentiert,

dass kommunale Bildungsressourcen nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern eben bedarfsorientiert verteilt werden sollen. Zugleich weist die Verwaltung darauf, dass weiterer Handlungsbedarf besteht. Deshalb ist es konsequent, wenn wir fordern, dass alle zu verteilenden Ressourcen durch den Filter des Sozialindexes müssen: Schulsozialarbeit, Ganztagsangebote, Sprachförderung, personelle und sachliche Ausstattung der Schulen bis hin zur Prüfung der Senkung von Klassenfrequenzen. Das ist natürlich schwierig, weil da die Schulaufsicht ein Wörtchen mitzureden hat. In Hamburg wird es uns vorgemacht; aber die Hamburger haben es einfacher, weil sie ein Landesparlament sind.

Die Filterung über den Sozialindex findet dann selbstverständlich - wie ich auch eingangs schon sagte - auch Anwendung auf alle Förderungen und Zuschussungen von Land und Bund wie etwa das Programm, das derzeit sehr erfolgreich läuft, „Gute Schule 2020“.

Meine Damen und Herren, besondere Förderung verdienen sich alle Schulen, die Inklusionsangebote vorhalten und sich weiterhin um die Verbesserung und den Ausbau des gemeinsamen Lernens kümmern. Lassen Sie mich an dieser Stelle ganz klipp und klar und deutlich an die Adresse der Kölner Gymnasien Folgendes sagen: Das, was da passiert ist und passiert, geht nicht. Es kann nicht sein, dass sich eine ganze Schulform aus der Inklusion verabschiedet.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/ Die Grünen und der LINKEN)

Ich habe hier und an anderer Stelle schon mehrfach für unsere Fraktion gesagt, dass wir bei den weiterführenden Schulen die klare Priorität auf die Gesamtschulen legen.

Zudem ist natürlich richtig, dass wir durch die Umstellung von G9 auf G8 den Bedarf an zwei oder drei neuen Gymnasien haben. Das ist völlig unbestritten. Aber wenn das der Fall ist, dann müssen wir es hier konsequent durchziehen, dann müssen sich die Gymnasien bei der Anwendung des Sozialindexes und bei der Verteilung von kommunalen Ressourcen ganz hinten anstellen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich habe vereinzelt gehört, dass dieser Antrag, der hier zur Beschlussfassung vorliegt, eigentlich ein Fachantrag für den Schulausschuss sei. Dem möchte ich ausdrücklich widersprechen. Jeder Ratsantrag hat in der Regel eine inhaltliche Anbindung an einen oder mehrere

Ausschüsse. Ich möchte für unsere Fraktion sehr deutlich machen, dass die Frage, wie man nachhaltig Verbesserungen auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit macht, für uns jedenfalls eine ganz zentrale Frage für unsere Stadt ist. Deshalb ist der Antrag hier im Rat auch genau an der richtigen Stelle.

Zum Schluss möchte ich allen demokratischen Fraktionen und Gruppen dafür danken, dass sie mit uns diesen Weg gegangen sind, dass sie unsere Initiative aufgegriffen haben. Wir haben gemeinsam die Beschlusspunkte ergänzt und präzisiert. Deshalb ist es gut, wenn die Unterstützung benachteiligter junger Menschen an den Kölner Schulen eine breite politische Mehrheit findet. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth, wünschen Sie an dieser Stelle zu sprechen? - Nein, okay. Dann rufe ich Herrn Dr. Schlieben auf.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Franz Philippi hat schon richtig erwähnt, dass die CDU und auch andere Fraktionen immer für gute Politik und gute Entscheidungen zu haben sind - auch an dieser Stelle. Inhaltlich ist zu dem Antrag ja schon einiges gesagt worden, was ich weder aus dem Antrag noch aus der vorangehenden Rede hier wiederholen möchte.

Wenn Sie sich aber mit Sozialindexierung einmal kurz auseinandersetzen wollen, finden Sie von Professor Peek von der Universität zu Köln schon vor einigen Jahren entsprechende Fragen formuliert:

- Welche Daten sollen überhaupt in so einen Index eingehen?
- Wo liegen die Möglichkeiten?
- Wo liegen die Grenzen der Zugänglichkeit zu den Daten, aber auch der Sozialindexierung?
- Wie geht man mit den Daten um, und woher bekommt man sie? Aus Fragebögen von Schülern und Eltern, oder kann man sie durch die amtliche Schulstatistik erheben?
- Trägt der Sozialindex wirklich dazu bei, schulische Qualitätsentwicklung zu betreiben?

Das sind alles Fragen, die sich schon vor vielen Jahren im Zuge der Schulsozialindexierung gestellt haben. Die Stadt Köln gibt auch seit 2012 eine Antwort darauf.

Ich möchte aus einem Beschluss zitieren, den wir schon im Februar dieses Jahres gefasst haben, als wir uns mit der Schulsozialarbeit beschäftigt haben. Auch da - ich möchte nur auf einen Punkt hinweisen - haben wir die Konzeptionierung der Schulsozialarbeit unter Einbeziehung des Schulsozialindex beschlossen. Es wurde uns von der Verwaltung noch einmal dargelegt, dass wir seit 2012 im Schulsozialindex „die Schülerinnen und Schüler, deren Familien sich im SGB II-Bezug befinden“ sowie „die Schüleranzahl an einer Schule“ berücksichtigen und eben auch die Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die staatliche Transferleistungen beziehen.

Ich möchte damit sagen, dass die Stadt Köln und die Politik eine Reihe der Fragen, die ich vorhin aufgeworfen habe, beantwortet und, wie ich denke, auch sinnvoll umgesetzt haben. Unser Antrag, den wir hier quer über alle Grenzen formuliert haben, lässt darauf noch einmal einen kritischen Blick zu und fragt oder beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, wie man dieses Instrument noch besser, noch schärfer verwenden kann, und das immer mit dem Blick, dass man auf der einen Seite die Ressourcensteuerung hat und auf der anderen Seite Adjustierungsmodelle, die zu fairen Vergleichen und auch zu einer fairen Verteilung der Ressourcen führen.

Das finde ich wunderbar. Hier sind wir schon unterwegs. Jetzt schauen oder prüfen wir, ob wir noch weiter gehen können. Frau Oberbürgermeisterin muss nicht wie vorhin anmerken, dass wir hier zusätzliche Haushaltsmittel verteilen. Das tun wir natürlich nie. Sondern die Verwaltung prüft für uns: Was ist hier machbar? Wenn etwas machbar ist, muss es dazu ein Preisschild geben, und dann wird man sich noch einmal hier oder in anderer aktueller Zusammensetzung treffen, um darüber weiter zu befinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich schenke Ihnen eineinhalb Minuten Ihrer Lebenszeit. Stimmen Sie diesem Antrag zu! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Thelen das Wort.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst bei der Verwaltung für die hervorragende Terminfindung für den heutigen Tag. Es freut mich doch sehr, dass ich heute hier reden kann.

(Heiterkeit)

- Ja, wirklich. Wer hat schon eine solche Chance an seinem Geburtstag?

(Beifall)

Der gemeinsame Änderungsantrag der Demokraten in diesem Rat gliedert sich - ich versuche, näher auf den Antrag einzugehen - in zwei Teile. Ich muss zugeben, dass ich für meine Rede kein pädagogisches Buch gelesen habe.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen:
Oh! - Teresa De Bellis-Olinger [CDU]:
Die kennst du alle auswendig!)

- Ich kenne welche, ja.

Es sind also zwei Teile. Im ersten Teil wird - was die Schulverwaltung, wie ich finde, schon hervorragend macht - die konsequente Weiterführung der Sammlung empirischer Daten gefordert, um zu ermitteln, wo aufgrund der sozialen Lage für die entsprechenden Schulen mehr Ressourcen bereitgestellt werden müssen.

Im zweiten Teil wird aufgezeigt, wie durch konkrete Maßnahmen die Situation solcher Schulen in dem schwierigen Umfeld verbessert werden kann. Die genannten Maßnahmen zielen darauf ab, dem zentralen bildungspolitischen Ziel zu entsprechen, nämlich jedem Kind, jedem Schüler, jeder Schülerin die bestmögliche Förderung angedeihen zu lassen.

Jetzt muss ich tatsächlich auch etwas zu den Gymnasien sagen nach dem Ausstieg aller Gymnasien aus der vollständigen Inklusion. Man muss das ja so sagen; denn wenn ich beispielsweise im Rollstuhl sitze und entsprechend angeblich begabt bin, dann darf ich aufs Gymnasium gehen. Ich will auch nicht darüber diskutieren, wie es mit den Grundschulgutachten steht und wie deren Auswirkungen sind. Das ist vielen bekannt.

Die Gymnasien haben sich also aus der vollständigen Inklusion verabschiedet, was wir sehr bedauern - nicht nur aus menschlichen Gründen, sondern auch, weil teilweise entsprechend gebaut und die Schulen ausgestattet worden sind.

Deshalb finden wir es umso wichtiger, die anderen Schulformen bei der menschenrechtlich geforderten Aufgabe der Inklusion stärker zu unterstützen. Dabei ist natürlich nicht nur der Schulträger gefragt. Er muss alles, was möglich ist, in personeller Hinsicht, in der Ausstattung mit Sachmitteln und auch in baulicher Hinsicht tun, um Gerechtigkeit für alle Schüler und Schülerinnen durch die Gleichheit der Chancen herzustellen. Das hat Franz Philippi gesagt; das hat auch Herr Schlieben gesagt.

Vielleicht ist es nicht falsch, etwas zu den Möglichkeiten personeller Verbesserung zu sagen. Ich schaue die Frau Kämmerin an. Natürlich wissen wir, dass die Schulbegleitung ein individuelles Recht darstellt, das der Schulträger nicht bereitstellen kann, aber eine Verstärkung der Sozialarbeit wäre zum Beispiel möglich, und vielleicht findet die Schulverwaltung kreativ andere Möglichkeiten. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, im gesamten Bereich von Schulen und auch dem, was in anderen Bundesländern möglich ist, nach entsprechenden Möglichkeiten zu suchen.

Im Punkt 4 des Antrags wird an die Bezirksregierungen appelliert, die Frequenz in den Klassen des gemeinsamen Lernens der Absichtserklärung der Landesregierung anzupassen - bitte genau aufpassen: Absichtserklärung; das ist nicht umgesetzt -, nämlich auf höchstens 25 zu beschränken. Ich kenne Klassen mit 31 Schülern und Schülerinnen darunter fünf Förderkinder. Das ist unzumutbar für die Lernenden, aber sicherlich auch für die Lehrenden.

Aber auch der fünfte Punkt unseres gemeinsamen Änderungsantrags sollte nicht übersehen werden. Er bedeutet, dass die Sache brandeilig ist; sie duldet keinen Aufschub. Wir wünschen deshalb dem neuen Schuldezernenten, dass er dies als erste Bewährungsprobe auffasst und diese erfolgreich besteht. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Stahlhofen das Wort.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fand die Rede von Horst Thelen eben sehr gut; sie hat mir total gut gefallen. Man kann das ja auch mal loben.

Ich möchte jetzt gern - ohne jeglichen Professor zitieren zu wollen - einfach nur an das Land der Dichter und Denker erinnern, in dem noch immer unendlich viele Talente verschwendet werden. Begabte Kinder aus Arbeiter- und Migrantenfamilien werden in Schulen nicht so gefördert, wie es sein müsste. Damit sie ihre Talente und Begabungen entfalten können, brauchen sie Unterstützung.

Diese Kinder haben es schwerer in der Schule:

- wenn ihre finanziell benachteiligten Eltern mit mehreren Jobs versuchen müssen, über die Runden zu kommen, und sich deshalb nicht so viel Zeit nehmen können, um ihre Kinder zu fördern,
- wenn es keine Bücher oder andere Bildungsangebote im Elternhaus gibt,
- wenn ihre Eltern nach der Flucht versuchen, in einem fremden Land Fuß zu fassen,
- oder wenn sie eigene Traumata aus Krieg und Flucht verarbeiten müssen.

All diese und noch mehr Gründe führen dazu, dass diese Kinder mehr Förderung als andere Kinder brauchen. Doch diese Förderung gibt es leider nicht umsonst. Der Einwand ist schon gebracht worden: Es geht hier jetzt nicht um irgendwelches Geld, was wir zwar brauchen, aber im Moment nicht fordern.

Dennoch: Förderung gibt es nicht umsonst. Es kam eben - darum danke ich Herrn Thelen an der Stelle ganz besonders - noch einmal der Hinweis, dass Schulen Ausstattungen erhalten haben, die sich aber an der Inklusion nicht beteiligen. Es wäre ein erster Schritt, der auch kein Geld kostet, weil die Sachen bereits da sind, dass die Schulen diese Ausstattungen bekommen, die sie auch tatsächlich benötigen. Das ist Umverteilung von Bildung oder von möglichen Handreichungen an der Stelle.

Wir freuen uns, dass es hier im Rat eine große Einigkeit darüber gibt, diesen Weg zu beschreiten - jetzt nicht speziell diesen, aber im Gesamten mit dem Antrag. Leider gibt es in der Tat zu wenig Stellschrauben, an denen die Kommune drehen kann. Sozialarbeiter, Schulbegleitung, offener Ganztags an den Grundschulen sind die drei wichtigsten Felder der Kommune, auf die wir auch hier unsere Aufmerksamkeit richten wollen.

Wir sollten im Zuge der Haushaltsberatungen auch einmal darüber reden, wie die sogenannten Brennpunktschulen vielleicht doch wieder ihren

einmaligen Zuschlag erhalten, um eine bessere Förderung zu bekommen. Im Jahr 2015 hatten wir das schon einmal auf Anregung der LINKEN im Haushalt. Leider wurde das durch Schwarz-Grün gleich im folgenden Jahr wieder herausgenommen. Daher reden wir vermutlich auch heute wieder darüber, weil einfach diese Gelder an der Stelle fehlen.

Neben den Entscheidungen der Kommune müssen wir aber auch vor allem das Land in die Pflicht nehmen. Einer der Schlüssel für Bildungserfolg sind die Klassengrößen. Wir freuen uns sehr über die Absichtserklärung von Frau Gebauer, die Klassengröße in den Klassen des gemeinsamen Lernens abzusenken. Die Landesregierung will ermöglichen, in den Klassen des gemeinsamen Lernens nur noch 25 statt 27 Kinder aufzunehmen. Wir appellieren an Frau Gebauer, dass es nicht bei einer Absichtserklärung bleibt, sondern dass auch Taten folgen.

Nun senden wir mit dem gemeinsamen Antrag ein deutliches Zeichen, dass wir mindestens den Richtwert von 25 in Köln umsetzen wollen und gleichzeitig weiterhin einen kleineren Wert verhandeln wollen.

Von der schwarz-gelben Landesregierung würden wir ebenso gern ein klares Signal für eine bessere Schulsozialindexierung sehen. Die Ressourcen für die zusätzliche Förderung sind einfach notwendig. Im Moment ist es einfach nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. 60 Talentschulen können darüber nicht hinwegtäuschen.

Im Schuljahr 2015/2016 wurden lediglich 916 Stellen bei insgesamt 2 845 Grundschulen in ganz NRW zur Verfügung gestellt. Die neue Landesregierung hat immerhin 600 zusätzliche Sozialpädagogen-Stellen für insgesamt 2 800 Schulen geschaffen. Gleichzeitig klagen Inklusionsschulen - darauf hatte ich bereits am Anfang hingewiesen -, an denen sich immer mehr soziale Schwierigkeiten abbilden, darüber, dass die Sozial- und Sonderpädagogen abgezogen werden, um Klein- und Kleinstförderschulen am Leben zu erhalten.

Wenn uns tatsächlich - es blinkt rot, aber es blinkt im wahrsten Sinne des Wortes rot - mehr an Bildungsgerechtigkeit gelegen ist, dann müssen wir uns das auch etwas kosten lassen. Die Investition in die Zukunft - das wird hier immer wieder betont - ist eine Investition, die sich hundertfach auszahlen wird. Deswegen, meine lieben Kollegen der FDP, der CDU, der Grünen und der SPD - all jene, die im Landtag vertreten sind -, bitte unterstützen Sie das, was die Stadt Köln

im Landtag, aber nicht nur im Landtag braucht, sondern in ganz NRW, vor allem für unsere Kinder. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Laufenberg, bitte.

Sylvia Laufenberg (FDP): Meine sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben schon viel gesagt. Der Kölner Schulsozialindex ist das Vorbild für den Schulsozialindex in NRW gewesen und ist auch bei der Auswahl unserer Talentschulen bereits zum Tragen gekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich möchte dementsprechend hier auf die Kritik der SPD und auch meiner Vorrednerin an unserer Schulministerin im Land eingehen. Ich möchte diese nämlich ganz scharf zurückweisen.

Sie haben dargestellt, dass wir die Inklusion als FDP/CDU-Regierung komplett zurückfahren würden. Das entspricht nicht der Wahrheit.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben, wie angekündigt und wie Lehrerschaft, Schüler und Eltern das wollten, zunächst das Tempo herausgenommen und wieder dafür gesorgt, dass wir unsere Förderschulen erhalten und diese wieder ausbauen und stärken.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben auch - das gehört zur Wahrheit dazu - dem Wunsch der Eltern und der Schülerschaft entsprochen und G9 wieder eingeführt.

Ja, es ist richtig, dass viele Gymnasien dementsprechend weniger Inklusion einführen oder betreiben, wie wir uns das wünschen. Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir ehrlich: Das ist doch ein Prozess. Wir wollen doch alle gemeinsam selbstverständlich die Inklusion vorantreiben, und das wird den Gymnasien demnächst wieder gelingen, wenn auch in kleineren Schritten.

Das war die Kritik, die an der alten Landesregierung täglich gefahren worden ist, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer und die Eltern überfordert haben mit dem

Tempo, was Sie vorher einfach gebracht haben, und zwar ohne Finanzierung und ohne Ideen. Das wird jetzt endlich richtig gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Das ist unsere Regierung aus FDP und CDU und unsere Schulministerin, die hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie hierzu die Berichterstattung verfolgen würden, könnten Sie sehen, dass wir natürlich auch die Schulsozialarbeiter weiter gestärkt haben und auch weitere Stellen eingeführt haben, wie die Kollegin gerade schon gesagt hat. Vor zwei Tagen hat Frau Gebauer erneut ausgerufen, dass wir weitere 100 Schulsozialarbeiter einstellen werden; denn wir werden auch ein neues Thema intensiv bearbeiten, was Sie in den letzten Jahren außer Acht gelassen haben, und zwar Mobbing und Gewalt an unseren Schulen, und das tagtäglich in NRW. Auch das werden wir jetzt angehen. Deswegen gibt es wieder Schulsozialarbeiter.

Dementsprechend muss ich diese Kritik zurückweisen. Der Schulsozialindex ist in Ordnung hier in Köln. Das ist ein guter Ansatz, den das Land übernommen hat. Dementsprechend stimmen wir natürlich diesem Antrag hier auch zu. Aber die Kritik an das Land ist nicht angebracht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den mündlich geänderten Antrag unter Ziffer 3 abstimmen, und zwar heißt diese Ziffer 3 jetzt im ersten Satz:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie die genannten Schulen bedarfsgerecht ausgestattet werden. Dazu gehört eine Verbesserung der personellen Ausstattung, soweit es vom Schulträger möglich ist.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Punkt, Halbsatz gestrichen, und dann geht es weiter!)

- Genau, das ist die Änderung, über die wir jetzt abstimmen. Wir lassen jetzt also über den gesamten Änderungsantrag in dieser Form abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Ich rufe jetzt auf:

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Aussteigerprogramm Linksextremismus“ AN/0656/2019

Herr Tritschler hat das Wort.

Ich möchte schon am Anfang sagen, dass auch dieser Antrag keinen Deckungsvorschlag enthält, deswegen ist hierzu ein Beschluss gemäß § 3 Abs. 4 der Geschäftsordnung nicht möglich. - Herr Tritschler.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Jeder Extremist ist Mist“ - so hört man es gelegentlich von Teilen dieses Hauses. Aber wie ernst kann man das eigentlich nehmen?

Herr Petelkau, der den Nachlass der Kölner CDU verwaltet, feierte sich im Dezember 2018 mit folgender Aussage auf der Webseite seines Kreisverbands - ich zitiere -:

Ich begrüße es sehr, dass der Bundesparteitag einstimmig dem Antrag der CDU Köln und anderer Kreisverbände gefolgt ist und damit eine klare Abgrenzung zur AfD und zur Linkspartei vorgenommen hat.

(Beifall bei der CDU)

Das hört sich nett an, war aber leider schon gelogen, bevor es aufgeschrieben wurde. Denn noch einige Monate davor hatten Sie im Rat mit der „sozialistischen Einheitsfront“ Karl Marx hochleben lassen; und das zieht sich weiter durch Ihre Arbeit.

Die FDP wiederum, die vermeintlich alle Ideologien verneint, lässt im aktuellen Europawahlkampf Flugblätter verteilen, die zur Wahl der Linkspartei aufrufen. Dahin ging auch der erste Redebeitrag des heutigen Tages.

Die Insolvenzmasse der SPD wiederum träumt öffentlich von Enteignungen unbescholtener Unternehmen und muss sich fragen lassen, was sie eigentlich von den Altstalinisten bei der LINKEN unterscheidet.

Meine Damen und Herren, Ihre vermeintliche Abgrenzung zur extremen gewalt- und terrorbereiten Linken ist nicht glaubwürdig. Das gilt in besonderem Maße für das politische Establishment in dieser Stadt.

Auf meine Vorhaltung, Sie würden linken Terror in dieser Stadt wohlwollend tolerieren, reagierten Sie vor einigen Wochen mit viel Krach und künstlicher Empörung. Argumentativ konnten Sie freilich kein einziges Wort davon widerlegen und haben dies auch bis heute nicht getan.

Herr Klausung, der uns heute verlassen hat, sang unter stürmischem Applaus seiner eigenen sowie der Fraktion DIE LINKE ein Loblied auf das Autonome Zentrum, ein Nest von Kriminellen und Verfassungsfeinden.

Wenn dieses Autonome Zentrum zu Straftaten aufruft, wie das vor wenigen Tagen geschehen ist, dann müssen sowohl Herr Klausung als auch all jene, die geklatscht haben, sich verhalten lassen, dass sie jetzt Komplizen dieser Straftäter sind.

Aber nicht nur er ist ein Komplize, alle anderen in diesem Hause, die das AZ decken, gehören dazu, und natürlich auch die geschätzte Frau Oberbürgermeisterin.

Meine Damen und Herren, die Zustände, die der aktuelle Wahlkampf - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich muss Ihnen einen Ordnungsruf erteilen. Wir sind keine Komplizen von Straftätern!

(Beifall)

Sven Tritschler (AfD): Ich werde es wie einen Orden tragen, Frau Oberbürgermeisterin.

Meine Damen und Herren, die Zustände, die der aktuelle Wahlkampf in Köln offenbart und offenbart hat, wie zum Beispiel in Kalk, müssen jeden wirklichen Demokraten beschämen. Ich rede jetzt nicht von abgerissenen Plakaten - ich bin nicht aus der CDU und verfallte diesbezüglich gleich in Weinkrämpfe -, sondern ich rede von Gewalt, von Morddrohungen, vom Niederbrüllen des politischen Gegners, von Einschüchterungen und von Terror.

Und nein, Sie alle können Ihre Hände da nicht in Unschuld waschen; denn dieses Verhalten wird

von Ihnen allen, von der Stadtverwaltung und auch von deren Spitze befördert und toleriert.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Davon distanzieren mich auch auf das Schärfste! - Dr. Ralph Elster [CDU]: Was redet der da eigentlich?)

Ich stelle das übrigens - - Bitte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich muss jetzt den zweiten Ordnungsruf innerhalb von drei Minuten verhängen. Wir befördern keine Morddrohungen!

Sven Tritschler (AfD): Ich habe es schon verstanden, Frau Oberbürgermeisterin. Es ist gut.

Ich stelle das übrigens ganz nüchtern fest. Das ist kein Gejammer. Wenn ich mich ausheulen will, spreche ich lieber mit Leuten, die charakterlich integer sind.

(Unruhe)

Aber eines verspreche ich Ihnen: Wir werden da nichts vergessen. Und die Kölner sehen da inzwischen durch.

(Unruhe)

Nochmals vielen Dank an die CDU für die tolle Umfrage: Jeder zehnte Kölner will uns also trotz aller Widrigkeiten wählen. Das werden noch mehr, ich verspreche es Ihnen.

Mit unserem Antrag jedenfalls haben Sie jetzt schon die Möglichkeit, den linksextremen Tumor in dieser Stadt zu bekämpfen. Das werden Sie aber natürlich nicht tun; denn die Schlägertrupps sind Ihnen ja ganz nützlich. Wie dem auch sei, ich fordere Sie zur Unterstützung des Antrags auf.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Ehrlich gesagt, hat mich das, was ich gerade hören musste, doch ein bisschen fassungslos gemacht. Ich denke, auf diese Weise ist es absolut nicht angebracht, hier im Rat der Stadt

Köln zu sprechen und auch sonst nicht zu sprechen.

(Lebhafter Beifall)

Wer hier auf diese Weise das, was wir im Rat machen, diskreditiert, der schadet der ganzen Stadt Köln. Ich möchte, dass Ihnen das irgendwann auch einmal klar wird. Vielleicht gelingt das ja. Ich gebe die Hoffnung nie auf, aber ich denke, es ist viel zu tun.

Zu Ihrem Antrag: Mein erster Impuls, als ich ihn las, war: Was soll ein solcher Antrag? Ich fragte mich, ob die Antragsteller eigentlich wissen, was sie da schreiben und fordern. Das war mein zweiter Gedanke. Wie kommen Sie auf die teilweise absurden Setzungen und Behauptungen, die im Antrag stehen? Fantasie, böse Unterstellungen, Nichtwissen oder eine Mischung aus allem? - Ich weiß es nicht.

Als Drittes drängte sich mir die Frage nach dem möglichen Motiv auf.

Fangen wir mit dem Motiv an: Wer andere angreift, lenkt von sich selbst ab - dazu mit Sätzen, die einer genaueren Recherche überhaupt nicht standhalten würden. Interpretationen von Fakten werden in Ihrem Antrag zu Behauptungen, weitgehend aus der Luft gegriffen, und daraus entstehen absurde Unterstellungen - das haben wir jetzt auch gerade gehört -, politische Gegner werden verunglimpft, zivilgesellschaftliches Engagement wird diskreditiert, als ginge eine Gefahr für unsere Gesellschaft und unser friedliches Zusammenleben hauptsächlich von links aus und nicht viel stärker von rechts -

(Zuruf von der AfD)

- ja, hören Sie mal zu, dann können Sie weiterreden -, was alle Statistiken belegen, die sich mit politisch motivierter Kriminalität befassen. Das kann jeder nachlesen, das ist alles öffentlich.

(Beifall)

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Wenn die Demokratie in Gefahr ist - wenn! -, heißt es, sich querzustellen. Meine Überzeugung ist, dass jeder in einer Demokratie die Rechte des Grundgesetzes, das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Versammlungsfreiheit hat und dass gewaltsame Auseinandersetzungen und alle Formen von Extremismus zu verurteilen sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Es hat aber auch jeder das Recht darauf, vor über Nachrede geschützt zu werden, und das erst recht durch Angehörige einer Partei, die einen ganz eigenen Umgang mit Recht und Gesetz zu pflegen scheint. Wir erinnern uns an die Parteispendenaffäre in der AfD, wir erinnern uns an Herrn Strache in Österreich, der in engem Kontakt zur AfD stand und dem Herr Meuthen am Wochenende noch bescheinigte, dass er zu ihm stehe und seinem österreichischen Partner, der FPÖ, nicht in den Rücken fallen werde aufgrund einer singulären Angelegenheit.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört, hört!)

Der stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende Georg Pazderski hält daran fest, dass er mit der FPÖ nach wie vor auf europäischer Ebene gut zusammenarbeiten kann und werde.

Auch in Köln gibt es - zuweilen leider auch hier im Rat - genug Erfahrungen mit rechten, menschenverachtenden Reden, mit nationalistischen Parolen, mit rassistischen Inhalten, mit herabwürdigenden, mit antimuslimischen und mit antisemitischen Äußerungen und mehr.

Aber kommen wir auf den Antrag selbst zurück: Schon auf Bundesebene versuchte die AfD im April 2018, das Thema zu besetzen. Auf ihre Kleine Anfrage im Bundestag zum Aussteigerprogramm für Linksextremismus des Verfassungsschutzes erhielt sie bereits Antworten, die einen Antrag wie den heute vorliegenden deutlich als überflüssig erkennbar machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Denn in der Antwort auf die Anfrage hieß es bereits mit Blick auf das Programm, dass das Aussteigerprogramm zum 1. September 2011 begonnen habe. Seitdem gebe es rund um die Uhr ein Kontakttelefon. Insgesamt gab es seit 2012 bis heute ganz genau 28 Kontaktversuche, die im Regelfall entweder per Telefon oder als sporadische Erstberatungsgespräche stattfanden. Längere Kontakte gab es zu keinem einzigen Ausstiegswilligen. 2016 gab es ganze sieben Anrufe; das sind 0,6 Kontaktaufnahmen im Monat. Motive der Anrufer waren vor allem psychischer und sozialer Art, nicht jedoch politischer.

Schon diese Antwort macht deutlich, dass der Antrag der AfD obsolet ist. Es braucht keine kommunale Ausstiegswilligen mit einer täglich erreichbaren Telefon-Hotline. Es ist wohl völliger Unkenntnis oder Ignoranz der Zahlen geschuldet, dieses Programm, das bundesweit nahezu keinerlei Resonanz findet, aufleben lassen zu

wollen mit einem Programm für Köln, mit einer Telefon-Hotline, die täglich besetzt ist. Ein Antrag also, der an der Realität völlig vorbeigeht.

Ja, es gibt auch politisch links motivierte Kriminalität, aber die große Gefahr liegt an anderer Stelle. Das Bundesinnenministerium veröffentlichte dazu vergangene Woche neue Zahlen. Die Polizei hat im Jahr 2018 wieder zahlreiche rassistische und antisemitische Straftaten registriert. Im März veröffentlichte der NRW-Innenminister Herbert Reul entsprechende Zahlen für NRW. Auch hier gab es einen weiteren Anstieg bei der politisch rechts motivierten Kriminalität vor allem im Bereich der Gewaltdelikte, darunter vor allem Körperverletzungsdelikte, daneben in den Bereichen Nationalsozialismus, Sozialdarwinismus und Hasskriminalität. Das ist wirklich besorgniserregend.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich bin daher sehr froh, dass sich hier alle demokratischen Parteien und Gruppen im Rat immer wieder für eine Stärkung der Demokratie und gegen jede Form des Extremismus einsetzen. Die Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus der Stadt leistet zudem wichtige Arbeit.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das NS-Dok wird gerade zu einem „Haus für Erinnern und Demokratie“ erweitert. Damit wird ein weiterer Beitrag zur Demokratieförderung geleistet, und die pädagogische Arbeit sowie das Bildungsangebot werden verstärkt. Mit der AWO unterstützt durch einen Begleitausschuss bestehend aus Personen der städtischen Verwaltung, des NS-Dok, zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, religiös orientierten Trägereinrichtungen und Vereinen aus dem Stadtgebiet sowie der Polizei Köln setzt Köln das Programm „Demokratie leben!“ um - ein Programm, das für die Förderperiode ab 2020 sogar noch einmal gestärkt und noch einmal neu aufgelegt wird.

All das sind richtige Antworten und Voraussetzungen, um ein friedlicheres Miteinander in Köln zu gestalten: gegen Gewalt und Menschenfeindlichkeit, gegen Fremdenfeindlichkeit, gegen Ausgrenzung und Rassismus, für Demokratie, Menschenwürde und Toleranz. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich habe eben schon darauf Bezug genommen, dass nach § 3 Abs. 4 Ihrer Geschäftsordnung kein Beschluss in dieser Sache möglich ist.

Daher rufe ich jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend „Wohnen.Bezahlbar.Machen - Eigentümer verpflichten, auf freien Grundstücken Wohnungen zu bauen!“ AN/0669/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/0742/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT AN/0746/2019

Ich gebe zunächst Herrn Frenzel das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir vorab die Bemerkung: Sozialdemokratie steht seit mehr als 150 Jahren für die Demokratie in diesem Land. Wir haben die Weimarer Verfassung maßgeblich mitgeprägt, wir haben das Grundgesetz maßgeblich mitgeprägt, und ich bin sehr froh darüber - das sage ich ausdrücklich in Richtung der rechten Ecke -, dass wir heute von den Konservativen über die Liberalen bis hin zu den LINKEN Parteien haben, die mit uns diese Demokratie und dieses Grundgesetz verteidigen werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir lassen uns diese Demokratie nicht noch einmal von Ihnen kaputtmachen.

Das Grundgesetz überträgt uns aber auch eine soziale Verantwortung. Da geht es um das Eigentum, das grundgesetzlich geschützt ist, aber auch verpflichtet. Hier setzt unser Antrag an: Eigentümer verpflichten, auf freien Grundstücken Wohnungen zu bauen. Wer freie Baugrundstücke in einer Stadt wie Köln hat, sollte sie auch bebauen. Dafür bietet das Baugesetzbuch auch die Möglichkeit von Zwangsmaßnahmen wie das sogenannte Baugebot. Dies muss endlich konsequent angewandt werden.

Angesichts der immer dramatischer werdenden Lage auf dem Wohnungsmarkt muss die Stadtverwaltung auch dieses Mittel nutzen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen; denn von den seitens der Verwaltung angestrebten 24 000 neuen Wohnungen für den Zeitraum von 2015 bis 2018 sind gerade einmal 12 400 fertiggestellt worden. Um die Zahl des Stadtentwicklungskonzeptes bis Ende 2019 zu erreichen, müssten dieses Jahr demgemäß fast 17 600 Wohnungen fertiggestellt werden, was offenkundig utopisch ist.

Die Folge dieses Mangels an Wohnraum ist ein überhitzter Wohnungsmarkt mit zum Teil irrsinnigen Neuvertragsmieten, die sich breite Teile der Kölner Bevölkerung nicht mehr leisten können. Zur Bereitstellung von mehr Wohnbauflächen muss daher mehr getan werden bzw. alles getan werden, um neue Wohnungen auf den Markt zu bringen, um das Angebot zu erhöhen.

Der dringende Wohnbedarf der Bevölkerung ist als städtebaulicher Grund zur Anordnung eines Baugebotes gesetzlich ausdrücklich anerkannt in Art. 175 Abs. 2 Baugesetzbuch. Wir schlagen deshalb vor, die Verwaltung zu beauftragen, dieses Instrument konsequent zu nutzen. Mit einem Baugebot können Eigentümer von freien Grundstücken, zum Beispiel Baulücken, verpflichtet werden, ihre Grundstücke zu bebauen und neue Wohnungen zu schaffen.

Alternativ soll bei den Eigentümern dieser Grundstücke die Bereitschaft geweckt werden, ihre Grundstücke zum Verkehrswert an die Stadt Köln zu verkaufen, damit dort beispielsweise durch GAG, WSK oder Wohnungsversorgungsunternehmen Wohnungsbau entstehen kann.

Im ersten Schritt möchten wir, dass den 234 Grundstückseigentümern Baugebote ausgesprochen werden, die sich im Rahmen der Wiederaufnahme des Baulückenprogramms 2017/2018 nicht zurückgemeldet haben, sowie den 169, die gar nicht bauen wollen. Ihnen sind ausreichende Fristen zur Bebauung und zur Einreichung von Bauanträgen vorzugeben sowie Hinweise auf die Wohnungsförderungsprogramme von Land und Kommune.

Soweit die Stadt das Grundstück nicht für eigene Zwecke nutzen kann, ist eine Erbbaurechtsvergabe zur Errichtung von öffentlich gefördertem oder preisgedämpftem Wohnungsbau von maximal 9 Euro Netto-Kaltmiete vorzusehen.

Zusätzlich zum Baugebot und vorrangig vor Enteignungsverfahren ist den Grundstückseigentü-

mern der Ankauf der Grundstücke durch die Stadt oder eine städtische Wohnungsbaugesellschaft anzubieten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns liegen zu unserem Antrag zwei Änderungsanträge vor. Zum einen möchte ich vorwegschicken: Den Änderungsantrag der LINKEN - ich habe das gesagt, Enteignung sehen wir nicht als erstes Mittel, aber als Ultima Ratio an - würden wir übernehmen.

(Ulrich Breite [FDP]: Oh!)

Zum anderen muss ich zum Änderungsantrag der Kollegen von CDU und Grünen sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist mal wieder so etwas aus Ihrer Kiste „Prüfen statt handeln“. Sie tun sich damit meiner Meinung nach keinen Gefallen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie hier so tun, als würde das Baugebot bereits überall angewandt. Das ist nämlich nicht der Fall. Das ist auch nicht Teil des aktuellen Baulückenprogramms. Vielleicht kann Herr Beigeordneter Greitemann etwas dazu sagen, ob tatsächlich das Baugebot systematisch in der Stadt schon bei der Behandlung von Baulücken angewandt wird. Nach meiner Information ist es so, dass es früher durchaus - vielleicht haben Sie noch einen älteren Stand - im Baulückenprogramm enthalten war, im aktuellen aber nicht.

Insofern möchte ich noch einmal an Sie appellieren, auch hier konsequent zu handeln, anstatt noch einmal einen neuen Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben, der wieder nur Arbeit und wieder nur Papier produziert. Lassen Sie uns endlich vielmehr im Sinne bezahlbaren Wohnraums für diese Stadt handeln! Stimmen Sie dem Antrag von SPD und der Gruppe BUNT im Rat zu. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis hat das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In zwei Tagen ist ein besonderer Tag: Wir feiern 70 Jahre Grundgesetz. Man könnte meinen, lieber Herr Frenzel und liebe SPD, Ihr Antrag ist zu einem sehr guten Zeitpunkt eingestellt worden.

In Art. 14 Abs. 2 unseres Grundgesetzes heißt es:

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Damit sind wir mitten in der wohnungspolitischen Debatte. Auch in diesem Fall scheut leider die SPD, die Debatte im Fachausschuss zu führen. Vielmehr bevorzugt sie, die Diskussion lieber im Rat anzusetzen.

Aber bringen wir es doch einfach mal auf den Punkt: Seit einigen Monaten schwelt eine recht unsinnige Diskussion um die Enteignung von Wohnungseigentümern als eine Kur der Wohnungsnot in deutschen Großstädten. Ihr Antrag ist die Vorstufe der Enteignung, während die LINKEN heute mutig genug sind, das Kind beim Namen zu nennen. Das machen wir so nicht mit.

Nicht durch die Enteignung verbessert sich die Lage, sondern durch Anreize, und die Verwaltung hat bereits richtige Schritte eingeleitet, wie wir den jüngsten Mitteilungen vom 26. April und 13. Dezember 2018 entnehmen konnten.

Ich möchte aber auch noch einmal an das Jahr 1990 erinnern: Damals hat der Rat der Stadt Köln das Kölner Baulückenprogramm beschlossen, um möglichst kurzfristig eine Vielzahl neuer Wohnungen zu schaffen. Wir haben damals beschlossen, unbebaute und mindergenutzte Grundstücke systematisch zu erfassen. Zu jedem Fall wurden auch alle verfügbaren Informationen und Unterlagen zusammengestellt. Danach sind alle Eigentümer und Eigentümerinnen angeschrieben worden, um ihnen Hilfe und Beratung anzubieten. Bis heute konnten dadurch 6 000 offene Baulücken und auch Mindernutzungen erfasst werden. 3 800 Fälle sind endgültig abgeschlossen worden. Dadurch entstanden mehr als 22 000 neue Wohnungen. Das sind rund sechs Wohnungseinheiten je Fall. Keine andere Stadt in Deutschland hat so viele Baulücken geschlossen und so viele Wohnungen in Baulücken geschaffen wie Köln. Deshalb sind Sie auf einem falschen Pfad mit Ihrer Anmerkung, dass es hier nicht ordentlich angewendet wird und nicht zu einem Erfolg führt.

(Beifall bei der CDU)

Man sollte sich doch einmal hin und wieder diese Zahlen ins Gedächtnis rufen. Das bedeutet aber nicht, dass wir uns getrost zurücklehnen können.

Liebe SPD, verfallen Sie nicht in Hektik und versuchen Sie nicht, Ihr Nichtstun vergangener Jahre zu reparieren. Verabschieden Sie sich heute endlich von Ihrem einzigen Wahlkampfthema,

der Wohnungsnot. Während Sie immer noch diskutieren, bekommen Sie nicht mit, dass Wohnungen geschaffen werden.

(Christian Joisten [SPD]: Zu wenige!)

Köln hat bei den Fertigstellungen von Wohnungen im vergangenen Jahr das zweitbeste Ergebnis seit 18 Jahren erreicht: Fast 4 000 Wohnungen wurden im vergangenen Jahr fertiggestellt.

Auch die Zahl der Genehmigungen ist angestiegen. Im Jahr 2018 sind für rund 3 000 Wohnungen von der Stadt Köln Baugenehmigungen erteilt worden. Das ist im Vergleich zum Jahr 2017 ein Plus von 17 Prozent. Man sieht, die Steigerungsrate nimmt zu, und das erwarten wir auch für 2019. Die Verwaltung ist seit geraumer Zeit demzufolge auf dem richtigen Weg.

Mit unserem Antrag wollen wir sie stärken, weiterhin mit den Eigentümern im Gespräch zu bleiben und auch die Aktivitäten und Ergebnisse den Fachausschüssen Stadtentwicklung und Liegenschaft vorzulegen. Dahin gehört es unserer Meinung nach zunächst.

Die Berichterstattung soll die Anzahl von Bauanträgen realisierter Wohneinheiten im Vergleich zu den Potenzialen beinhalten. Ohne Aufforderung wünschen wir uns auch eine jährliche Berichterstattung.

Liebe Kollegen von SPD und Gruppe BUNT, ich lade Sie ein, unserem Antrag zuzustimmen und die Verwaltung wohlwollend in ihren Aktionen zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Pakulat das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu unserem Änderungsantrag komme, noch einige Worte zu dem Antrag der SPD.

Baugebote können durchaus ein sinnvolles Instrument sein; die Verwaltung wendet das schon an, gerade bei dem Verkauf städtischer Flächen, wo ein Baugebot in die Verträge hineingeschrieben werden kann, woran sich dann auch der neue Eigentümer halten muss.

Bei privaten Flächen hineinzugrätschen ist natürlich ungleich schwieriger. Meine Kollegin Teresa

De Bellis hat das eben schon erläutert. Es gibt einfach im Grundgesetz den Schutz auf Eigentum, und der wird in diesem Lande nun einmal auch sehr hochgehalten, und zwar aus gutem Grund.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Das heißt, das Baugebot bei Flächen durchzusetzen, die im Privatbesitz sind, ist schwierig und juristisch sehr aufwendig. Zudem muss man sich auch überlegen: Für wie viele Wohnungen betreibt man diesen Aufwand? - Bei Baulücken sprechen wir durchaus auch von kleineren Grundstücken, auf die vielleicht zehn Wohnungen passen. Das Baulückenprogramm zeigt uns auch - das weiß die SPD auch; wir bekommen die Aufstellungen jedes Jahr -, wie hoch der Aufwand ist und wie wenig dabei tatsächlich an Wohnungen herumkommt. Ich meine, wir müssen trotzdem hinterher sein, und zwar nicht nur aus wohnungspolitischer Sicht, sondern natürlich auch aus städtebaulicher Sicht. Ich könnte in meinem Veedel auch einige Orte benennen, an denen ich mir wünschte, das Baugebot würde greifen können, weil es einfach zu einem städtebaulich sehr unbefriedigenden Bild führt. Es greift aber an der Stelle nicht. Das ist auch verschiedentlich geprüft worden. Sie haben selbst die Mitteilungen der Verwaltung aus dem letzten Jahr erwähnt; darin stehen jede Menge Zahlen und auch jede Menge Gründe, warum manche Menschen auf diesen freien Grundstücken nicht bauen können oder nicht bauen wollen. Da ist der Klassiker mit der Erbgemeinschaft, die über die Welt verstreut lebt und intern völlig zerstritten ist - an die kommen Sie überhaupt nicht heran mit so einem Baugebot -, oder es sind klassisch die alten Leute, die sagen: „Nein, so lange haben wir gar nicht mehr zu leben“, -

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

- oder: „Das wollen wir überhaupt nicht mehr auf uns nehmen“.

Es ist ja so: Nicht jeder ist zum Unternehmer geboren. Um dort ein Haus mit zehn oder 20 Wohnungen hinzusetzen, muss man erst einmal zur Bank gehen und einen Millionenkredit dafür aufnehmen. Das kann auch nicht jeder.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Ich finde es auch schade, dass Sie solche persönlichen Gründe, die ich wirklich für völlig gerechtfertigt halte, unter den Tisch fallen lassen. Aber vielleicht sagt das auch etwas aus.

(Michael Frenzel [SPD]: Bestimmt!)

Ihr dreiseitiger Antrag will nicht nur das Baugebot verpflichtend machen, sondern auch alle möglichen anderen Dinge vorschreiben. Für diese Grundstücke - Herr Frenzel hat es eben einzeln aufgeführt; das geht so weit, dass er vorschreiben will, wie die Erdgeschosse zu nutzen sind, ohne zu wissen, von welchem Ort er redet - fehlte eigentlich noch der Vorschlag, wie die Fassaden gestaltet werden sollten.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Rot!)

Ich finde das wirklich etwas problematisch, wenn Ratsanträge zu solchen Weihnachtswunschlisten werden nach dem Motto: Was ich immer schon mal haben wollte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Ich finde, man sollte hier ruhig sachbezogene Arbeit machen und diese Anträge, die wirklich auch in die Tiefen juristischer Abgründe gehen, dann doch lieber in den Fachausschüssen diskutieren.

Zu unserem Änderungsantrag: Wir wollen noch einmal eine genaue Auflistung, was die Verwaltung innerhalb des Baulückenprogramms macht und welchen Effekt das hat. Die Anzahl von Bauanträgen und realisierten Wohnungen soll auch im Vergleich zum Potenzial hergestellt werden. Zudem möchten wir wissen, inwieweit eine bisherige Anwendung des Baugebots überhaupt stattgefunden hat. Dann könnten wir in den zuständigen Fachausschüssen auch diskutieren, ob das Baugebot tatsächlich ein scharfes Schwert ist - so, wie Sie das darstellen wollen - oder ob man für die Schaffung von mehr Wohnraum im größeren Stil eigentlich viel bessere Instrumente zur Verfügung hat.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Das ist doch grüne Ideologie!)

Deshalb freue ich mich auf die zukünftigen Diskussionen darüber und bitte um Ihre Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal der erneute Dank an die SPD, diesen Antrag heute hier gestellt zu haben.

(Beifall bei Teilen der LINKEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen in Köln alle Möglichkeiten ausnutzen, mehr Wohnraum zu schaffen. Ich bin schon ein bisschen erschrocken über die Redebeiträge von Schwarz und Grün in dem Sinne: Wir haben jetzt 4 000 Wohnungen, jetzt macht euch mal ein bisschen locker. - Genau das ist der falsche Weg. Vielmehr müssen wir jede Möglichkeit nutzen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Der Änderungsantrag, der von Jamaika plus GUT hier vorgelegt wird, tut nur so, als wäre er ein Änderungsantrag. Es ist eine Anfrage und sonst nichts. Es ist eine Anfrage, und ich unterstelle einmal, dass das eine Anfrage geworden ist nicht aus handwerklichem Ungeschick, sondern weil man sich nicht mit der Wohnungswirtschaft anlegen will.

(Sabine Pakulat [Bündnis /Die Grünen]: Das ist doch Unsinn!)

Ihr habt Angst vor der Wohnungswirtschaft, Angst vor den Begriffen „Baugebot“ und „Enteignung“ und fangt dann an, hier irgendwelche Diskussionen völlig zu vermischen.

Kollegin Pakulat, das, was Sie eben bezüglich der juristischen Untiefen erzählt haben, ist hanebüchen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich möchte Sie doch wirklich bitten: Lesen Sie doch einmal, was im Baugesetzbuch alles möglich ist.

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich getan!)

Lesen Sie doch bitte mal, was im Baugesetzbuch alles möglich ist und was der wissenschaftliche Dienst des Bundestags zu der Frage „Enteignung im Rahmen von Baugesetzbuch“ gesagt hat. Er sagt nämlich ganz klar: Lässt ein Besitzer Fristen zur Antragseinrichtung verstreichen, ist die Enteignung die Ultima Ratio, die die Kommune anwenden kann.

Das, liebe Kollegin Pakulat, hat nichts mit der Enteignungsdebatte zu tun, die euer Parteichef oder -

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nein, nein!)

- die der Juso-Chef oder die meine Genossen in Berlin anstoßen, sondern das ist uraltes bundesrepublikanisches Recht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Deswegen ist es richtig, die Verwaltung aufzufordern, davon Gebrauch zu machen.

Des Weiteren haben Sie, Frau Pakulat, probiert, Nebelkerzen zu werfen. Sie wollten sich darüber lustig machen, dass die SPD in ihren Antrag etwas zur Parterrenutzung geschrieben hat. Warum denn nicht? Sie hat doch dazugeschrieben, dass wir dringend Kitas brauchen. Wenn wir ein Grundstück enteignet haben, bei dem wir bei einem dort zu bauenden Wohngebäude oben fünf Wohnungen bauen, dann ist es doch verdammt noch mal richtig, wenn wir unten eine städtische Kita bauen, solange wir bei diesen Zahlen noch so weit hinterherhinken.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Da verstehe ich nicht, wie man so etwas lächerlich machen kann. Das muss man ernst nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Im Übrigen: Ich bin eigentlich schon fertig mit meiner Rede, ich habe alles zitiert, -

(Heiterkeit)

- aber ein kleines Schmankerl habe ich noch dabei, und das geht eigentlich ein bisschen mehr an die CDU. Der Adenauer spricht auch von Enteignung in seiner Ausgabe dieser Postille - wie heißt es noch mal? - *Eigenheim aktuell*. Da sagt er doch ganz frech: Man könnte diese ganze Enteignungsdebatte damit beerdigen, indem man sagt, die großen Wohnungsbauunternehmen sollen all ihre Wohnungen privatisieren, dann gibt es nichts mehr zu enteignen. - Daran sieht man doch, welcher Gedanke dahintersteckt. Sie wollen das alles kapitalisieren. Sie wollen die Wohnungen kapitalisieren, und das ist der eigentliche Angriff auf das Grundgesetz, das nämlich dafür Sorge trägt, dass Eigentum zum Allgemeinwohl einzusetzen ist.

Insofern machen Sie sich mit dieser Anfrage, die in einen Antrag verkleidet ist, zum Verbündeten des Großkapitals, -

(Lachen bei der FDP)

- die einen Angriff auf die Wohnungswirtschaft verübt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat jetzt das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Weisenstein, es ist wirklich immer schön, nach Ihnen zu reden. So bekommt man eine Ahnung davon, wie es früher in der Volkskammer hergegangen sein muss, wenn der 5-Jahres-Plan beschlossen wurde -

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

- und auf den Kapitalismus im bösen Westen geschimpft wurde. Ich bin froh, dass Sie als lebendes Beispiel aus dieser Generation uns erhalten geblieben sind. Herzlichen Dank.

Das sind natürlich zwei widerstreitende Interessen, die wir hier mit diesem Antrag vorliegen haben. Ja, wir haben noch mehrere Tausend Baulücken in der Stadt, die meisten aus dem Zweiten Weltkrieg übriggeblieben, die das Stadtbild belasten und verschandeln. Wir haben alle in unserer Umgebung entsprechende Beispiele vor Augen. Zudem hat uns die Verwaltung selbst einmal in der Frage den Mund wässrig gemacht, indem in irgendeiner Vorlage mal gestanden hat: In diesen Baulücken könnten bis 2030 15 000 Wohnungen geschaffen werden. - Das ist eine Ansage. Insofern kann ich nachvollziehen, dass man sich mit dem Phänomen beschäftigt. Auch unsere Fraktion hat entsprechende Initiativen ergriffen, wie wir mit Baulücken umgehen. Die Kollegin De Bellis hat ein bisschen nachgezeichnet, was wir schon für Aktivitäten entwickelt haben.

Aber - da sind wir auch bei der Debatte, die wir davor schon einmal geführt haben; ich habe das Argument eben schon einmal gebracht - wir haben nun einmal das Phänomen, dass die Kapazitäten in unserer Verwaltung endlich sind und dass wir schon jetzt sehr viel Bürokratie im Baubereich haben, die Verwaltung eben nicht in ausreichendem Maße dazu kommt, Planungs- und Baurecht zu schaffen.

Es gab eine Anfrage unserer Fraktion im Stadtentwicklungsausschuss, die ergeben hat, dass allein im Bauaufsichtsamt 30 Prozent aller Stellen unbesetzt sind, um entsprechende Baugenehmigungen auszusprechen. Da braucht man

sich nicht zu wundern, wenn wir mit den Zielen, die wir uns für den Wohnungsbau gesetzt haben, nicht nachkommen. Die 4 000 Wohnungen, die wir erfreulicherweise im letzten Jahr geschaffen haben und die vollendet worden sind, sind dann auch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Deswegen müssen wir feststellen: Es ist ein sehr, sehr aufwändiges, sehr rechtsunsicheres Instrument, das uns hier in dem Antrag vorgeschlagen wird. Ja, es ist ein bisschen wie Häuserkampf, juristisch mit jedem einzelnen Eigentümer hier auszufechten, um entsprechend Wohnungen zu schaffen. Deswegen hängen die 15 000 Wohnungen, diese süßen Früchte, mit denen die Verwaltung vor Jahren hier gewedelt hat, sehr, sehr hoch am Baum. Ich würde uns allen empfehlen, dass wir uns erst mit den Potenzialen in unserer Stadt beschäftigen, bei denen wir schneller Wohnraum schaffen können, bevor wir uns diesem Phänomen weiter zuwenden.

Insofern ist es richtig, dass wir in dem Änderungsantrag mal Bilanz ziehen, wie weit wir mit diesem Instrument in der Vergangenheit gekommen sind, um dann zu überlegen: Welche Instrumente können wir einsetzen? Welche dieser 15 000 Wohnungen sind wirklich mit vertretbarem Aufwand noch zu erschließen? Welche Unterstützung können wir bekommen, zum Beispiel vom Haus- und Grundbesitzerverein, den der Kollege Weisenstein hier eben schon so freundlich eingeführt hat? - Insofern ist, glaube ich, der Antrag, den wir hier gemeinsam mit CDU, Grüne, FDP und der Gruppe GUT einbringen, der richtige Weg in dieser Frage. Daher werbe ich um Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von CDU, Grüne, FDP und GUT abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Ich möchte darum bitten, den Antrag von der SPD mit der Übernahme der Ergänzung der LINKEN zuerst abstimmen zu lassen, weil dies der weitergehende Antrag ist ganz eindeutig. Das andere ist ja nur ein Prüfauftrag.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel, es ist ein Änderungsantrag. Das sind unsere Regeln.

(Ulrich Breite [FDP]: Das müsste Herr Frenzel aber wissen!)

Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT, die AfD, Rot-Weiß und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Damit ist der ursprüngliche Antrag erledigt; er ist ersetzt.

Ich gehe zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen.

3.2.1 Anhörungsrecht der Bezirksvertretungen bei Konzeptvergaben Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 05.11.2018 - AN/1429/2018 0065/2019

Wer spricht für die SPD? - Der Bezirksbürgermeister. Es wäre schön gewesen, wenn wir das vorher gewusst hätten, aber wir können das so machen. - Herr Bezirksbürgermeister.

Bezirksbürgermeister Josef Wirges (Ehrenfeld): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Damen und Herren des Rates! An und für sich melde ich mich, wenn es um bezirkliche Belange geht, immer zu Wort, wenn es um die Umsetzung geltenden Rechts geht und wenn es darum geht, was wir in unserer Kommission „Stärkung der Stadtbezirke“ verhandeln. Heute muss ich mich aber auch melden, wenn es nur um eine Anhörung geht - eine Anhörung der Bezirksvertretungen zu, wie ich finde, einem wichtigen Punkt, nämlich zur städtischen Konzeptvergabe.

Es ist klar - das sage ich schon einmal vorweg -: Der zuständige Liegenschaftsausschuss entscheidet über die Kriterien und letztlich auch über den Verkauf, aber unsere Bezirksvertretung hat am 05.11. des vergangenen Jahres aufgrund eines Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in unserer BV einstimmig beschlossen, dass wir dort gern in ein Anhörungsverfahren mit eingebunden werden möchten. Also keine Mitteilung, denn auf Mitteilungen kann man, wenn sie kommen, keinen Antrag basteln, sondern man nimmt sie zur Kenntnis und hat vielleicht nach

vier Wochen die Gelegenheit, einen Antrag zu stellen. Wir wollen aber eingebunden werden, wie es in den meisten Verfahren üblich ist, nämlich im Rahmen der Anhörung.

Ich zitiere aus der Begründung der antragstellenden Bezirksfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Es wurde gesagt:

Mit Vorlage 1775/2016 hat der Rat der Stadt Köln einen Grundsatzbeschluss zur Vergabe städtischer Grundstücke nach Konzeptqualität beschlossen. Im Liegenschaftsausschuss am 13.9.2018 wurde auf Nachfrage von Ratsmitglied Pakulat zur oben genannten Vorlage seitens der Verwaltung mitgeteilt, dass die Bezirksvertretungen „selbstverständlich Vorschläge zu Grundstücken bzw. den konzeptionellen Inhalten machen können [...]“.

Wichtig ist aber Folgendes: Damit wir besser eingebunden werden - das ist der Grundtenor dieses Antrags -

ist es notwendig, die Bezirksvertretungen

- wir haben das jetzt auch für die anderen acht gemacht -

im Vorfeld einer Ausschreibung bzw. des entsprechenden Beschlusses des Liegenschaftsausschusses darüber zu informieren, welche städtischen Grundstücke als Konzeptvergaben und nach welchen Kriterien diese ausgeschrieben werden sollen

- und zwar im Rahmen eines Anhörungsrechts.

Wir fordern - nicht mehr, aber auch nicht weniger - das, was wir immer schon als quasi geübte Praxis haben, dass das auch für diesen Bereich wichtig ist. Wir in unseren Bezirksvertretungen, so denke ich einmal, haben auch ein bisschen Know-how, wenn es um bestimmte Objekte in unseren Veedeln geht. Wir kennen sie gut. Daher bitte ich Sie, meine Damen und Herren, nicht dem Beschlusstext, sondern der Alternative dieses Antrags 3.2.1 zuzustimmen. Das wäre dann eine Änderung unserer Zuständigkeitsordnung, dass wir das Anhörungsrecht bekommen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Sommer das Wort; die Reihenfolge ist nach Größe der Fraktionen geordnet. - Frau Sommer verzichtet. Dann sehr gern Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Bezirksbürgermeister! Es sind ja einige hier. Ich glaube, dass offenbar nicht bekannt ist, was der Liegenschaftsausschuss vor einigen Tagen beschlossen hat. Deshalb versuche ich, das noch einmal darzustellen.

Wenn wir dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt wären, dann würde das eintreten, was Herr Bürgermeister Wirges dargestellt hat, nämlich: Die Bezirksvertretungen werden gar nicht befasst. Das ist aber eben nicht der Fall.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksvertretung Ehrenfeld hat Folgendes beantragt, womit sie auf Zustimmung gestoßen ist. Zitat:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung, bei allen Vergaben nach Konzeptqualität die Bezirksvertretungen über die geplante Konzeptvergabe zu informieren, bevor der Liegenschaftsausschuss darüber entscheidet, ob und nach welchen Kriterien die Ausschreibung über einen Verkauf [...] erfolgt.

Außerdem sind die Bezirksvertretungen über die Verkaufsentscheidung der politischen Gremien des Rates zeitnah zu unterrichten.

Nun der Beschluss des Liegenschaftsausschusses, der mit breiter Mehrheit gefasst worden ist. Zitat:

Die Bezirksvertretungen werden über Vergaben von Wohnungsbaugrundstücken nach Konzeptqualität in ihrem Stadtbezirk in Form einer Mitteilung informiert, wenn die Entscheidung über eine Konzeptausschreibung im Liegenschaftsausschuss ansteht. Im Anschluss werden die Bezirksvertretungen über die Vergabeentscheidung des Liegenschaftsausschusses bzw. des Rates zeitnah unterrichtet.

Zusätzlich sollen, weil wir uns in einem Pilotverfahren befinden, natürlich der Beratungsgang und das Entscheidungsverfahren auch evaluiert

werden, weil Konzeptausschreibungen hier noch nicht die Regel sind.

Wer also beides vergleicht, stellt fest, dass der Liegenschaftsausschuss dem Rat vorschlägt, so zu verfahren, wie es in der Bezirksvertretung Ehrenfeld diskutiert worden ist. Das bedeutet, die Bezirksvertretung hat den Sachverhalt vorliegen, und wenn sie der Meinung ist, dazu etwas beitragen zu können oder Anregungen zu geben, dann kann sie das tun, dann wird das auch dem Liegenschaftsausschuss mitgeteilt und er kann damit dann verfahren bzw. Anregungen aufnehmen.

Unabhängig davon kann auch jede Bezirksvertretung sagen: Wir haben hier ein städtisches Grundstück, da würden wir zum Beispiel vorschlagen, so und so damit umzugehen. - Auch solche Anregungen sind möglich. Sie decken sich auch mit der Gemeindeordnung, weil wir wissen, dass die Gemeindeordnung den Bezirksvertretungen Grenzen setzt. Das hat die Verwaltung in ihrem Text ausgeführt. Sie hat zudem darauf verwiesen, dass es kein generelles Anhörungsrecht gibt. Das heißt, wir sind mit unserer Beschlussfassung darüber hinausgegangen, was die Verwaltung vorgeschlagen hat. Wir sind aber in dem Rahmen so weit vorausgegangen, dass es im Kontext der Gemeindeordnung und des Gemeinderechts auch machbar ist. Ich denke, wir sind damit weiter als früher und somit auch in einer Situation, die die Bezirksvertretungen dort, wo es geht, und da, wo sie auch etwas vorzubringen haben, konstruktiv einbindet.

Insofern kann ich hier nur empfehlen, dass wir dem Beschluss, den wir im Liegenschaftsausschuss so gefasst haben, folgen. Ich bitte um Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Sommer überlässt zunächst Herrn Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Liebe Ratsfrauen und -männer aus Ehrenfeld! Lieber Bezirksbürgermeister Josef Wirges! Sehr geehrter Kollege Frank! Wenn der Beschluss des Liegenschaftsausschusses dem der Bezirksvertretung Ehrenfeld entsprechen würde, dann wäre ein eigener Beschluss des Liegenschaftsausschusses gar nicht nötig gewesen; denn dann hätte man sagen können: Wir neh-

men den Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist doch so.

Ich weiß, dass Sie gern solche Sachen machen, etwas noch einmal ein bisschen anders formulieren, aber der Kern der Sache ist doch ein ganz anderer. Der Kern von Ihrem Antrag des Liegenschaftsausschusses ist es eben nicht, den Bezirksvertretungen ein Anhörungsrecht zu geben, sondern sie werden informiert, dann berät der Liegenschaftsausschuss darüber, und dann wird der Bezirksvertretung das mitgeteilt. Das ist der Prozess.

Die Bezirksvertretungen wollen eine Diskussion und Beratung auf Augenhöhe, aber - das haben Sie auch deutlich gemacht - die Beschlussfassung soll schlussendlich natürlich vom Liegenschaftsausschuss erfahren. Das ist das, was die Bezirksvertretungen wollen.

Insofern ist das, was der Bezirksbürgermeister aus Ehrenfeld vorgeschlagen hat, völlig richtig: Dann könnten wir doch, wenn wir uns darüber einig sind - ich glaube, Herr Frank, darüber sind wir uns nicht einig -, eine Alternative abstimmen, und das wäre der Grundsatz, nämlich die Alternative wie die Bezirksvertretung Ehrenfeld. Das wäre mein Vorschlag, und das beantrage ich hiermit auch, Frau Oberbürgermeisterin, abzustimmen wie die Bezirksregierung Ehrenfeld.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich wundere mich doch: In der Bezirksvertretung Ehrenfeld - ich bin ganz selten bei deren Sitzungen, aber auf der letzten Sitzung war ich anwesend - herrscht ein sehr gutes Klima und ein sehr guter Dialog. Dort gibt es kompetente Diskussionen. Das sind Diskussionen, bei denen man sich sozusagen auch im Rahmen der Diskussionen gegenseitig unterstützt und kritisiert. Bei diesen Diskussionen kommt einiges heraus. Ich glaube, davon können wir als Rat der Stadt Köln sogar eine Menge lernen. Das würde ich mal sagen.

Wenn Ihre Fraktion in der Bezirksvertretung Ehrenfeld einen solch guten Antrag durchsetzt, warum wollen Sie diesem Beschluss sozusagen in den Rücken fallen? - Das macht doch überhaupt keinen Sinn. Lassen Sie uns doch abstimmen wie die Alternative, und dann ist klar, das ist der Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld. - Das beantrage ich hiermit.

Ansonsten glaube ich, dass es klug wäre gerade bei solchen Fragen, wo es um Konzeptvergaben geht, wenn wir sowohl dieses Know-how als auch die Empathie - die Bezirksvertreter haben ja Empathie, die kennen sich aus und haben ein Herz für solche Projekte - nehmen und sagen: Jawohl, das brauchen wir; gerade bei Konzeptvergaben wollen wir dieses Wissen und diese Empathie nutzen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Sommer hat jetzt das Wort.

Ira Sommer (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind ja gar nicht so weit voneinander entfernt. Eigentlich geht es hier doch um die Frage: Was ist eine Anhörung bzw. was bedeutet eine Mitteilung? Wir können doch den Zeitablauf nicht so weit ziehen, dass wir sagen: Ja, es muss noch angehört werden. - Hier kommen wir in große Schwierigkeiten, was die Zeitabläufe angeht. Wir müssen entscheidungsfähig sein. Diese Entscheidung ist uns über den Ratsbeschluss gewährt worden, indem der Liegenschaftsausschuss hier entscheidet.

Wenn das aber auf der anderen Seite bedeutet, dass die Bezirksvertretungen regelrecht angehört werden, dann sind wir in der Entscheidung blockiert. Das geht nicht. Aber wir sagen hier, dass die Vorgehensweise evaluiert wird. Geben Sie uns doch die Gelegenheit, hier unsere Arbeit zu tun. Wir können dann schauen, was nachher im Rahmen einer Evaluation dabei herauskommt. Dann können wir auch erkennen: War es richtig oder nicht?

Wir haben einen Beschluss. Der Rat hat beschlossen, dass der Liegenschaftsausschuss entscheidet. Dabei soll es auch erst einmal bleiben.

Sie erhalten zwei Mitteilungen - die eine zuvor, die andere danach. Das gibt Ihnen auch die Möglichkeit, hier Stellung zu nehmen.

Und noch etwas: Vertrauen Sie Ihren Ratsmitgliedern. Sie haben Ratsmitglieder, die hier ihre Arbeit tun. Das sollte man auch nicht ignorieren und so tun, als seien sie nicht kompetent. Kompetent sind wir. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den von Herrn Detjen gestellten Änderungsantrag der LINKEN, so zu beschließen wie die BV Ehrenfeld, abstimmen. Soll ich das noch einmal vorlesen? - Nein, das ist nicht nötig. Okay. Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN und die Ratsgruppe GUT. Bei der SPD ist es offensichtlich umstritten. Was machen Sie? Manche melden sich, manche melden sich nicht. Wie darf ich das interpretieren? Was sagt der Fraktionsvorsitzende?

(Christian Joisten [SPD]: Wir stimmen da nicht mit!)

- Gut. - Wer enthält sich? - Herr Wortmann, was haben Sie gemacht? Haben Sie sich enthalten?

(Zuruf von Walter Wortmann [Freie Wähler Köln])

- Sie haben mitgestimmt. Okay. - Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich abstimmen wie Liegenschaftsausschuss, Anlage 2. Gibt es Gegenstimmen?

(Unruhe)

- Ich lasse jetzt abstimmen wie Liegenschaftsausschuss. Erst habe ich ja über den Änderungsantrag abstimmen lassen. Er ist nicht beschlossen worden. Jetzt lasse ich abstimmen wie Liegenschaftsausschuss. Ich frage nach Gegenstimmen. - Da könnte man sich melden, wenn man der Meinung ist, dass - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das scheint einstimmig zu sein!)

Enthaltungen? - Der LINKEN, von Herrn Wortmann und GUT. Das ist immer noch einstimmig. Es spiegelt auch das Ergebnis von eben wider. Gut. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“

AN/0361/2019

Antwort der Verwaltung vom 21.05.2019
1740/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Sie ist sehr umfangreich. Daher schlage ich vor, sie als Mitteilung in die Fachausschüsse zu geben, damit sie dort beraten werden kann. - Ich habe aber eine Wortmeldung von Herrn Detjen vorliegen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, die Beantwortung hat lange gedauert. Das ist bei diesen Anfragen aber normal. Damit rechnen wir. Deswegen stellen wir sie auch immer früh. Es ist im Kalender vermerkt, und dann stellen wir die Anfrage. Das ist also überhaupt kein Problem.

Ich möchte mich vor allem für die sehr gute Antwort der Verwaltung ganz herzlich bedanken, insbesondere für die Verbesserungen der Antwort. Das hatten Sie ja schon angekündigt, Herr Greitemann; Stichwort „Clusterbildung“ - woran kann es liegen, dass es zu Mehrkosten gekommen ist? - und die Unterscheidung, dass Sie sagen: Wir müssen die Kostensteigerungen insbesondere ab Planungsphase 4 noch einmal besonders darstellen. - Da gehe ich mit. Das ist die spannende Diskussion. Insofern können wir damit erst einmal zufrieden sein.

Trotzdem bleibt natürlich die Tatsache, dass alle Projekte ab Leistungsphase 4 eine Kostensteigerung von 16,5 Prozent aufweisen. Das ist immer noch zu viel. Das müssen wir ganz klar konstatieren. Darüber müssen wir auch in den Fachausschüssen diskutieren.

Ich weiß nicht - ich habe einen Moment nicht aufgepasst -, ob Sie schon die Fachausschüsse genannt haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe sie noch nicht genannt, sondern nur gesagt, dass grundsätzlich verwiesen werden soll. Und ich warte noch auf Ihre Nachfrage, Herr Detjen. Aber wir nehmen natürlich Ihr Lob gerne entgegen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Ich habe leider vergessen, die Nachfrage zu stellen. - Genau. Frau Oberbürgermeisterin, können Sie mir sagen, in

welche Fachausschüsse diese Anfrage verwiesen wird?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann, ich gebe Ihnen das Wort.

Beigeordneter Michael Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, zumindest in den Betriebsausschuss; ich denke, da es viele verkehrliche Sachen sind, auch in den Verkehrsausschuss; und ich stelle anheim, auch in den Rechnungsprüfungsausschuss, weil wir die Dinge da ja auch intensiv diskutieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Einbeziehung Kölns in die Planungen zum Strukturwandel im ‚Rheinischen Revier‘“
AN/0360/2019

Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019
1193/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es da zu Nachfragen? - Herr Detjen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Können wir das kurz zurückstellen? Ich finde meine Notizen gerade nicht!)

- Ja. Dann machen wir das am Ende des Tagesordnungspunktes 4. Einverstanden?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ja!)

Tagesordnungspunkt

**4.3 Anfrage der Gruppe Rot-Weiß betreffend „Wohnraumknappheit und Mietpreisex-
plosion“**
AN/0566/2019

Antwort der Verwaltung vom 20.05.2019
1645/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Keine.

Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Urbanes Grün im Klimawandel“
AN/0693/2019

Antwort der Verwaltung vom 21.05.2019
1736/2019

Hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank für die recht schnelle Beantwortung der Anfrage. Es geht um die Dürre und in unserer Anfrage explizit um die Straßenbäume. Jetzt sind in Köln wohl 50 Straßenbäume aufgrund der Dürre, also infolge der Trockenheit, gestorben.

In den Antworten kommt zum Ausdruck, dass eine hilfswise Bewässerung durch die Bevölkerung nicht nötig ist, da dies von anderen Stellen schon gemacht wird. Da stellt sich natürlich die Frage: Warum sind dann die Bäume gestorben, wenn die anderen Stellen das eigentlich professionell machen?

Meine Frage wäre, ähnlich wie gerade bei Herrn Detjen, ob es nicht auch möglich ist, dies als Mit-
teilung in den Ausschuss Umwelt und Grün zu geben, um es dort diskutieren zu können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, da das eine Gemeinschaftsarbeit war, würde ich darum bitten, uns diese Antwort schriftlich zu gestatten und dies in die Fachausschüsse zu geben. Ist das so in Ordnung?

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT] nickt)

- Okay. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Wohnungsnot in Köln“
AN/0710/2019

Antwort der Verwaltung vom 21.05.2019
1750/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Wie wird es mit der dringend gebo-

**tenen CO₂-Reduzierung in Köln weitergehen?“
AN/0709/2019**

Diese kurzfristig eingegangene Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Tagesordnungspunkt

**4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend
„Ausstattung der Feuerwehr in Bezug auf
E-Fahrzeuge“
AN/0708/2019**

Das gilt auch für diese Anfrage.

Herr Detjen, jetzt rufe ich Sie noch einmal zum Tagesordnungspunkt

**4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend
„Einbeziehung Kölns in die Planungen zum
Strukturwandel im ‚Rheinischen Revier‘“
AN/0360/2019**

**Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019
1193/2019**

auf.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. - Herr Greitemann, die Bundesregierung hat ja vorgestern zugesichert, 40 Milliarden Euro für die Braunkohlestandorte bereitzustellen. Das ist eine große Summe. Sie wird zwar nicht reichen. Trotzdem ist das erst einmal ein Riesenbetrag.

Meine erste Frage lautet - die zweite Frage stelle ich nach der Beantwortung der ersten Frage -: Vonseiten der Stadt Köln ist ja praktisch verpasst worden, Bestandteil des planerischen Kernraumes dieses Braunkohlereviers zu werden; wir sind nur indirekt Wirkungsraum. In diesem Zusammenhang würde mich Folgendes interessieren: Wie soll die weitere Arbeit erfolgen, die Sie in der Antwort auf die Frage 2 angedeutet haben? Wie wollen Sie weiter an diesem Thema arbeiten? - Das ist die erste Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nur zu dem „verpasst worden“: Wir gehören nicht zum Braunkohlegebiet. Das ist schon vor Urzeiten verpasst worden.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Reker, danke für die Frage an mich. Darauf kann ich nur Folgendes antworten: Im Vorfeld hat es verschiedene Diskussionen gegeben. Und zum Beispiel Mönchengladbach ist unmittelbar Bestandteil des ersten Raumes.

(Zuruf von der FDP: Die haben ja auch einen Braunkohletagebau!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Spezialisten sollten darüber in eine Diskussion eintreten. Ich habe das auch darauf zurückgeführt, dass wir keinen Braunkohleabbau haben. - Aber Sie haben das Wort, Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, auch die Antwort auf diese Nachfrage möchte ich Ihnen gerne schriftlich nachreichen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Kann jetzt die zweite Frage auf der Antwort aufbauen, wenn sie schriftlich nachgereicht wird?

Jörg Detjen (DIE LINKE): Die zweite Frage hatte ich mir natürlich schon ansatzweise überlegt. Die zweite Frage, die sich aus Ihrer Antwort ergibt, lautet: Sie haben ja angedeutet, dass wir nur eine Stelle für Strukturpolitik haben. Meine Frage ist, ob es nicht zielführend wäre, das Personal aufzustocken, um diesem ganzen Problem in der Diskussion über Strukturpolitik mehr Gewicht zu geben und auch die Möglichkeiten auszunutzen, die sich da eventuell eröffnen werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, Ihre Anfragen sind so gut - ganz ernsthaft -, dass ich intensiv darüber nachdenken werde und Ihnen das auch schriftlich geben werde. Wir haben uns mit dem Thema in den letzten Wochen intensiv beschäftigt - Stichworte: „Agglomerationsgebiet“, „Konzept Regionalplan“. Ich bin bei der POLIS in Gespräche eingestiegen. Das geht jetzt sehr ins Detail. Aber ich werde darauf auch schriftlich antworten und darstellen, wie wir weiter vorgehen wollen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Vielen Dank!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann verlassen wir den Tagesordnungspunkt 4 und kommen zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung) 1203/2019

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT
AN/0705/2019**

**Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen
AN/0719/2019**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0718/2019**

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppen BUNT und GUT
AN/0749/2019**

Dazu hat als Erster Herr Frenzel das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte es hier kurz machen. Ich bin auch von den Kollegen darum gebeten worden.

Wir freuen uns zum einen darüber, dass wir bei der Wohnraumschutzsatzung jetzt doch mit einem gemeinsamen Antrag der großen Fraktionen hier ins Rennen gehen. Ich finde das auch deswegen bemerkenswert, weil wir das eigentlich nicht zu hoffen gewagt haben, als wir als SPD diese Initiative ergriffen haben, sich die Satzung noch einmal genauer anzuschauen und sie in einigen Punkten doch noch ein bisschen zu verschärfen.

Ich finde das deswegen wirklich bemerkenswert, Frau Pakulat, weil Sie vorhin schon versucht haben, das Thema „preiswerter Wohnraum“ ein bisschen lächerlich zu machen, indem Sie sich darüber lustig gemacht haben.

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Ganz im Gegenteil!)

Ich finde das nicht günstig; denn wir sollten schon die Probleme der Kölner Bevölkerung ernst nehmen.

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Die nehme ich auch ernst, nur nicht die Probleme der SPD!)

Zwei Drittel der Kölner können sich heute im Grunde eine Neubauwohnung von der Miete her gar nicht mehr leisten, wie eine aktuelle Untersuchung des ARD-Magazins „Panorama“ zeigt.

Insofern ist es beispielsweise im Hinblick auf das Entstehen solcher Dinge wie Abriss/Neubau unsere verdammt Pflicht als Ratsmitglieder, die Nöte dieser Menschen, die in Wohnungen wohnen, die heute vielleicht 4 oder 5 Euro kosten, ernst zu nehmen. Für sie sind selbst 9 Euro noch eine verdammt hohe Zahl. Wir sollten darauf achten, dass wir diesen Bogen nicht überspannen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich sage das auch deswegen noch einmal, weil 2007 sogar die Landesregierung unter Ministerpräsident Rüttgers noch der Meinung war, dass sich die Wohnraumzweckentfremdung im Grunde genommen überlebt hat. Es hieß, der Markt werde das richten.

Ich finde es - das meine ich ganz aufrichtig - einen sehr guten Zug, dass die CDU jetzt bei dieser Initiative dabei ist.

Frau Hoyer, in der Ratssitzung, in der wir dieses Thema schon einmal besprochen haben, weil wir als SPD einen entsprechenden Antrag gestellt hatten, haben Sie ja angekündigt, dass auch die FDP mit dabei sein werde. Ich finde das schon bemerkenswert. Denn natürlich ist, Frau Pakulat, auch die Wohnraumschutzsatzung ein Eingriff in das grundgesetzlich garantierte Eigentum, weil wir damit die freie Verfügbarkeit von Wohnungen auf dem Markt für Ferienwohnungen oder anderes verhindern.

Also noch einmal herzlichen Dank dafür, dass wir das hier mit einer so breiten Mehrheit auf den Weg bringen!

Ich hoffe, Herr Sterck, Frau Hoyer und Herr Petelkau, dass Ihr langer Arm auch in Düsseldorf stark genug ist, um das, was die Landesregierung vorhatte, tatsächlich dauerhaft zu verhindern, damit es nicht dazu kommt, dass das

Zweckentfremdungsverbot im Grunde genommen aus dem Gesetz gestrichen wird und dann freie Bahn gegeben wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz hat jetzt das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Frenzel, es ist in der Tat bemerkenswert, dass wir zu einem Änderungsantrag zu der Wohnraumschutzsatzung zusammengefunden haben. Denn in der Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss sah das zunächst nicht so aus, weil da doch einige Akteure - auch Ihre Fraktion - noch ein bisschen anders unterwegs waren.

Deswegen sage ich der Verwaltung herzlichen Dank für die zahlreichen Hinweise und rechtlichen Beratungen, die dann dazu geführt haben, dass unter anderem auch Sie, Herr Frenzel, verstanden haben, dass wir - was Sie ja gerade auszuführen versucht haben - keinen neuen günstigen Wohnraum schaffen können, wenn wir den Investoren - und da sind wir auch sehr deutlich aus der Wohnungswirtschaft und insbesondere von den Genossenschaften angesprochen worden - vorschreiben, dass hier der Wohnraum nur zu einer bestimmten Miete errichtet werden darf, nämlich der ortsüblichen Vergleichsmiete. Sie reicht bei den aktuellen Kosten eben leider nicht, um Wohnraum erstellen zu können, selbst für Genossenschaften nicht. Insofern muss man immer aufpassen, was man beantragt.

Aber auch da sind wir, denke ich, insgesamt dem Ziel - im Übrigen ist das ja nur ein Nebenthema der Satzung gewesen -, hier Wohnraum zu schaffen bzw. zweckentfremdeten Wohnraum wieder der Wohnnutzung zuzuführen, nähergekommen.

Das andere Thema war das viel prominentere Thema. Es war sozusagen das überlagernde Thema, weil es hier auch in der Öffentlichkeit sehr stark diskutiert wird. In der Innenstadt und in anderen Stadtteilen - in Ehrenfeld, in Nippes - haben wir das Phänomen, dass über Airbnb und andere Anbieter Wohnungen vermietet werden und damit der Wohnraum dem Wohnungsmarkt entzogen wird. Da haben wir als schwarz-grünelbes gutes Haushaltsbündnis, schon die richtigen Akzente gesetzt, indem wir hier die Ressourcen - Personal und Finanzen - zur Verfü-

gung gestellt haben, um die Wohnraumschutzsatzung entsprechend anzuwenden.

Mit dem heutigen Änderungsantrag schärfen wir dieses Thema noch einmal, was die Kontrolle betrifft, was die Gebühren betrifft und was eventuell auch die Höhe der Bußgelder betrifft. Insofern herzlichen Dank an alle Beteiligten! Heute ist ein guter Tag, um sich dieses Themas anzunehmen und die Wohnraumzweckentfremdung zurückzudrängen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Heuser das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die neue Wohnraumschutzsatzung wollen wir heute alle beschließen. Das zeigt ja unser gemeinsamer Änderungsantrag. Das heißt auch, dass wir alle ohne Unterschied, Herr Frenzel, das Thema ernst nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Allerdings war der Vorgang, muss ich sagen, schwer wie die Geburt von Fünflingen. Die Diskussion in den letzten Tagen war ziemlich kontrovers bis konfus - und dazu auf allerhöchstem juristischem Niveau. Da bin ich, ehrlich gesagt, als Nichtjuristin ziemlich überfordert, zumal ich ja Ehrenamtlerin bin. Nicht zuletzt belegt auch die Flut der Anlagen, der Beschlussvorlage, ihrer Neufassung und korrigierten Neufassung sowie der diversen Änderungsanträge das, was ich gerade gesagt habe.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung beinhaltet - das ist gegenüber der alten Satzung neu - die Ausweitung auf Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen. Hier steht Wohnraum insgesamt unter Schutz, was wir sehr begrüßen.

Wir unterstützen ebenso die Einrichtung eines Meldeportals bei Verdacht auf illegale Vermietung von Ferienwohnungen. Auch diesen Bestandteil der neuen Satzung kann man nur unterstreichen.

Wir Grüne stehen klar für folgende Punkte:

Erstens sind wir für eine Registrierungspflicht möglichst auch für die Ferienwohnungen, die vor 2014 legal gewerblich vermietet wurden. Aber

hier ist voraussichtlich die Umsetzung und Kontrolle der Regelung vor Ort laut juristischer Bewertung der Verwaltung nicht vom Wohnungsaufsichtsgesetz NRW, kurz WAG, gedeckt.

Zweitens sind wir für die Benennung von Stadtgebieten bzw. Stadtbezirken, die im Vergleich zur Gesamtstadt stark erhöhten Wohnbedarf haben. Damit soll aus unserer Sicht erreicht werden, dass Ersatzwohnraum auch nur in diesem Stadtteil oder Stadtbezirk geschaffen werden kann. Aber auch das steht außerhalb des gesetzlichen Rahmens.

Drittens. Wir sind für einen Ersatzwohnraum, der nach Größe und Standard mit dem zweckentfremdeten Wohnraum vergleichbar ist. In den Erläuterungen der korrigierten Neufassung, Anlage 01b, nimmt die Verwaltung das unter § 7 wie folgt auf:

Der neu zu schaffende Wohnraum enthält grundsätzlich nicht weniger Wohnfläche als der zweckentfremdete Wohnraum. Zuschnitt und Standard des Ersatzwohnraums müssen für die allgemeine Wohnversorgung geeignet sein.

Wir sind außerdem für eine Ausschöpfung des Gebührenspielraums durch die Verwaltung. Hier gilt es, das Willkürverbot zu beachten.

Insgesamt muss festgestellt werden, dass das Wohnungsaufsichtsgesetz in vielen Punkten konkrete Bestimmungen benötigt, da es derzeit zu viele Rechtsunsicherheiten für eine Verschärfung der Kölner Satzung gibt. Insofern bleibt die Aufforderung unsererseits an die Landesregierung, hier nachzubessern, damit effektiver Wohnraumschutz gelingen kann.

Wir freuen uns auch darüber, dass wir zu einem gemeinsamen Änderungsantrag zusammengefunden haben. Das kann man nur begrüßen. Dazu ist das Thema auch viel zu wichtig. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! DIE LINKE will mehr Wohnraumschutz als das, was wir gleich gemeinsam hier beschließen. Wir wollen, dass bei Abriss und

Neubau der neue Wohnraum im gleichen Viertel entsteht. Wir finden es nicht akzeptabel, dass eine Wohnung im Zentrum abgerissen wird und der Ersatz gegebenenfalls am Stadtrand neu errichtet wird.

Zum Mietpreis: Es gibt - wenn auch viel zu wenige; aber es gibt sie noch - die preiswerten Wohnungen in Köln. Wird eine solche preiswerte Wohnung mit einer Kaltmiete von 5 Euro abgerissen und eine andere Mietwohnung für 10,50 Euro pro Quadratmeter gebaut, ist das kein wirklicher Ersatz für eine preiswerte Wohnung.

Wir alle wissen, dass insbesondere preiswerte Wohnungen fehlen. Der Mieter oder die Mieterin, der oder die die alte Wohnung verlassen muss und in die neue, teure Wohnung ziehen muss, kann sich das gegebenenfalls nicht leisten und kann, wenn es ganz schlecht läuft, überhaupt nicht in Köln wohnen bleiben, sondern muss ins Bergische oder ins Oberbergische Land ausweichen.

Meine Damen und Herren, wir von der LINKEN wissen, dass die Gesetzeslage, die von der Landesebene vorgegeben ist, uns enge Manschetten anlegt. Deswegen müssen wir hier von der Landesregierung fordern, dass sie initiativ wird, damit die Kommunen mehr Handlungsspielraum bei der Erstellung von Wohnraumschutzsatzungen erlangen. Insbesondere erwarten wir, dass die Landesregierung ermöglicht, dass wir als Kommune festlegen können, in welchem räumlichen Umfeld die Ersatzwohnung geschaffen werden muss. Wir müssen auch über den Preis auf der kommunalen Ebene mitreden können.

Meine Damen und Herren, den vorliegenden Beschluss tragen wir mit - unter großen Schmerzen, weil er uns natürlich nicht weit genug geht. Ich will aber in wenigen Sätzen erklären, warum wir da mitgehen.

Es ist jetzt wichtig, dass diese Wohnraumschutzsatzung überhaupt weiterlebt. Wir wissen, dass sie ausläuft. - Das ist der erste Punkt.

Als Zweites möchte ich sagen: Es ist uns immerhin gelungen, dass in diesem Antragstext jetzt mit drinsteht, dass der Ersatzwohnraum auch für Menschen mit niedrigen und kleinen Einkommen erschwinglich ist.

Deswegen bedanke ich mich auch noch einmal bei den anderen Antragstellern dafür, dass uns da entgegengekommen worden ist und dass wir das gemeinsam verabschieden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu der Vorlage und dem Antrag spreche, möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei der Verwaltung bedanken; denn die Verwaltung hat diese Vorlage mit einer Synopse so vorbereitet, dass sehr schnell zu erkennen war, wo Änderungen vorgenommen wurden und warum diese Änderungen erfolgt sind.

In persona muss man auch einmal Herrn Ludwig ansprechen. Sie haben immer bereitwillig Auskunft gegeben. Sie haben uns - oder vielleicht auch gerade den anderen Kollegen - auch sehr oft deutlich gemacht, dass die Umsetzung bestimmter politischer Wünsche rechtlich überhaupt nicht möglich ist. Damit ist der eine oder andere Wunsch dann auch schon einmal hinfällig gewesen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

Die Freien Demokraten begrüßen die Ratsvorlage und den Antrag, obwohl dies ja - das hat Herr Frenzel auch schon angesprochen - bei uns in der FDP-Landtagsfraktion durchaus anders gesehen wird. Ich kann das auch gut nachvollziehen. Lassen Sie es mich einmal erläutern.

Der Schutz des Eigentums, das heute ja schon oft genug angesprochen worden ist, gehört eigentlich zu der DNA jedes Freien Demokraten und jeder Freien Demokratin. Deswegen ist das für uns auch unheimlich wichtig. Daher fällt es uns immens schwer, wenn Eingriffe in das Eigentum erfolgen. Das ist ja im weitesten Sinne auch bei einer Wohnraumschutzsatzung der Fall.

Trotz alledem hat uns die Situation hier in Köln, die, wie Sie auch alle beschrieben haben, von großer Wohnungsnot und großen Problemen gekennzeichnet ist, dazu veranlasst, dass wir gesagt haben: Hier in Köln werden wir eine Wohnraumschutzsatzung unterstützen.

Das haben wir auch schon im letzten Jahr deutlich gemacht. Die Fehlentwicklungen mit Ferienwohnungen haben uns das gezeigt. Im letzten Jahr gab es ja die Vorfälle in der Wetzlarer Straße und der Gebrüder-Coblenz-Straße. Das waren alles schlechte Beispiele.

Eines muss ich allerdings sagen, Herr Frenzel. Von Ihnen wurde es ja ein bisschen so dargestellt, als seien Sie der Initiator gewesen; aufgrund Ihrer Initiative sei dann dieser Antrag zustande gekommen. Bei Ihren Worten hätte man den Eindruck bekommen können, Sie hätten sich hier eins zu eins durchgesetzt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn Sie das getan hätten, hätten wir heute nicht zugestimmt.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Antrag ist ein klassischer Kompromiss. Bei einem klassischen Kompromiss haben alle ein bisschen Schmerzen. Das hat auch Herr Weisenstein gerade für seine Fraktion deutlich gemacht.

Ich sage Ihnen, Herr Weisenstein, ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen - aber ich muss heute auch noch einmal deutlich machen, dass wir als FDP auch eine gewisse Distanz zu SPD und LINKEN haben -: Ihre Aussage, dass Sie heute mit großen Schmerzen zustimmen, war für mich im Grunde genommen der Beleg dafür, dass wir als FDP auch zustimmen können.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen, und zwar über den gemeinsamen Änderungsantrag von SPD, CDU, Grünen, LINKEN, FDP, BUNT und GUT. Die weiteren Änderungsanträge hätten sich damit erledigt. Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich lasse jetzt noch über die Verwaltungsvorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

6.1.2 Beteiligungsrechte des Integrationsrates **hier: Anregung zur Änderung der Hauptsatzung 3576/2018**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD-Fraktion so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.1.3 Gebührenfestsetzung für die Inanspruchnahme der Standplätze auf den Kölner Wochenmärkten
3817/2018**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0738/2019**

Hier hat zunächst Herr Dr. Krupp das Wort.

Ich sage noch einmal - wir müssen ja immer wieder auf die Geschäftsordnung hinweisen -: Änderungsanträge sind bei der Reihenfolge der Wortmeldungen nicht zu berücksichtigen.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das Thema Marktgebührensatzung klingt trocken, ist aber für Köln wichtig. Denn wir sind uns sicherlich schnell einig, dass in Köln Wochenmärkte eine wichtige Funktion haben, gerade zur Stärkung der Veedel. Und da zeigt sich doch eine ziemlich disparate Situation. Es gibt nämlich Wochenmärkte, die sehr gut laufen und sehr vital sind, und es gibt gerade in den Außenbezirken leider auch Wochenmärkte, die Not leiden, die dahindarben und bei denen man nicht weiß, ob sie die nächsten Jahre überleben.

Wenn wir doch gemeinsam das Ziel haben, Wochenmärkte allgemein zu stärken, weil damit auch die Stärkung der Veedel verbunden ist, müssen wir schauen, wie wir dieses Ziel erreichen können.

Eine Idee für die Zukunft wäre vielleicht - das steht heute nicht an, aber für die Zukunft möglicherweise -, einmal zu überlegen, ob man nicht die Marktgebühren staffeln kann. Das heißt, je nachdem, wie vital und stabil ein Markt ist und wie attraktiv er für die Händler ist, dann auch eine Staffelung vorzunehmen.

Hier und heute haben wir aber die Verwaltungsvorlage samt Änderungsantrag der LINKEN zu beurteilen. An diesem Tag geht es also um eine allgemeine Gebührenerhöhung. Und da können wir nicht mitgehen. Wir können zwar mit dem Änderungsantrag der LINKEN mitgehen, aber nicht mit der Gebührenerhöhung in der Form, in der die Verwaltung sie vorsieht.

Dass die Verwaltung durch eine entsprechende Spreizung der Gebühren ein Zurückfahren der Tageshändler und ein Hochfahren der Dauerzuweisungen erreichen will, ist ja vom Ziel her vielleicht nicht verkehrt. Wir glauben nur, dass das

Mittel der Gebühr hier nicht eingesetzt werden sollte, weil am Ende des Tages auch die Tageshändler wichtig sind. Mir ist lieber, einen Tageshändler zu haben als gar keinen Händler und gar keine Dauerzuweisung. Denn gerade die Märkte, die Not leiden, profitieren doch davon, wenn ein Händler spontan sagt: Okay, ich habe heute doch Zeit; dann fahre ich dahin und mache das. - Das ist allemal besser als die Situation, dass keiner kommt und sich niemand darauf einlässt, sich für diesen Markt als Dauerzuweisung vorsehen zu lassen.

Die Stadt erklärt jetzt: Wir wollen die Wochenmärkte stärken. - Dazu läuft eine Marketingkampagne, die ich immer zur Kenntnis nehme, wenn ich das Wochenblättchen lese. Ich bin nicht gut in der Küche. Aber da wird regelmäßig präsentiert, mit welchen Gemüsesorten man was zaubern kann. Das finde ich auch alles charmant und gut. Vor diesem Hintergrund muss man sich aber natürlich fragen: Ist eine Gebührenerhöhung hier und heute in dieser Quantität das richtige Signal, wenn man dieses Ziel erreichen will?

Da zitiere ich - das erlaube ich mir - aus dem Änderungsantrag der LINKEN, die meinen Humor getroffen haben. Sie schreiben nämlich, dass die Stadt eine Marketingkampagne durchführt und in der Vorlage auch ankündigt, diese Kampagne ausbauen zu wollen. Dann kommt in dem Änderungsantrag der schöne Satz:

Dass eine Erhöhung für die Tageshändler um 21 % [...] diese Marketingkampagne zu unterstützen vermag, ist möglich, aber zweifelhaft.

Das kann ich nur unterschreiben. Deswegen sind wir heute auch nicht für diese Gebührenerhöhung.

An dieser Stelle ist die Rede davon, wir sollten einmal die Kirche im Dorf lassen; es gehe schließlich nur um 21 Prozent; das sei doch nicht so viel. Wir müssen uns aber bewusst machen - ich habe das noch einmal nachgeschaut -, dass wir im Dezember 2016 zum letzten Mal die Gebühren erhöht haben. In der aktuellen Vorlage wird ja dargestellt, wie die Gebühren sich zu dieser Erhöhung verhalten. Alles gut; alles richtig.

Wenn man aber einmal nachschlägt, was wir im Dezember 2016 gemacht haben - also vor nicht einmal zweieinhalb Jahren; die neue Gebührenerhöhung soll ab dem 1. Juni 2019 gelten -, dann stellt man fest: Die 21-Prozent-Erhöpfung gegenüber der letzten Gebührensatzung, deren Verabschiedung gar nicht lange her ist, stellt sich heu-

te für die Dauerzuweisungen dar. Die Dauerzuweisungen werden ab 1. Juni 2019 um 21 Prozent teurer sein, als sie Ende 2016 waren. Bei den Tageshändlern ist es aber, wenn man diesen Zeitraum betrachtet - wie gesagt, sind das nicht einmal zweieinhalb Jahre -, eine satte Erhöhung um 59 Prozent.

Da muss ich sagen: Wenn wir die Wochenmärkte stärken wollen, können wir bei einer Erhöhung für Tageshändler um 59 Prozent in zweieinhalb Jahren nicht mitmachen. Deswegen sind wir heute gegen diese Verwaltungsvorlage. Wir würden aber den Änderungsantrag der LINKEN mittragen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Elster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Man kann natürlich zu jeder Vorlage, die die Verwaltung in den Rat einbringt, einen Änderungsantrag schreiben. Das muss man aber nicht. Vor allem muss man es dann nicht machen, meine Damen und Herren, wenn die Verwaltung genau das tut, womit sie durch den Rat der Stadt Köln beauftragt worden ist.

Ich schaue jetzt einmal Herrn Detjen an. Er ist ja der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses. Am 19. März 2015 wurde in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses die Verwaltung der Stadt Köln beauftragt, beim Gebühreintreiben auf den Märkten darauf zu achten, dass insbesondere bargeldlose Gebührenabrechnungen betrieben werden sollen und dass von den Bargeldeinnahmen Abstand genommen werden soll.

Daraufhin hat die Verwaltung gearbeitet. Sie hat ein halbes Jahr später im Dezember desselben Jahres 2015 einen Vorschlag unterbreitet und dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis gegeben, in dem das Verfahren, das in Zukunft praktiziert werden soll, genau vorgestellt worden ist. Dem hat der Rechnungsprüfungsausschuss auch zugestimmt. Er hat das für gut befunden.

Jetzt kommt die Verwaltung zwei Jahre später - das ist immer der Zweijahresturnus - mit einem Vorschlag, wie das Ganze künftig aussehen soll. Der damalige Plan wird ganz klar verfolgt.

Das erste Ziel ist der bargeldlose Gebühreinzug.

Das zweite Ziel ist - darüber bestand auch Einstimmigkeit -, dass wir vor allem das Werkzeug der Dauerzuweisungen nutzen und schauen, dass wir Dauermarktbesucher bekommen, weil das Ganze dann viel besser planbar ist und viel einfacher abrechenbar ist, und dass von den Tagesmarktständen Abstand genommen werden soll.

Da ist die Verwaltung in den letzten Jahren sehr gut auf dem Weg. Als sie 2015 angefangen hat, gab es nur 57 Prozent Dauerzuweisungen. Jetzt plant die Verwaltung für diesen neuen Turnus 2019 und 2020 mit fast 75 Prozent Dauerzuweisungen.

Das bedeutet Planungssicherheit für die Menschen vor Ort; denn dann wissen sie, dass der Gemüsehändler aller Wahrscheinlichkeit nach am Donnerstag, wenn der Markt auf dem Marktplatz stattfindet, auch da ist. Der Händler hat dort nämlich eine Dauerzuweisung und kommt nicht in Abhängigkeit vom Wetter oder von anderen Dingen.

Damit ist die Planungssicherheit gegeben, die sowohl die Menschen vor Ort als auch die Märkte brauchen, damit sie vital sein können. Das ist genau das Konzept, das die Verwaltung vorgestellt hat.

Jetzt erfolgt die Fortschreibung dieses Konzeptes. Und jetzt identifizieren Sie plötzlich irgendwelche Probleme. Herr Krupp möchte hier andere Werkzeuge diskutiert haben. Es ist ja gar kein schlechter Vorschlag, darüber nachzudenken, in den nicht so spannenden Marktbereichen über eine Staffelmiete noch ein bisschen Akzent hinzubringen. Dieser Vorschlag ist durchaus gut. Aber warum kommt er jetzt in der Ratssitzung? Warum ist dieser Vorschlag nicht beispielsweise im Wirtschaftsausschuss diskutiert worden, also da, wo die Fachleute sitzen?

Das nächste Thema, das jetzt hochgezogen wird, ist die tatsächliche Mietsteigerung. Schauen wir uns doch einmal an, was die Verwaltung tatsächlich möchte. Sie möchte die Tageszuweisungen zurückdrängen und die Dauerzuweisungen fördern. Bei den Dauerzuweisungen werden die Kosten für den laufenden Meter Marktstand um netto - die Markthändler haben ja Nettopreise zu kalkulieren - 5 Cent erhöht. Das macht bei einem 10-Meter-Gemüsestand 50 Cent pro Tag. Wenn der Gemüsehändler eine Tomate oder auch eine Orange mehr verkauft, hat er die Er-

höhung im Prinzip schon wieder eingearbeitet. Dies hier überhaupt zum Thema zu machen, ist einfach lächerlich.

Insgesamt ist die Erhöhung bei den Tageshändlern etwas höher. Aber das ist auch tatsächlich gewollt. Ich habe das ja gerade dargestellt. Die Verwaltung macht letztendlich genau das, was wir beauftragt haben. Wir haben uns gewünscht, dass die Marktsituation stabiler wird, sodass die Menschen zuverlässig wissen, welche Händler da sind.

Wir können in den nächsten Jahren immer noch über Werkzeuge reden. Aber jetzt müssen wir erst einmal eine Marktsatzung auf die Reise schicken, die kostendeckend ist. Die Verwaltung hat ja auch noch einmal dargestellt, dass diese Kalkulation, die jetzt zur Beschlussfassung vorgelegt wird, kostendeckend ist. Wir machen damit keine Gewinne.

Wenn wir den Beschluss aussetzen, müssen wir aber irgendwann in der Zukunft, nämlich mit der neuen Marktsatzung 2020 oder 2021, die 250 000 Euro, die wir aktuell an Verlusten ausweisen würden, wieder gutmachen. Das heißt, dass die Erhöhung in den Folgejahren dann umso größer ausfallen muss, wenn wir uns rechtskonform verhalten. Das kann doch nicht Sinn und Zweck der Übung sein. Deswegen bitten wir darum, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In unserem Änderungsantrag beantragen wir, die Gültigkeit der derzeitigen Gebühren um ein Jahr zu verlängern. Herr Elster, wir sagen ja gar nicht, dass wir generell gegen eine Erhöhung sind. Vielmehr sagen wir, dass wir jetzt ein Jahr Sicherheit haben wollen. Denn es gibt - das hat Herr Krupp auch ausgeführt; diese These kann ich nur stützen - bei den Marktbeschickern eine sehr große Unruhe und Zukunftsängste. Ich möchte Ruhe in die ganze Sache bekommen und diese Diskussionen erst einmal beruhigen. Es gibt sehr viele Diskussionen, meine Damen und Herren. Deswegen haben wir gesagt, dass wir es noch ein Jahr so wie bisher lassen wollen. Dann wissen wir auch, wie die Haushaltslage ist. Das wissen

wir jetzt noch gar nicht. Im Jahr 2020 kann man diese Diskussion dann noch einmal führen. - Das ist unsere Position.

Dass wir auch vonseiten des Rechnungsprüfungsausschusses am Thema Wochenmärkte dran sind, Herr Elster, haben Sie sehr gut dargestellt. Das Amt war da sehr aktiv. Auch bezüglich der Abrechnungen gibt es einen Fortschritt. Auf den Wochenmärkten läuft viel über das persönliche Gespräch der Marktaufseher mit den Marktbeschickern. Das ist eine sehr wichtige Kommunikation. Sie muss möglichst geldfrei sein, indem man die Gebühren elektronisch abbucht. Die Gespräche mit den Marktbeschickern müssen vor allem in Richtung Zuspruch erfolgen.

Ich bin - um nur ein Beispiel zu schildern - letzten Samstag von einer Marktbeschickerin angesprochen worden. Sie hat sich beklagt: Der neue Marktamtsleiter verlangt, dass um 13 Uhr die Schotten fallen; wenn ein Kunde um 13.05 Uhr kommt, dürfen wir ihn nicht mehr bedienen. - Wir dürfen doch nicht mit solchen kleinlichen Dingen da Unruhe schüren. Deswegen glauben wir, dass es vernünftig ist, ein Jahr Perspektive zu schaffen.

Das tragen wir auch deswegen vor, meine Damen und Herren, weil aufgrund der Diskussion über den Großmarkt unter den Marktbeschickern - das hat heute noch niemand angesprochen - sehr große Unruhe herrscht. Ich habe am letzten Samstag zum Beispiel auf dem Wochenmarkt in Ehrenfeld ein Flugblatt zum Thema „Wochenmärkte und Großmarkt“ verteilt und habe mit den Marktbeschickern über genau dieses Thema diskutiert. Die Marktbeschicker sagen: Wir wollen Klarheit. Wir wollen eine Perspektive. Wir wollen wissen, wie es weitergeht.

Da fehlt, muss ich sagen, die nötige Klarheit vonseiten der Verwaltung und auch vonseiten der CDU. Deswegen ist unseres Erachtens jetzt wirklich Ruhe angesagt und keine Gebührenerhöhung. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat jetzt das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin wirklich etwas erstaunt. Über diese Gebührensatzung haben wir ein Quartal lang im Wirtschaftsausschuss diskutiert, bevor

sie jetzt im Rat vorliegt. Das heißt, dass alle Gesichtspunkte diskutiert wurden und Fragen gestellt wurden - die Antworten kann man den Anlagen entnehmen -, weil natürlich sowohl bei uns als auch bei den Kollegen der CDU das Interesse bestand, dem genau nachzugehen. Das haben wir getan.

Am Tage der Ratssitzung bekommt DIE LINKE jetzt Bedenken, und die SPD sagt sich: Wenn DIE LINKE Bedenken hat, sollten wir vielleicht auch welche haben. - Wo waren denn Ihre Vorschläge und Änderungsanträge im Wirtschaftsausschuss oder meinetwegen auch noch im AVR, als der Schlussakkord dort lief, weil der AVR für Satzungen zuständig ist? Das hat Herr Elster ausgeführt. Ich frage mich, ob Sie wirklich eine ernsthafte Diskussion wollen.

Was ist denn der Hintergrund? Der Hintergrund ist, dass die Stadt nach KAG verpflichtet ist, in bestimmten Abständen die Satzung anzupassen. Dass sie das aber sehr vorsichtig tut, sieht man schon allein daran, dass sie zulasten des Haushaltes auf 90 000 Euro Gewinn verzichtet. Das heißt, dass sie die Gebühren mit Augenmaß anpasst. Herr Elster hat die Daten genannt. Wir reden hier über sehr bescheidene Beträge.

Die Dauerhändler zu stärken, ist doch gerade das wesentliche Element, um funktionierende Wochenmärkte zu stabilisieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das muss man sich doch einmal klarmachen. Darüber wird überhaupt nicht mehr geredet.

Die anderen Aspekte sind unabhängig davon. Dass ein Teil der Wochenmärkte kränkelt, hat nichts mit der Gebührensatzung zu tun. Das hat etwas damit zu tun, welche Waren angeboten werden. Das hat etwas mit dem veränderten Konsumverhalten zu tun. Das hat zum Beispiel auch etwas damit zu tun, wann ein Markt geöffnet hat und wann nicht. Deshalb haben wir eine völlige Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen in einzelnen Stadtteilen.

Daran arbeitet die Verwaltung aber. Wir haben das ja auch durch eine Anfrage noch einmal eingebracht. Diese Diskussion steht erst am Anfang. Es wird eine Veränderung bei den Wochenmärkten geben müssen, weil sie tatsächlich für die Versorgung, mit Frischeprodukten, eine große Bedeutung haben.

Insofern bin ich auch zuversichtlich, dass die neue Leiterin des Marktwesens da sicherlich den richtigen Weg geht.

Die Fragen dahin gehend, was sich strukturell ändern muss, können Sie mit dieser Satzung nicht klären. Dazu bedarf es anderer Maßnahmen.

Jetzt eine Satzung einfach auszusetzen und auf irgendetwas zu warten, ist wirklich Den-Kopf-in-den-Sand-Stecken und nutzt überhaupt niemandem. Deshalb denke ich, dass man hier getrost dieser Gebührensatzung zustimmen kann, um eine gewisse Stabilität für die Märkte hinzubekommen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion der LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist er abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Verwaltungsvorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die SPD, DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.2 Unterrichtung des Rates über Kosten- erhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Integriertes Handlungskonzept Lindweiler; Umgestaltung des Pinggenweges zwischen Volkhovener Weg und Unnauer Weg 1156/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein. Dann wird das so zur Kenntnis genommen. Wir müssen nicht darüber abstimmen. Die Nachfrage aus dem Finanzausschuss wurde beantwortet.

Dann komme ich zu:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 KölnTourismus hier: Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1501 - Wirtschaft und Tourismus - für das Haushaltsjahr 2019

0873/2019

Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die KölnTourismus GmbH möchte mit dem vorliegenden Antrag einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von rund 260 000 Euro für das laufende Jahr von uns haben. Wir sagen: Dieses Geld können wir als Stadt Köln getrost sparen. - Gern erläutere ich Ihnen, warum meine Fraktion dieser Ansicht ist und wie das zu bewerkstelligen wäre.

Vor einigen Wochen haben wir durch einen zufälligen Hinweis eines Studenten von erheblichen Papier- und Druckmengenerzeugnissen erfahren, die von der KölnTourismus GmbH regelmäßig immer wieder entsorgt werden. Wir haben daraufhin im Ausschuss Umwelt und Grün eine entsprechende Frage gestellt und nach Auflagenhöhe, nach verkauften, verteilten, entsorgten Mengen usw. über die letzten drei Jahre gefragt.

Daraufhin haben wir eine wirklich bemerkenswerte Antwort der KölnTourismus GmbH bekommen, die eigentlich nur zwei Schlussfolgerungen zulässt: Entweder möchte die KölnTourismus GmbH diese Zahlen auf keinen Fall der Öffentlichkeit preisgeben - das wirft dann die Frage auf: was hat man hier zu verbergen und warum? -, oder die KölnTourismus GmbH erhebt und kennt diese Zahlen nicht. Das wiederum wirft die Frage auf: Wie kann ich eine Gesellschaft mit rund 80 Mitarbeitern ohne Kenntnis dieser grundlegenden Zahlen auch nur ansatzweise vernünftig führen oder steuern?

Kurzum: Die KölnTourismus GmbH hat sich mit der Beantwortung unserer Anfrage keinen Gefallen getan.

Nun wird ein neuer Geschäftsführer gesucht. Der bisherige Geschäftsführer geht Ende dieses Jahres in den Ruhestand. Per Stellenausschreibung wird ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin gesucht.

Wir fragen: Ist die Stadt Köln gut beraten, jetzt einen Geschäftsführer für eine Gesellschaft zu suchen, deren bisheriges Geschäftsmodell durch die Marktentwicklung, insbesondere durch die zunehmende Digitalisierung, erheblich infrage gestellt wird?

Dazu müssen Sie wissen, dass die KölnTourismus GmbH zwei Aktivitätsfelder hat. Das eine

sind die hoheitlichen Aufgaben. Da wird die Stadt Köln als Reiseziel vermarktet; Repräsentation auf Messen findet statt. Der zweite Tätigkeitsbereich sind sogenannte gewerbliche Aufgaben. Da geht es um Merchandising, um Verkauf von Stadtplänen und um Organisation von Führungen.

Diese zuletzt genannten gewerblichen Tätigkeiten haben in der Vergangenheit noch einen gewissen Deckungsbeitrag erwirtschaftet. Ehrlich gesagt, ist mehr als fraglich, ob das heute noch so ist. Denn schauen Sie sich einmal die Situation rund um den Dom an: ein Souvenirladen neben dem anderen, die alle mehr oder weniger exakt das gleiche Sortiment haben. Außerdem erfolgen Information, Planung und Durchführung eines Köln-Besuches - das wissen Sie selber, wenn Sie in andere Städte reisen - heute weitgehend digital. Ich brauche immer weniger Stadtpläne und andere Druckerzeugnisse, sondern Google weist mir den Weg.

Vor diesem Hintergrund fragen wir: Gehört es zur Daseinsvorsorge der Stadt Köln, T-Shirts, Taschen und Taschenstadtpläne an Touristen zu verkaufen? Und: Sind die hoheitlichen Aufgaben der KölnTourismus GmbH nicht möglicherweise besser in der gerade neu entstehenden Wirtschaftsförderung aufgehoben?

Daher fordern wir:

Unterziehen Sie die KölnTourismus GmbH einer grundlegenden Aufgabenkritik.

Prüfen Sie die gegenwärtige strategische Ausrichtung äußerst kritisch. Analysieren Sie insbesondere, ob die bestehenden Schnittstellen richtig definiert sind.

Solange dieser Prozess nicht abgeschlossen ist, muss eine Aussetzung der laufenden Stellenausschreibung erfolgen. Das spart uns pro Jahr circa 260 000 Euro, also ziemlich genau den Betrag, den man jetzt von uns als Betriebskostenzuschuss haben möchte.

Wir haben gestern im Finanzausschuss lange über ein großes Sorgenkind unter unseren Beteiligungen gesprochen, bei dem wir in den nächsten Jahren etliche Millionen Defizit sehen werden. Wir haben auch darüber gesprochen, dass die finanziellen Handlungsspielräume in unserer Stadt deutlich enger werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie nicht zu, dass mit der KölnTourismus GmbH in der gegenwärtigen Aufstellung ein weiteres Sorgenkind für unsere Stadt hinzukommt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Damit ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens Wartungs- und Entleerungsarbeiten an Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Köln 0691/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.2 Antirassismus-Arbeit 2019 / 3.Schritt 1371/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.3 Aufhebung der Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses „Beleuchtung entlang der Wegeverbindung Am Baggerfeld zwischen Esch und Pesch“ 2324/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 8.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.4 Schließung und Rückbau der städtischen Notunterkunft für Geflüchtete an der Butzweilerhofallee 51, 50829 Köln-Ossendorf - Baubeschluss 0546/2019

Hierzu hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich mache es vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden diesem Beschluss nicht zustimmen, weil wir glauben, dass solche Anlagen nicht zurückgebaut werden können. Insbesondere lehnen wir ihn aus folgendem Grund ab: Die Anlage befindet sich auf einem stadteigenen Grundstück. Wir sehen im Moment einfach nicht den Zwang und die Not, dass hier für einen Investor eine Wohnanlage geräumt wird, die möglicherweise auch weiterverwendet werden kann. Ich nenne nur das studentische Wohnen oder das Leerräumen von Hotels und die Umsiedlung von Migranten in solche Wohnanlagen.

Für uns ist überhaupt nicht erklärbar, dass an anderer Stelle für enormes Geld Wohnungen gebaut werden, aber hier rückgebaut wird. Deshalb können wir dieser Beschlussvorlage keineswegs zustimmen. - Danke sehr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Eine Gegenstimme von Herrn Wortmann und Enthaltungen von der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Errichtung eines Neubaus mit Dreifeldsporthalle für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule am Standort Ossietzkystr., Köln-Longerich hier: Einrichtung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen 1315/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Jahresabschluss 2018; Ergebnisverwendung Wirtschaftsjahr 2018 1494/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2019/20 1241/2019

Wortmeldungen? - Herr Professor Schäfer.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte unser Stimmverhalten zu diesem Punkt deutlich machen und für das Protokoll auch klarstellen, warum wir uns so verhalten, wie wir uns hier verhalten. Wir werden uns nämlich der Stimme enthalten.

Wir werden nicht zustimmen können - aber nicht, weil wir die Arbeit der beiden Bühnen, Schauspiel und Oper, nicht wertschätzen würden. Im Gegenteil! Wir haben uns immer für die Arbeit der Oper und des Schauspiels eingesetzt. Auch die Berücksichtigung des Tanzes und die Erhöhung des Landeszuschusses für die Bühnen sind ein deutlicher Erfolg für die Kulturpolitik. Ich hoffe, dass wir auf genau diesem Weg auch weiter deutliche Schritte nach vorne machen. Heute Mittag ist uns bei der Vorstellung des neuen Programms für 2019/20 von beiden Intendanten noch einmal gezeigt worden, wie erfolgreich und wie positiv die Arbeit ist. Deswegen wollen wir ausdrücklich betonen, dass dies nicht unser Ansatzpunkt unserer kritischen Haltung im Wirtschaftsplan ist.

Wir haben aber Sorge bezüglich der Entwicklung der Sanierungskosten in der mittelfristigen Finanzplanung. Sie schlagen jetzt mit 2,5 Millionen Euro zu Buche. Innerhalb von drei Jahren werden sie sich auf rund 24 Millionen Euro verzehnfachen, und die Steigerung wird weitergehen.

Sie wissen, dass wir damals gegen die jetzige Art des Umbaus waren. Insoweit bleibt uns auch nichts anderes übrig, als uns hier der Stimme zu enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Eine Gegenstimme von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.8 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wirtschaftsjahr 2019/20 1360/2019

Gibt es Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Ich sehe keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln 1330/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.10 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Abwasserbeseitigungskonzept 2020 3993/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.12 Bestellung der Betriebsleitung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln/ Abberufung des bisherigen geschäftsführenden Betriebsleiters 1155/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.14 Bewerbung der Stadt Köln für die Austragung des NRW-Tages 2020 0386/2019

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) AN/0695/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT AN/0748/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/0744/2019

Ich gebe Herrn Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung sucht also verzweifelt nach einem Standort, nach einem Sponsor und nach einem Ausrichter ihrer Festspiele wenige Wochen vor der Kommunalwahl. Ein Schelm, der einen Plan dahinter vermutet!

Grundsätzlich sind wir als Kölnerinnen und Kölner ja gastfreundlich, nehmen jeden herzlich auf und lassen auch gerne mit uns feiern. Warum wir aber eine Nabelschau der Landesregierung mit Mitteln aus dem Kölner Haushalt, die uns doch an allen Ecken und Enden fehlen, finanzieren sollen, erschließt sich uns nicht. Deswegen können wir ein solches Vorhaben nur ablehnen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Interessanterweise kamen auch die Kollegen oder zumindest einzelne Kollegen der Grünen zu einem ähnlichen Ergebnis. Ich zitiere aus dem *Kölner Stadt-Anzeiger* den Kollegen Jörg Frank:

„Es ist vielleicht kein Zufall, dass die Landesregierung im Kommunalwahljahr 2020 an Köln denkt“, sagt der finanzpolitische Fraktionssprecher der Grünen, Jörg Frank, dem *„Kölner Stadt-Anzeiger“*. Der NRW-Tag sei „eine Selbstdarstellung des Landes und liegt somit in Verantwortung der Landesregierung“. Zwar beteilige sich das Land mit bis zu 300 000 Euro an den Ausgaben. Es sei jedoch nicht nachvollziehbar, dass die Stadt Köln rund 800 000 Euro und somit mehr als 60 Prozent der Kosten aufbringen soll. „Diese Haushaltsmittel“, so Frank, „könnten für wichtigere städtische Aufgaben verwendet werden, statt für ein Fest, das Köln angesichts seiner Vielfalt an Kultur-, Sport- und Unterhaltungs-Events eigentlich nicht braucht.“

Dem ist aus meiner Sicht eigentlich nichts hinzuzufügen. Es unterstützt meine These, dass man diesem Vorhaben hier nicht zustimmen kann.

Wer aber gemeint hat, die Grünen seien an dieser Stelle klar aufgestellt und konsistent, sieht sich dann mit dem heutigen Änderungsantrag konfrontiert. Darin stehen ein bisschen Vielfalt, ein bisschen Mobilität und ein bisschen Nachhaltigkeit, und schon kann man sich einem solchen Ansinnen nähern. Man ist sogar bereit - auch

das steht klar darin -, am Ende Geld aus dem Stadtsäckel, das wir an anderen Stellen dringend brauchen, dafür zu verwenden und einzusetzen. Das nenne ich Umfallen auf offener Bühne.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN -
Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Damit es besonders absurd wird, kommt dann noch der dritte Player aus dem Jamaika- oder Reker-Bündnis mit einem weiteren Änderungsantrag dazu und versucht, die Mobilität wieder herauszuschmeißen und zu sagen, Vorfahrt für Autos sei doch schon immer gut gewesen; also freie Fahrt für freie Bürger auch in der Kölner Innenstadt an jedem Tag. Das bezeichne ich einmal als Jamaika-Chaostage.

Alles in allem können wir an dieser Stelle doch nur zu folgendem Ergebnis kommen: Wir feiern gerne mit allen hier in Köln. Wir laden ja auch auf städtische Kosten ganz viele Menschen jedes Jahr zum Karneval hierhin ein. Da darf auch die Landesregierung mitfeiern. Wir zahlen das gerne auch aus unserem Stadtsäckel. Wer allerdings ein eigenes Fest hier feiern möchte, ist natürlich herzlich eingeladen, dies in Köln auf unserem Grund und Boden zu tun; er darf aber auch das Geld dafür mitbringen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Insofern heißen wir die Landesregierung herzlich willkommen. Wir können uns dem Antrag von Herrn Wortmann, der ja Ähnliches vorschlägt, deswegen grundsätzlich auch nähern. Wir würden uns durchaus freuen, wenn die Landesregierung hier feiern würde - vielleicht nicht kurz vor der Kommunalwahl, aber es gibt ja noch andere Termine, und dann auf eigene Kosten. Da sind wir dabei und feiern gerne zusammen.

In diesem Sinne lehnen wir die Vorlage sowie die Änderungsanträge der eben genannten Parteien, die in irgendeiner Weise eine Mitfinanzierung durch die Stadt Köln vorsehen, ab und wünschen uns ansonsten eine weiterhin feierfreudige Kommune in Köln. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der NRW-Tag wird hier ein wenig so dargestellt, als ob das eine Riesenbelastung sei. De facto ist es aber eine Riesenchance. Das ist die Chance, dass die Stadt Köln sich hier in NRW, aber auch darüber hinaus entsprechend positiv positionieren kann. Denn dabei steht nicht die Selbstdarstellung der Landesregierung im Vordergrund, sondern die Präsentation einer Stadt. Wer sich die NRW-Tage in den letzten Jahren angeschaut hat, hat das gesehen.

Diese Veranstaltung ist auch keine Erfindung der aktuellen Landesregierung. Es gibt sie schon länger. Der NRW-Tag findet alle zwei Jahre statt. 2018 war er in Essen. Wer ihn dort miterlebt hat, weiß, dass das für die Stadt Essen wirklich eine super Angelegenheit gewesen ist.

Er findet nun einmal im August statt. Damit komme ich auch auf den Termin zu sprechen. Der Termin ist ja nicht willkürlich festgelegt worden, sondern richtet sich nach dem Jahrestag der Gründung unseres schönen Bundeslandes. Das kann man auch nachlesen. Deshalb findet er nun einmal im August statt, weil unser Bundesland da gegründet worden ist.

Dass er im August stattfindet, passt de facto auch wunderbar in den Zusammenhang. Denn das ist die Zeit der gamescom, und wir haben hier dann auch andere Themen. Deshalb ist das eine wirklich gute Sache.

Jetzt kann man entweder das Standardkonzept nehmen oder es in Köln - deshalb waren wir hier auch sehr offen für weitere Ergänzungs- und Änderungsanträge - mit bestimmten anderen Programmen, die wir ohnehin vorgesehen haben, super ergänzen.

Wie gesagt, haben wir dann die Zeit der gamescom. Auch deshalb wird unsere Stadt voll sein. Einen vernünftigen Mobilitätsmix sicherzustellen, ist etwas, mit dem wir uns als moderne Großstadtpartei, als CDU, absolut anfreunden können. Ich glaube, dass wir die Zuschauermengen nicht alleine mit dem Auto transportiert bekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP,

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Gar nicht mit dem Auto!)

sondern hier in bewährter Manier unseren Mobilitätsmix und insbesondere auch die Vorkehrungen bei Großveranstaltungen umsetzen sollten. Zu Karneval kommen die Leute ja auch nicht mit dem Auto in die Stadt hineingefahren, sondern

auch da werden die vielfältigen Angebote, die wir in der Region haben, zur Verfügung gestellt.

Meines Erachtens sollte man das Ganze nicht grundsätzlich als Bedrohung oder als Risiko sehen. Denn es ist wieder einmal eine wunderbare Gelegenheit, unsere Stadt zu positionieren und zu präsentieren. Das dient nicht nur unseren eigenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, sondern ist auch ein guter Werbeträger für unsere Stadt in Nordrhein-Westfalen und in der Welt. Diese Chance sollten wir nicht verstreichen lassen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um Zustimmung sowohl zu dem Änderungsantrag als auch zu der dann geänderten Verwaltungsvorlage in Gänze. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Joisten, ich glaube, wenn Hannelore Kraft gekommen wäre, hätten ihr heute schon den Partyservice bestellt.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben es insofern einmal davon unabhängig betrachtet.

Als vor einigen Wochen die Vorlage auf den Tisch kam, haben wir das in der Grünenfraktion in der Tat sehr skeptisch diskutiert und betrachtet. Warum? Noch ein Dreitagesfest mit bis zu 800 000 Personen in der Innenstadt bedeutet noch einmal eine Belastung der Anwohner und Anwohnerinnen. Da haben wir schon Nachfragen gestellt. Als dann klar wurde, dass das Innenstadtkonzept bzw. das Vergabekonzept nicht angetastet wird, haben wir aber gesagt: Ja, dann schauen wir uns einmal an, was da möglich ist und wie es aussehen könnte.

Das erste Konzept, das vorgelegt wurde, wurde von der BV Innenstadt fast einstimmig - bis auf die FDP-Kollegen - abgelehnt. Diese Ablehnung erfolgte auch zu Recht. Denn diese erste Version enthielt viel Altbewährtes, also viele alte Formate, während neue Dinge, die auch eine Chance bieten, NRW und Köln darzustellen, darin gänzlich fehlten.

Seitens der Verwaltung kamen schon gute Signale, dass einzelne Bausteine weiterentwickelt und fortentwickelt werden. Unser Änderungsantrag soll Ziel und Richtung vorgeben, was da noch geändert werden muss.

Erstens. Köln ist eine Diversity-Stadt und zeigt dies auch beim NRW-Tag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Alle Gruppen und alle Initiativen sind eingeladen, sich aktiv zu beteiligen und mitzugestalten.

Zweitens. Der NRW-Tag 2020 in einer urbanen Stadt wie Köln muss auch moderne Verkehrskonzepte transportieren. Ergo muss dieser NRW-Tag in der Innenstadt autofrei sein. Ein autofreies Wochenende ist also ein weiterer wichtiger Punkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damit kombiniert ist zu prüfen, ob der fahrerlose Tag dort auch stattfinden kann.

Drittens. Für ein solches Wochenende ist viel zu organisieren und viel zu beschaffen. Was da zu tun ist, weiß man von den Weihnachtsmärkten, die natürlich länger dauern, ja zu Genüge. Auch hier sollen die Kriterien der Nachhaltigkeit gelten. Das heißt, dass die Gastronomie bei Beschaffungen die Kriterien des Fair Trade, der Müllvermeidung und des Einkaufs von regionalen Produkten einhalten soll. Das ist ebenfalls ein wichtiger Bestandteil eines NRW-Tages.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Rahmen dieses Konzeptes - offen für alle, autofrei, Fair-Trade-Produkte - ist es möglich, dass dieser NRW-Tag 2020 ein guter Tag für Köln wird. Darum bitte ich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch eine Nachfrage von Herrn Joisten.

Christian Joisten (SPD): Vielen Dank, Herr Richter, für Ihre Ausführungen und die Darstellung Ihres Änderungsantrags. Ich würde nur gerne wissen, was denn die finanzielle Dimension in Ihrem Änderungsantrag bedeutet. Weniger als in der Vorlage wären ja auch 790 000 Euro. Gibt es irgendein Limit? Der Rat würde heute mit diesem

Beschluss ja den Auftrag erteilen, sich zu bewerben. Wir bekommen das vorher nicht noch einmal zurück. Dementsprechend müsste man eigentlich auch über Kosten reden, die damit verbunden sind.

Insofern wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie hier Ihre Vorstellungen noch einmal kundtun würden. - Danke.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank für die Nachfrage, Herr Kollege. Das habe ich in meiner Rede vergessen. Im Antrag steht in der Tat, dass über die Kostenverteilung noch einmal nachverhandelt wird. Denn es kann nicht sein, dass NRW bestellt und wir mit 800 000 Euro zwei Drittel der Kosten übernehmen. Das geht nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht aber auch nicht, dass wir, wie Herr Kollege Wortmann möchte, gar nichts bezahlen, weil wir als Stadt Köln natürlich auch Vorteile von diesem Tag haben und mit daran partizipieren. Das heißt: Es sollte unter 800 000 Euro liegen.

(Christian Joisten [SPD]: Was heißt das?)

Ich will hier aber nicht dem vorgreifen, was die Fachmänner und Fachfrauen dort mit dem Land NRW verhandeln. Aber dieser Kostenansatz muss reduziert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Christian Joisten [SPD]: Aber in welcher Dimension? - Gegenruf von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Eine Frage, eine Antwort!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Der NRW-Tag soll im August 2020 in der Kölner Innenstadt stattfinden. Es ist schon bezeichnend, dass die übergroße Mehrheit der Bezirksvertretung Innenstadt diese Vorlage abgelehnt hat. Bezeichnend ist auch die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses. Das ist ein Zweizeiler, in dem lediglich steht, man habe die Vorlage „zur Kenntnis genommen“. Punkt, aus, vorbei!

Die Landesregierung bestellt eine Feier bei der Kölner Stadtverwaltung. Und was macht die Kölner Stadtverwaltung? Sie schlägt die Hacken zusammen und sagt: Jawohl!

(Zuruf)

- Doch, sie schlägt die Hacken zusammen. Ich bleibe bei diesem Begriff. Das kann man gut sehen.

Wer im Leben steht, weiß, dass man dann, wenn man eine Feier bestellt, sie auch bezahlen muss. In der Geschichte der Stadt Köln war es immer so, dass die Kardinäle und der Adel stets versucht haben, dem Bürgertum gewisse Festivitäten zu übertragen. Sehr oft hat die Stadt Köln gesagt: Nein, das machen wir nicht. - Das ist die Geschichte der Stadt Köln.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

An diese Tradition hält sich die Stadtverwaltung leider nicht. Hier geht es nämlich um eine konkrete Auseinandersetzung mit dem Konnexitätsprinzip. Wer bestellt, der muss auch zahlen. Meine Damen und Herren, wie oft hat der Kölner Rat schon gesagt: „Das Land hält das Konnexitätsprinzip nicht ein; wir fordern das und das und das“? Und was findet jetzt statt? Das Land bestellt, und wir zahlen.

Ich ärgere mich sehr darüber, dass das Konnexitätsprinzip von uns aufgegeben wird, meine Damen und Herren. Es gibt wichtige Auseinandersetzungen, die wir führen, zum Beispiel zu den Kosten der Unterbringung der Flüchtlinge. Das kostet uns pro Flüchtling im Jahr 19 000 Euro. Wir erhalten vom Land 11 000 Euro. Man will jetzt so freundlich sein und uns eventuell 16 000 Euro geben. Da sagen wir: Wir wollen eine Spitzabrechnung.

Deswegen sind wir dafür, dass in diesem Fall, in dem das Land eine Feier hier in Köln durchführt, auch eine solche Spitzabrechnung erfolgt und das Land die Kosten trägt. Wir hätten in diesem Fall auch Kosten, und zwar durch das Ordnungsamt oder was auch immer. Dann soll das Land, bitte schön, diese Kosten zahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wäre doch eine super interessante Auseinandersetzung gewesen. Man hätte diese Diskussion einmal bei diesem sehr populären Anlass führen können. Aber was macht die Verwaltung? Sie führt diese Auseinandersetzung nicht.

Und was machen die Grünen? Fällt den Grünen nichts anderes ein, ziehen sie den Öko ein.

(Zurufe: Oh!)

Das ist mein Spruch dazu - abgeleitet von den Schriftsetzern. Dort heißt es nämlich: Fällt dem Schriftsetzer nichts anderes ein, zieht er einen Kasten ein. - Das ist meine Übersetzung dessen, was Sie machen.

Meine Damen und Herren, mit 800 000 Euro könnten wir viele soziale, kulturelle und ökologische Projekte finanzieren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Zweites Argument: Diese Feier findet mitten im Kommunalwahlkampf statt. Wo bleiben die Unabhängigkeit und vielleicht auch ein bisschen Bescheidenheit? Es gibt Wahlkampfauftritte der Oberbürgermeisterin und der Oberbürgermeisterkandidatin des Jamaika-Bündnisses oder vielleicht nur der Grünen; das wird sich zeigen. Ist das eine gute Planung? Meine Damen und Herren, Sie planen eine Feier. Das ist ein Heimspiel. Da kann man Punkte machen. Das wollen wir nicht. Deswegen ist das meine zweite Kritik. Daher werden wir mit Nein stimmen.

Meine Damen und Herren von den Grünen, wenn ich mir Ihren Antrag anschau, muss ich wirklich schmunzeln. Wie wollen Sie eine so große Feier müllfrei durchführen? Das ist doch ein bisschen gaga, oder?

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Wie wollen Sie eine solche Feier klimaneutral durchführen? Das ist doch bekloppt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie wollen Sie das klimaneutral machen, wenn Leute aus NRW nach Köln anreisen? Das ist doch wirklich absurd.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ihr Bündnispartner will noch die Sonntagsöffnung haben. Das kumuliert. Ich muss wirklich sagen: So etwas Einfallsloses verstehe ich nicht.

Die Stadt Essen hat letztes Jahr die Feier gehabt. Dort waren sie ganz pffiffig. Sie haben das der Messe übertragen. Wir haben ja auch eine Messe. Das wäre doch ein schlauer Gedanke gewesen, um das Konnexitätsproblem zu lösen. Das haben Sie nicht gemacht.

Aber wir werden ja eine Anfrage stellen, wie klimaneutral das Ganze war und wie viel Müll die AWB - hoffentlich profitiert wenigstens die AWB davon - einsammeln musste. - Danke schön und viel Spaß!

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat jetzt das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, ja, da haben Sie recht. Ich hatte mich mit den Aspekten „klimaneutral“ und „überhaupt kein Müll“ gar nicht weiter befasst, weil das überhaupt nicht geht. Da haben Sie vollkommen recht. Das kann ich nur bestätigen.

(Beifall bei der FDP)

Ich wundere mich übrigens auch darüber, dass die Fachpolitiker im Umweltbereich nicht einmal in dieser Form draufgeschaut haben. Das ist doch das ABC, das man eigentlich kennen sollte.

Frau Oberbürgermeisterin, wie auch schon in der Bezirksvertretung Innenstadt - das wurde hier bereits erwähnt - steht die FDP-Fraktion zu Ihrer Verwaltungsvorlage. Am liebsten hätten wir sie genau so, wie Sie sie eingebracht haben, abstimmen lassen. Wir hätten dafür gestimmt. Das möchte ich hier einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann auch die Argumentation der SPD und die Argumentation mit dem Konnexitätsprinzip nicht verstehen. Denn die Bedingungen, die für die Bewerbung gelten, sind nicht von dieser Landesregierung speziell für die Stadt Köln festgelegt worden. Vielmehr gab es sie schon bei den anderen NRW-Tagen. Die Aufteilung der Kosten erfolgte immer hälftig.

Die Verwaltung hat sich etwas Besonderes überlegt, was dann auch mehr kostet. Das steht in der Verwaltungsvorlage auch drin. Dann muss man verhandeln, ob die Landesregierung bzw. das Land es in dieser Form auch übernimmt. Als Verwaltung wollten Sie aber doch erst einmal zeigen, welche Ideen Sie für diese Stadt haben. Sie haben sie auch eingepreist. Da waren Sie ehrlich.

Jetzt wird der Verwaltung vorgeworfen, dass sie Ideen hat und auch Preise dafür aufführt. Dass

das falsch sein soll, kann ich nicht nachvollziehen. Ich kann verstehen, dass in dem Antrag von Schwarz-Grün noch einmal deutlich gemacht worden ist, man müsse bei den Preisen aufpassen, ob das wirklich alles zu verwirklichen sei. Das kann man in dieser Form dort einbringen. Aber die Verwaltungsvorlage hat uns nur aufgezeigt, was möglich ist. So ehrlich sollte man sein.

Verehrte SPD, ich bin mir hundertprozentig sicher: Wenn es eine andere Mehrheit gäbe und Frau Kraft Ministerpräsidentin wäre, hätten Sie das hier für Köln sicherlich ganz toll bejubelt.

(Beifall bei der FDP)

Das ist jetzt eine Scheinheiligkeit, die wir nicht nachvollziehen können. Die Bürgerinnen und Bürger werden das auch merken.

Einen Punkt gibt es hier, der von Herrn Joisten auch offen angesprochen worden ist. Herr Joisten, wir können den Änderungsantrag von Schwarz-Grün in der Tat nicht mittragen, wie Sie gesehen haben. Wir haben einen anderen Antrag gestellt.

Darin geht es erstens um die Aufnahme der verkaufsoffenen Sonntage. Diese Idee gab es bei anderen NRW-Tagen schon. Das haben wir nicht erfunden. Wir haben es nur noch einmal eingebracht, um es zur Diskussion zu stellen. Dafür wird es keine Mehrheit geben, Herr Joisten. Das haben Sie schon gehört.

Zweitens halten wir es nicht für möglich, das Ganze mit einem autofreien Wochenende zu verbinden. Wenn wir Leute von außerhalb hierher einladen, können wir ihnen nicht sagen, sie dürften nicht mit dem Auto kommen. Dafür sollte man andere Tage nehmen. Hier funktioniert das in dieser Form nicht.

Frau Oberbürgermeisterin, ich möchte in diesem Zusammenhang auch deutlich sagen: Wir können nicht verstehen, dass gerade auch Herr Petelkau als SPD-Chef und -Fraktionsvorsitzender hier in Köln den Mitarbeitern - -

(Bernd Petelkau [CDU]: SPD-Chef? -
Zurufe von der SPD: Um Gottes willen! -
Heiterkeit)

- Entschuldigung; nicht SPD, sondern CDU. Um Gottes willen! Verehrter Herr Petelkau, das wollte ich Ihnen jetzt nicht antun. Aber meine Kritik möchte ich vortragen.

Wir haben uns alle hinter die Ford-Mitarbeiter gestellt. Wir haben alle gesagt: Wir müssen et-

was tun für Ford, für den Standort Köln, für den Fiesta hier. - Was für eine Botschaft geben wir denn nach außen, wenn wir sagen, dass es zum NRW-Tag ein autofreies Wochenende geben soll? Wie sollen sich da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ford und ihre Familien fühlen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP)

Sie dürfen mit einem Fiesta noch nicht einmal nach Köln hineinfahren. Denn in Ihrem Antrag steht auch, dass die An- und Abreise autofrei erfolgen soll.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir haben bis dahin Dieselfahrverbote!
Dann ist das eh gestorben!)

Ich kann nicht verstehen, wie nach Ihrem Antrag die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Ford ist übrigens der größte Arbeitgeber hier - mit frohem Herzen feiern sollen. Ich glaube nicht, dass sie das dann können.

Noch einmal zurück zur Sonntagsöffnung: Wir wollen auch ein Zeichen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kaufhof setzen. Sie sehen ja genau, wie der Einzelhandel hier gebeutelt ist. Andere tragen Sonntagsreden vor. Wir wollen unsere Solidarität hier praktisch zeigen. Ich glaube, es täte gerade auch dem Standort des Einzelhandels gut, wenn wir hier ein Zeichen setzen würden.

(Beifall bei der FDP)

Darum können wir diese in dem Antrag enthaltenen Botschaften nicht mittragen. Wir werden diesen Antrag deshalb auch ablehnen und möchten diese Botschaft insbesondere auch den Ford-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern herüberbringen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich musste zwischendurch schon lachen. Manchmal war ich ein bisschen entsetzt und habe mir gedacht, was für Kleingeister oder Kniesköpfe hier doch zum Teil auch im Rat unterwegs sind. Aber dazu später mehr.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das ist aber sehr grenzwertig!)

- Das werde ich gleich auch gerne erklären.

Uns ist klar, dass das in der Beschlussvorlage genannte Konzept nur ein grobes Konzept war - das steht, glaube ich, auch so darin -, das noch Platz für neue Ideen lässt. Mit unserem Antrag wollen wir diesen Raum für neue Ideen füllen.

Wir glauben auch, dass sämtliche Änderungsvorschläge, die Sie darin finden, durch Ratsbeschlüsse gedeckt sind. Wir haben uns der Nachhaltigkeitsresolution der UN angeschlossen. Wir sind ausgezeichnete Fair-Trade-Stadt. Die Oberbürgermeisterin wünscht sich zwei autofreie Tage im Jahr. Wir sind auf dem Weg dahin. All dies ist durch Beschlüsse des Rates gedeckt. Eine einzige Ausnahme gibt es vielleicht. Wir haben nämlich noch kein Zero-Waste-Konzept abgestimmt oder beschlossen. Aber auch das ist Teil der Nachhaltigkeitsstrategie unserer Stadt.

Drei wesentliche Punkte sind in unserem Antrag genannt.

Wir wollen Vielfalt. Das ist für jeden von uns selbstverständlich. Alle sollen sich beteiligen. Wir wollen aber auch im inhaltlichen Konzept und im Programm der Veranstaltungen klarstellen, dass kein konventionelles Fest stattfindet. Denn wir wollen ein Fest haben, das auch die gesamte Vielfalt dieser Stadt darstellt, speziell in der Kultur. Da schließen wir die Avantgarde genauso ein wie die Subkultur. Auch die sollen sich an diesem Tag präsentieren können.

Wir wollen - es wurde genannt - Mobilität in dieser Stadt anders darstellen. Wir wollen eine autofreie Innenstadt, kombiniert mit einem fahrscheinlosen Tag. Auch das ist übrigens Beschlusslage der Stadt Köln. Wir halten es für eine hervorragende Idee, Mobilität an diesem Tag fahrscheinlos zu gestalten.

Wir wollen, dass dieser Tag nachhaltig wird, dass er fair wird, dass er klimaneutral wird und dass er den 17 sogenannten SDGs, den Nachhaltigkeitszielen, folgt. Auch das ist alles Beschlusslage und wäre ein Aushängeschild für Köln.

Ein Beispiel dafür wurde hier gerade der Lächerlichkeit preisgegeben - auch von den LINKEN und der SPD, was ich interessant finde, und zuletzt von Herrn Breite. Zu der These, es sei nicht möglich, eine solche Veranstaltung klimaneutral zu gestalten oder ohne Müllaufkommen durchzuführen, möchte ich nur zwei Dinge sagen.

Erstens. Bei der EnergieAgentur NRW können Sie sich eine mehrseitige Broschüre als PDF herunterladen. Darin steht, wie man auch solche Großveranstaltungen klimaneutral gestaltet. Das ist alles konzeptionell schon längst erarbeitet. Die Broschüre enthält übrigens ein Grußwort des ehemaligen Ministers Remmel.

Zweitens. Ja, wir wollen als Ziel festlegen, dass diese Veranstaltung müllfrei durchgeführt wird. Ich glaube, es waren die BUNTen, die im Umweltausschuss eine Anfrage gestellt haben, wie die Verwaltung damit umgeht. Die Verwaltung schreibt, dass sie es bei vielen von ihr durchgeführten Veranstaltungen bereits so praktiziert. Deswegen sehen wir darin eigentlich kein Problem.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT)

Nun komme ich zur Finanzierung. Hier wurde gesagt: Wer bestellt, bezahlt. - Rein formal ist es aber anders. Das Land bestellt diese Feier gar nicht bei uns. Vielmehr werden wir uns darum bewerben, diesen Tag auszurichten. Insofern gilt der Spruch: Jeder Gast, und ist er noch so schlecht, wird geehrt, es ist sein Recht.

(Heiterkeit und Beifall bei der Ratsgruppe GUT und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun mag man von der aktuellen Landesregierung halten, was man will. Wir als Kölner stehen aber zu der Gastfreundschaft. Im Übrigen laden wir ja nicht nur die Landesregierung ein. Vielmehr laden wir alle Menschen aus den ganzen anderen Städte und Kommunen in NRW ein, hier nach Köln zu kommen. Wir laden sie gerne ein. Wenn uns das Geld kostet, dann wird es uns eben Geld kosten. Aber wir geben dieses Geld für diesen Zweck - wohlgerne unter diesen Gegebenheiten - gerne aus und präsentieren uns hier als eine Stadt, die Beschlüssen zu Nachhaltigkeit auch Taten folgen lässt, also nicht nur Worte macht, sondern auch wirklich zeigt, dass es geht.

Das ist unser Ziel der Veranstaltung. Auch der Stabsstelle Events ist bewusst, dass wir diesen Tag so durchführen wollen. Wir wollen natürlich nicht, dass sie sagen: Wir haben es doch wieder normal gemacht; denn anders ging es nicht. - Nein, das ist die Vorgabe. Der Tag soll so aussehen. Wir entscheiden uns also für das gastfreundliche Köln und wollen dies auch zeigen.

Die genannten 800 000 Euro sind, wie gesagt, ein Deckel, der reduziert werden soll. Selbstver-

ständig soll da nachverhandelt werden. Aber wir sind auch optimistisch, dass dies gelingt. Wenn das Geld nicht ausreicht - unser Tag wird mit diesen Kriterien natürlich etwas teurer; das ist uns schon klar; Müll wegschmeißen etc. ist heute leider immer noch billiger -, dann muss das Programm eben abgespeckt werden. Aber dafür haben wir dann Klasse statt Masse.

Die Erfahrungen, die Köln mit den Tagen des guten Lebens gemacht hat, machen uns hoffnungsvoll, dass auch ein derartiges großes Event mit mehreren Hunderttausend Besuchern in Köln gelingen kann.

Ein Letztes: Köln ist übrigens Teil von Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe: Ach!)

- Ja. Das ist offenbar nicht allen bewusst. - Ich weiß nicht, ob man mit Westfalen tatsächlich feiern kann.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann man!)

Das müsste man dann einmal ausprobieren.

Aber wir sind gerne dabei. Wir laden gerne NRW dazu ein. Wir feiern auch gerne diesen Jahrestag.

Wir möchten auch darauf hinweisen - das wurde hier noch gar nicht erwähnt -, dass laut Konzept der Stadt auch andere Kommunen eingeladen sind, sich bei uns zu präsentieren. Wir glauben wirklich, dass es viele kleinere Kommunen gibt, die sich auf diesen Tag freuen, also irgendwelche Schulchöre etc., die in anderen Städten unterwegs sind und sich auf diesen Tag vorbereiten. Diese wollen wir hier willkommen heißen und zeigen, dass Köln nicht nur anders kann, sondern es auch tatsächlich macht. - Vielen Dank. Wir freuen uns auf den NRW-Tag.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, es gibt Tausende von Menschen, die das nicht zur Kenntnis nehmen und immer singen: Das schönste Land der Welt ist Kölle.

Aber ich bitte Sie, etwas respektvoller mit Ihren Kollegen umzugehen. Das tut uns, glaube ich, allen gut. - Vielen Dank.

Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gar nicht gewusst, dass das so ein Riesending ist. Ich freue mich über diese fast ausufernden Diskussionen. Eigentlich hatte ich meine Anfrage bereits gestern im Finanzausschuss gestellt, weil ich dachte, da könnten wir das schon ein bisschen vorentscheiden. Aber nein, jetzt sind wir im Rat.

Ich greife einmal deine Anmerkung auf, Thor. Wir können ja auch einmal großräumig denken. Vielleicht schaffen wir die Voraussetzungen und sind dann bereit, 2026 den 80. Geburtstag hier in Köln zu feiern. Das wäre ja eine Sache. Dann können wir hier alles so beschließen, und dann ist eitel Freude und Sonnenschein. So weit sind doch gar nicht auseinander - bis auf die Finanzierung.

Köln kann feiern - das wissen wir -, im Guten wie manchmal auch im Schlechten. Deshalb sagen wir grundsätzlich Ja zu dem NRW-Tag. Wie gesagt, muss die Zeche aber schon das Land zahlen. Die Kosten sollen sich auf - erst einmal vage dahingestellte - 1,35 Millionen Euro belaufen. Dagegen sollen ungefähr 530 000 Euro Einnahmen stehen. Das sind für mich Zahlen, die sehr dünn sind und denen ich auch gar nicht trauen will.

Aber lassen Sie mich gar nicht erst über die Zahlen reden. „Zu Selbstkosten“ ist für mich überhaupt keine Option. Denn wir haben einen latent angespannten Haushalt, wir haben auch personelle Engpässe, und wir haben hohe Sicherheitsanforderungen. Wegen der wenig erfreulichen Steuerschätzungen allgemein und insbesondere für den Standort Köln sollten wir jeden Euro herumdrehen. Deshalb ist dieser NRW-Tag für Köln nächstes Jahr keine Option.

Lassen Sie mich das Ganze noch etwas realistischer betrachten. Seit der Auslobung des Termins - das ist eben schon erwähnt worden; sie ist 2013 erfolgt; damals sind mehrere Termine ausgelobt worden - hat sich bis heute niemand gemeldet. Dann hat das Land uns angeboten, diesen NRW-Tag durchzuführen.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen beim Lesen dieser Vorlage gegangen ist. Ich jedenfalls habe schon deutlich zündendere Texte gelesen. Abgerundet wird das auch durch dieses doch sehr schmale Statement der Rechnungsprüfer, die das einfach zur Kenntnis nehmen.

Daher bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag und um die grundsätzliche Überlegung, diesen NRW-Tag zu einem späteren Zeitpunkt, wenn wir dann auch einen konsolidierten Haushalt haben, noch einmal in die Diskussion zu bringen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Bezirksbürgermeister Hupke das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stehe hier, um den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zu vertreten und auch ein bisschen zu erklären. Meines Wissens ist er einstimmig gefasst worden. Wir hatten da auch eine sehr lange Tagesordnung. Sie war sehr intensiv und enthielt auch einige Brocken. Das eine oder andere BV-Mitglied hat dann gesagt: Ich glaube, da war ich ein bisschen überlastet.

Aber zu dem Punkt selbst: Das war eine spannende Diskussion. Natürlich muss man auch sagen, dass man die Feste feiern soll, wie sie fallen. Eben wurde auch schon daran erinnert, dass es in Köln ja so schön heißt: Wer die Musik bestellt, der soll sie auch bezahlen. - Aber der Vertreter der Verwaltung hat uns da sehr versiert sachlich dargelegt, dass die Landesregierung gesagt hat: Ihr kriegt 450 000 Euro - wenn ich das noch richtig im Kopf habe -; dafür könnt ihr es machen. Wenn ihr es für 450 000 Euro macht, dann ist das okay. - Dann ist auch die Summe genannt worden, die jetzt hier durch den Raum schwebt. Diesen Betrag soll die Stadt Köln dazutun.

Das war bei uns auch ein Kritikpunkt, aber nicht der Hauptkritikpunkt. Wir aus der Innenstadt - und damit will ich es auch einmal auf den Punkt bringen; ich weiß gar nicht, ob wir dann noch eine Unterbrechung gemacht haben; das ist jetzt aber auch egal - haben gesagt: Es reicht. Es reicht wirklich.

Wenn immer von unserem schönen Köln gesprochen wird - das hat man ja auch heute hier gehört -, muss man auch einmal Folgendes zur Kenntnis geben: Unser Gebiet umfasst inklusive Deutz 25 Quadratkilometer von 405 Quadratkilometern der Stadt Köln. Auf diesen 25 Quadratkilometern spielt sich, würde ich einmal aus dem Bauch heraus sagen, 95 Prozent von allem ab. Ich kann Ihnen nur den guten Rat geben, auf das zu achten, was bei uns ankommt. Wir sind ja nun

die Seismografen. Es gibt viele Initiativen, Bürgergemeinschaften usw., die dann sagen: Wir haben die Nase voll.

Und jedes Event rockt die Innenstadt herunter. Das ist einfach so. Hier geistert ja auch die Zahl herum, dass 750 000 Menschen an diesem Tag nach Köln kämen. Das ist keine kleine Nummer.

Lassen Sie uns das in Zukunft wirklich diskutieren, damit in der Innenstadt dieses freundliche und weltoffene Klima - klar; wir sind auch Nordrhein-Westfalen; das ist unser Heimatland - nicht kippt. Das muss auch bedacht werden.

Wir werden das auch einfordern und natürlich kommunizieren, dass nach solchen Brocken, die noch zusätzlich kommen, für die Innenstadt dann auch mehr an Pflege gemacht werden muss. Sonst klappt das in der Zukunft so nicht mehr. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Zimmermann zu? Er hatte sich noch einmal gemeldet.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Ja, gerne.

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT]: Keine Zwischenfrage!)

- Okay. - Einen Satz will ich noch sagen. Das ist jetzt aber meine persönliche Meinung. Damit will ich auch nicht einem anderen die Argumente bezüglich der zusätzlichen Kosten wegnehmen, die sich auf, ich sage einmal, 500 000 oder 600 000 Euro belaufen. Da kann ich nur festhalten - und das bedeutet nicht, dass ich jetzt von dem zurücktrete, was ich gerade gesagt habe -: Das kommt auf dem Wege der Umwegrentabilität wieder herein. Da ist es bei Kultur genauso wie bei Sport. Das war bei uns dann auch das Limit. Das kommt ganz klar herein.

Es geht aber - das sage ich jetzt noch einmal - um den Druck, der hier auf den Leuten lastet. Überlegen Sie sich das für die Zukunft noch einmal gut. 25 Quadratkilometer von 405 Quadratkilometern! - Vielen Dank.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann möchte eine persönliche Erklärung abgeben.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen! Ich will mich nur ganz kurz formal, aber auch von Herzen für das Wort „kleingeistig“ entschuldigen. Ich glaube, das war es - ich habe das nicht richtig mitgeschnitten -, was zur Empörung geführt hat. Dafür, dass ich diesen Begriff verwandt habe, möchte ich mich in aller Form entschuldigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich war nur erschrocken darüber, wie auf die Worte „autofrei“ und „Müllvermeidung“ hier im Saal reagiert wurde. Das hat mich zu einer falschen Wortwahl gebracht. Dafür bitte ich um Verzeihung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich folgendermaßen - - Herr Joisten, machen wir jetzt eine zweite Runde? Nehmen Sie die Entschuldigung an?

Christian Joisten (SPD): Ich nehme die Entschuldigung von Herrn Zimmermann natürlich gerne an, auch im Namen der SPD-Fraktion.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist schön.

Christian Joisten (SPD): Ich möchte aber zu diesem Tagesordnungspunkt geheime Abstimmung beantragen. - Danke.

(Zurufe: Oh!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, sagen Sie bitte auch noch, über welchen Antrag Sie geheim abstimmen möchten?

Christian Joisten (SPD): Ich gehe ja davon aus, dass die Sitzungsleitung zunächst einmal über den Änderungsantrag von Schwarz-Grün abstimmen lässt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein. Dann würde ich Ihnen jetzt einmal vortragen, was ich - -

Christian Joisten (SPD): Dann machen Sie einmal Ihren Vorschlag, und ich sage Ihnen dann - - Ansonsten beantrage ich für jeden Antrag geheime Abstimmung. Aber das wollen wir ja nicht. Wir wollen das doch schön der Reihe nach machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich hatte Folgendes vor: Ich wollte zunächst über den Antrag von Herrn Wortmann abstimmen lassen, dann über den Änderungsantrag der FDP und dann über den Ersetzungsantrag von CDU, Grünen und GUT - in dieser Reihenfolge.

Christian Joisten (SPD): Auch wenn sich der FDP-Antrag erst auf den Antrag von CDU und Grünen bezieht? Macht das Sinn?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir fanden alle, dass das Sinn macht, ja. Sonst würde ich es nicht vorschlagen.

Christian Joisten (SPD): Dann beantrage ich die geheime Abstimmung über den zuletzt genannten Antrag von CDU und Grünen, der dann zur Abstimmung steht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Meine Damen und Herren, dann lasse ich zunächst über die beiden erstgenannten Anträge abstimmen. Danach kommen wir zu dem dritten Antrag.

Wir beginnen mit dem Antrag von Herrn Wortmann. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT, die AfD und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Damit ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen der AfD. Damit ist er abgelehnt.

(Unruhe)

- Was gibt es jetzt? Alles gut?

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir ärgern uns, aber sonst ist alles gut!)

- Ja, das kann hier passieren.

Ich rufe dann den Antrag von CDU, Grünen und GUT auf. Die SPD-Fraktion hat geheime Abstimmung über diesen Änderungsantrag beantragt.

Nach § 23 Abs. 2 Satz 1 unserer Geschäftsordnung wird auf Verlangen von mindestens einem Fünftel der Mitglieder des Rates geheim abgestimmt. Heute sind 83 Mitglieder des Rates anwesend. Erforderlich wären für den Antrag auf geheime Abstimmung also 20 Prozent. Damit wäre das erforderliche Quorum erfüllt. Von der SPD-Fraktion sind genügend Ratsmitglieder anwesend, um dieses Quorum zu erfüllen. Wir werden also geheim abstimmen.

Ich bitte die Stimmzähler, die ich eben benannt habe, nach vorne zu kommen. Das sind Frau Akbayir, Herr Pohl in Vertretung für Frau Nessler-Komp und Frau Schwab.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie Ihre Entscheidung bitte eindeutig durch ein Kreuz deutlich machen. Stimmzettel mit Zusätzen oder mehreren Kreuzen sind ungültig. Wenn Sie sich der Abstimmung enthalten wollen, kreuzen Sie bitte den Kreis bei „Enthaltung“ an. Das kennen Sie alles.

Wir rufen jetzt die Namen auf. Frau Lange, Sie werden die Ratsmitglieder am Mikrofon in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Ich bitte Sie, zu beginnen.

(Der Namensaufruf und die Auszählung erfolgen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir treten wieder in den Tagesordnungspunkt 10.14 ein. Ich teile Ihnen das Ergebnis der geheimen Abstimmung mit und möchte auch darauf hinweisen, dass damit die Abstimmung über die Vorlage entfällt.

Es sind 82 Stimmen abgegeben worden. Davon haben 42 mit Ja und 37 mit Nein gestimmt. Damit ist der Antrag von CDU, Grünen und GUT beschlossen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Es handelt sich um einen Ersetzungsantrag. Darum ist das die Folge. - Okay.

Tagesordnungspunkt

10.15 Bundesprogramm „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“, Projekte des Mantelprojektes „Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung“; hier: Baubeschluss für die Umgestaltung der Gürzenichstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen 0930/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 2. Das ist auch wie Stadtentwicklungsausschuss.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist das bei Enthaltung der AfD beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.16 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für die Ost-West-Achse mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen 1137/2019

**Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0703/2019**

Als Erstem gebe ich Herrn Pöttgen das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat sich intensiv mit der Ost-West-Achse auseinandergesetzt. Das wissen Sie alle. Ziemlich genau vor einem halben Jahr haben wir hier die Debatte geführt. Das ist also kein ganz neues Thema. Jetzt haben wir die Umsetzung des Ratsbeschlusses vor uns liegen. Es ist schön, dass das nach einem halben Jahr in eine Verwaltungsvorlage gegossen werden konnte.

Ich will nur Folgendes in Erinnerung rufen: Für unsere Fraktion war die ganze Zeit völlig klar, dass ein Tunnel kein Selbstzweck ist, sondern nur dann Sinn ergibt und auch Investitionen rechtfertigt, wenn damit zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden. Und das sehen wir heute nicht.

Zur Erinnerung: Wir haben als SPD zwei Ebenen in zwei Schritten vorgeschlagen, und zwar schnellstmöglichen oberirdischen Ausbau mit Ergänzung einer leistungsfähigen Metrolinie von

Deutz bis zum Aachener Weiher, um so tatsächlich zukunftsfähige Kapazitäten für Köln zu schaffen und in Köln über Wiener Verhältnisse reden zu können, damit das mit der Verkehrswende auch klappt.

Die Vorlage der Verwaltung, über die wir heute entscheiden werden, bringt uns daher keinen großen Wurf, den wir in Köln brauchen, um den ÖPNV wirklich voranzubringen und die Ost-West-Achse tatsächlich fit für die Bedarfe von morgen zu machen.

Besonders bitter ist, dass Sie heute wider besseres Wissen 20 Millionen Euro Planungskosten für einen Tunnel durchwinken, der keine zusätzlichen Kapazitäten bringt und für dessen Realisierung es auch keine Mehrheit geben wird. Was Sie heute beschließen, ist keine verantwortungsvolle Politik, sondern ein fauler Kompromiss.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass nunmehr die Bahnsteigverlängerung für den linksrheinischen Streckenabschnitt auf den Weg gebracht wird. Wer in den Details dabei war, weiß, dass das seinerzeit Teil unseres Vorschlags war. Wir müssen auch schnellstmöglich die Voraussetzungen für den rechtsrheinischen Ausbau schaffen, damit die Langzüge durchgehend von Ost nach West fahren können.

Die Umsetzung bis zur Fußball-Europameisterschaft - auch das ist ja in der Debatte Konsens geworden - finden wir an der Vorlage gut.

Trotzdem lehnen wir die Vorlage insgesamt ab. Wir möchten keine Ressourcen in einen Tunnelbau stecken, der keinen überzeugenden Mehrwert und keine zusätzlichen Kapazitäten bringt. Ein zukunftsfähiges Konzept für den Ausbau der Ost-West-Achse sehen wir nicht. Wir haben eine andere Vorstellung, wie dargestellt.

Daher halten wir den Antrag von CDU und Grünen vom Dezember 2018, der heute umgesetzt wird, nicht für zukunftsweisend und auch den Änderungsantrag von Herrn Wortmann, der einfach nur den Tunnel bauen will, nicht für zielführend, weil auch das nicht die zukunftsweisende Kapazität bringt. Das ist keine Überraschung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir haben die inhaltliche Debatte über den Antrag hier schon im Dezember 2018 geführt. Auch da gab es eine geheime Abstimmung, wie alle wissen, und auch da haben wir vom schwarz-grünen Bündnis zusammen mit den GUTen gezeigt, dass wir die Mehrheiten, die wir organisieren, hier auch durchstehen können.

Daher bin ich froh darüber, dass mir jetzt die Gelegenheit gegeben wird, noch einmal einige Sätze zur Vorlage zur Ost-West-Achse zu sagen. Wir haben das ja im Verkehrsausschuss auch schon diskutiert.

Im Dezember 2018 hatten wir hier die schnellstmögliche Ertüchtigung der Ost-West-Achse beschlossen, und zwar mit städtebaulich hochwertigem Interim in dem umzubauenden Teil in der Innenstadt. Es freut mich sehr, dass es jetzt möglich ist, höchstwahrscheinlich bis zur Fußball-Europameisterschaft der Männer, also bis 2024, auch die Bahnsteigverlängerungen auf der Strecke zum Stadion hinzubekommen, um möglichst viele Leute schnell zum Stadion und wieder zurück transportieren zu können.

Nun komme ich zu der Frage nach den Planungskosten und danach, wie viel denn welcher Teil eigentlich kostet. Ja, es ist richtig; wir nehmen hier Geld für seriöse Planungen in die Hand. Damit möchte ich nicht andeuten, dass die Vorlagen und Unterlagen vorher unseriös gewesen seien. Aber hier gehen noch einmal tiefer greifende Zahlen und Fakten ein. So schaffen wir die Grundlage dafür, dass dann, wenn es denn zu der Entscheidung kommt, ob wir dauerhaft oben bleiben oder auf dem infrage kommenden Teilstück nach unten gehen, nicht nur aufgrund einer Machbarkeitsstudie darüber entschieden wird, welche finale Variante letztendlich herauskommt; denn dann haben wir schon Planungen, anhand derer wir abschätzen können, welche Baukosten auf uns zukommen, welche weiteren Planungskosten auf uns zukommen etc. pp.

Das ist auch das, was damals im Rahmen der Befragung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger diskutiert wurde. Seinerzeit ging es nämlich um die Frage, auf welcher Grundlage wir so etwas eigentlich durchführen wollen.

Wenn wir wollen, dass Entscheidungen entsprechend legitimiert sind, sollte jedes Ratsmitglied, das hinterher für oder gegen einen Baubeschluss die Hand heben muss, sich auch darauf verlassen können, dass fundierte Planungen vor-

liegen. Bei anderen Großprojekten sehen wir hier in den letzten Jahren ja leider immer wieder, wohin sich die Kosten und die Zeitdauern sonst entwickeln.

Wenn wir eine Grundlage dafür schaffen, dass man von Anfang weiß, wie teuer es wird, wie lange es dauert und welchen Nutzen wir letztendlich davon haben, dann finde ich es auch in Ordnung, wenn man am Anfang eines solchen Prozesses noch Geld in die Hand nimmt, um das Ganze weiterzuführen. Daher können wir als grüne Fraktion auch dieser Verwaltungsvorlage so zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier eine absurde Vorlage vorliegen. Dafür kann die Verwaltung aber nichts. Der Grund ist vielmehr, dass die Politik im Dezember 2018 einen absurden Beschluss gefasst hat.

Schwarz-Grün ist sich in der Frage „oben oder unten?“ so einig wie Feuer und Wasser oder wie Teufel und Weihrauch.

Hinzu kommt, dass Sie mit Schwarz-Grün alleine überhaupt keine Mehrheit für diesen absurden Beschluss bekommen hätten. Deswegen mussten Sie großzügig auf die Ratsgruppe GUT zugehen. Jetzt dürfen wir noch eine schöne Machbarkeitsstudie für den Papierkorb bezahlen, mit der eine Seilbahn überprüft werden soll.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das stand aber nicht in der Ratsvorlage!)

- Nein, das stand nicht in der Ratsvorlage. Aber wer drei und drei zusammenzählen kann, wird zu diesem Ergebnis kommen.

Es ist sehr bedauerlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie heute beschließen, dass ein Planungsteam für den Papierkorb arbeitet. Zugegebenermaßen wissen wir noch nicht, welches Team das ist - entweder das Team, das für oben plant, oder das Team, das für unten plant. Ein Team arbeitet jedenfalls für den Papierkorb. Das halten wir für eine absolute Demotivation der

Planungskräfte, die ohnehin nicht sehr umfangreich vorhanden sind.

Gestern hat die Verwaltung im Finanzausschuss die Beantwortung einer Anfrage, die wir im Verkehrsausschuss gestellt haben, vorgelegt. Die Antwort ist natürlich erst jetzt und relativ kurzfristig gekommen. An dieser Stelle geht es um relativ kompliziertes Zahlenmaterial. Ich habe heute am frühen Abend schon einmal probiert, kompliziertes Zahlenmaterial hier vorzustellen, was nur bedingt gelungen ist. Das wird mit Sicherheit jetzt auch schwierig. Aber ich möchte es trotzdem gerne probieren.

Wir hatten im Dezember 2018 für die Variante 2+ 760 Millionen Euro veranschlagt. In der aktuellen Vorlage finden wir einen Betrag, der weitaus höher ist. Nun wird die Verwaltung kontern, das eine seien Nettozahlen, und das andere seien Bruttozahlen. Das ist auch nicht falsch. Trotzdem muss die Verwaltung sich hier die Frage gefallen lassen, warum wir im Dezember 2018 mit Nettozahlen gearbeitet haben und jetzt mit Bruttozahlen arbeiten. Die Bruttozahlen sehen doch schon wesentlich uncharmanter aus.

Des Weiteren würde ich von der Verwaltung gerne Folgendes wissen: Sie schreiben in der Antwort, die gestern im Finanzausschuss vorgelegt wurde, dass die neuen Zahlen keine Auswirkungen auf die Nutzen-Kosten-Berechnung haben. Das wundert mich. Aber ich gehe davon aus, dass Sie das gleich erläutern können. Mich wundert das deswegen, weil ich noch sehr gut in Erinnerung habe, dass bei der Nord-Süd-Stadtbahn jeder kleine Nachtrag - insbesondere beim Los Süd kamen sie massenhaft; der eine oder andere wird sich daran erinnern - dazu geführt hat, dass die Nutzen-Kosten-Berechnung neu durchgeführt werden musste.

Weiterhin führt die Verwaltung in der gestern vorgelegten Beantwortung der Fragen Folgendes aus - damit es vielleicht ein bisschen einfacher wird, beziehe ich mich jetzt nur auf die Nettozahlen, die Sie freundlicherweise auch noch einmal dort hineingeschrieben haben -: Der Tunnel ist mit netto 678 Millionen Euro veranschlagt. Zur Erinnerung: Für die Gesamtstrecke von Weiden-West bis Bensberg sind es 760 Millionen Euro. Es bleiben also 82 Millionen Euro für die Ertüchtigung der Haltestellen östlich des Heumarktes und westlich des Rudolfplatzes. Das sind 33 Haltestellen; ich habe sie gezählt. Dies entspricht einer Summe von circa 2,5 Millionen Euro pro Haltestelle. Bei der rein oberirdischen Ertüchtigung gehen wir von Nettozahlen von 250 Millionen Euro aus. Dann haben wir natürlich noch

drei oberirdische Haltestellen mehr, weil sie nicht in den Tunnel gelegt werden. Rechnet man bei der rein oberirdischen Ertüchtigung die 250 Millionen Euro auf insgesamt 36 Haltestellen um, kostet bei dieser Ausbauvariante jede Haltestelle im Schnitt 6,9 Millionen Euro.

Da muss mir die Verwaltung noch erklären - vielleicht habe ich es ja einfach nicht verstanden; aber diese Erklärung ist unabdingbar, um das zu beschließen -, wie es zu dieser Differenz bei den oberirdischen Haltestellen zwischen 2,5 Millionen Euro bei dem unterirdischen Ausbau und 6,9 Millionen Euro bei dem rein oberirdischen Ausbau kommt.

Jetzt habe ich die Redezeit ein klein wenig überzogen. Ein Satz noch - dann bin ich auch weg -: Ich erwarte von der Verwaltung, dass mir diese Fragen jetzt beantwortet werden. Wenn das nicht möglich ist, können wir diese Vorlage heute nicht beschließen, weil die Antwort auf unsere Anfrage erst gestern im Finanzausschuss vorgelegt worden ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat jetzt das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal gibt es ja glückliche Fügungen.

(Der Redner hält seinen Tablet-PC hoch)

Das ist das Kalenderblatt des KVB-Kalenders „Köln damals“ vom Mai 2019. Sie haben diesen Kalender wahrscheinlich alle zu Hause an der Wand hängen und kennen das aktuelle Kalenderbild deswegen. Hier kommt die Linie 5 auf der Turiner Straße heraus. So sähe unsere Stadt wahrscheinlich aus, wenn die Grünen in den 70er-Jahren schon mehr Einfluss gehabt hätten. Dann wäre der U-Bahn-Bau bereits damals eingestellt worden. Das heißt, wir hätten hier diese Rampe und der Ebertplatz wäre wahrscheinlich nie unterirdisch gebaut worden.

Deswegen ist das eine glückliche Fügung, weil man sieht, wie sich die Stadtbahn in Köln entwickelt hat. Das ist auch die Weichenstellung, vor der wir hier stehen. Heute machen wir ja nur einen Zwischenschritt. Die große Entscheidung steht uns irgendwann in der nächsten Ratsperiode noch ins Haus. Ich kann nur hoffen, liebe Kol-

leginnen und Kollegen der SPD, lieber Andreas Pöttgen, dass es bis dahin bei euch so viel Weisheit geregnet hat, dass ihr von den Bildern, die ihr euch hier selbst gemalt habt, wegkommt.

Ich will nicht ausschließen, dass wir Mitte der 30er-Jahre oder in den 40er-Jahren diese Kapazitäten brauchen. Heute sieht diese Notwendigkeit aber außer der SPD-Fraktion keiner. Die KVB sagt: Wir kommen über Jahrzehnte mit diesen Kapazitäten aus. - Aber ich will es nicht ausschließen.

Heute sagen auch alle außer der SPD-Fraktion: Das ist nicht förderfähig. Weder ist der Rheintunnel förderfähig, noch ist „oben und unten gleichzeitig“ förderfähig. - Vielleicht ändert sich das in den 30er-Jahren. Ich kann es nicht voraussagen. Das müssen auch spätere Generationen von Ratskolleginnen und -kollegen dann hier bewerten und entscheiden.

Nur: Wir machen Realpolitik. Auf Annahmen, von denen lediglich Andreas Pöttgen und die Mehrheit der SPD-Fraktion ausgehen, können wir keine Planung aufbauen. Auch auf Förderungen, die nur Andreas Pöttgen und die Mehrheit der SPD-Fraktion sehen, kann man keine Planung aufbauen. Deswegen hoffe ich, dass es dort ein Einsehen gibt. Bisher sind leider alle guten Ratschläge - auch von Parteifreunden von euch, von Genossen - verhallt.

Wenn wir diesen Beschluss gefasst haben, können wir alle noch einmal abkühlen. Dann gehen wir in die Kommunalwahl. Danach hat der Rat eine andere Zusammensetzung. Dann muss man sich irgendwie zusammenraufen. Da muss sich die SPD mit der CDU zusammenraufen. Eine solche Entscheidung muss von den Volksparteien über Koalitionen und über Kommunalwahlen hinweg über Jahrzehnte getragen werden. Das kann man nicht mit einer Stimme Mehrheit im Rat machen.

(Beifall bei der FDP)

Daher hoffe ich darauf, dass wir da noch entsprechende Weisheit bekommen.

Ich freue mich bei der Vorlage auch über den Punkt mit der Europameisterschaft 2024. Solche Dinge haben ja nachher viele Väter. Ich meine, in die Verhandlungen, die wir damals geführt haben, diese Idee als Erster eingeführt zu haben. Aber es ist ja schön, wenn das heute State of the Art ist und die Grünen es selbst auch gut finden. Alles wunderbar! Ich kann das gerne im Sinne der Stadt entsprechend weitergeben.

Heute geht es erst einmal darum, wie wir mit der etwas verkorksten Entscheidung vom Dezember 2018 hier weiter umgehen und wie wir weitermachen.

Die zweite Hälfte der verkorksten Entscheidung mit der Busspur auf der Aachener Straße werden wir in der nächsten Sitzung behandeln.

Es ist schade, dass dieses Geplänkel hier insbesondere Planungskosten für die oberirdische Version, die keine Mehrheit in diesem Rat hat, wenn sich CDU und SPD richtig zusammenraufen, in Höhe von 2 Millionen Euro nach sich zieht. Wir jonglieren ja immer mit riesigen Zahlen. Deswegen merken wir vielleicht gar nicht, wie viel Geld hier einfach rausgeschmissen wird.

(Andreas Pöttgen [SPD]: 20 Millionen Euro!)

2 Millionen Euro werden für eine oberirdische Planung ausgegeben, für die in diesem Rat eigentlich keine Mehrheit da ist. Das ist ein Zugeständnis nur an die Grünen. Ihr solltet euch dafür schämen, dass das Geld hier so verschwendet wird.

(Beifall bei der FDP)

Weil wir dieser Verschwendung nicht zustimmen wollen, Frau Oberbürgermeisterin, bitte ich Sie darum, abschnittsweise abstimmen zu lassen bzw. über den Punkt 3, der diese oberirdische Planung enthält, getrennt abstimmen zu lassen, damit wir die Möglichkeit haben, dort mit Nein zu stimmen.

Damit es mit dem U-Bahn-Bau weitergeht und wir nicht solche Torsos wie hier wie auf dem Kalenderbild vom Mai 2019 bekommen, werden wir der Gesamtvorlage am Ende zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, ich wollte Frau Blome am Ende der Debatte das Wort geben; nicht, dass Sie meinen, ich hätte das vergessen. - Herr Michel.

Dirk Michel (CDU): Das ist der logische Next Step nach der Variantenentscheidung im Dezember 2018. Diese muss auch heute nicht mehr ausgefochten werden. Für das Protokoll wiederholen wir als CDU noch einmal unsere Zustimmung.

mung aus dem Verkehrsausschuss zu dieser Vorlage.

Dieser Beschluss hat schon eine größere Bedeutung für unser Verkehrsunternehmen und damit auch für unseren Stadtwerke-Konzern. Eine unserer strategischen Ausrichtungen bei der KVB ist die Umsetzung dieses Beschlusses und auch weiterer aus dem ÖPNV-Bedarfsplan. Der Aufsichtsrat hat dem letzte Woche einstimmig zugestimmt.

Zu den oberirdischen Planungen sei einmal erklärt - das richtet sich an Herrn Sterck und auch an Herrn Weisenstein -, dass sie erforderlich sind, weil der Fördergeber sie einfordert. Wären wir dem Vorschlag von SPD und LINKEN gefolgt, wären die Planungskosten ohnehin verloren, da deren Projekt nicht förderfähig ist.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Damit hier keine Missverständnisse entstehen: Der Vorschlag der SPD hat keine Akzeptanz; das gilt in Köln, in NRW oder auch national. Er spielt in keiner strategischen Überlegung eine Rolle; bei KVB, SWK, NVR, im ÖPNV-Bedarfsplan oder in Berlin spielt er keine Rolle.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Hört! Hört!)

Wir übernehmen heute Verantwortung; ich hoffe, die SPD auch wieder. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir stehen selbstverständlich zu unserem Beschluss vom Dezember 2018.

Dennoch hat Herr Sterck natürlich recht. Es gibt hier im Saal weiterhin keine Mehrheit für eine rein oberirdische Lösung. Herr Sterck hat aber auch dargestellt, dass es in diesem Rat weiterhin keine Mehrheit für eine Tunnellösung gibt, wie sie die Verwaltung zwischendurch auch einmal vorgeschlagen hatte.

In dieser Situation befanden wir uns auch im Dezember 2018. Dennoch haben wir es geschafft,

einen Beschluss herbeizuführen, der es der Verwaltung ermöglichte, mit den Planungen zu beginnen. Insofern können wir sagen, dass wir äußerst konstruktiv an der Sache gearbeitet haben.

Zwar kostet es mehr Geld - das stimmt -, als es gekostet hätte, wenn man sich von Anfang an für eine Variante hätte entscheiden können. Aber das ist nicht unser Verschulden. Diese Mehrheiten sind einfach nicht da gewesen.

Nun werden wir Planungen beginnen. Wir werden weiterhin für „oben“ plädieren. Die Kostenentwicklungen auch bei den Planungen zeigen uns in der Tendenz schon, dass sich die Mehrheiten vielleicht irgendwann einmal ändern werden, und zwar hin zu einer rein oberirdischen Lösung, da sie deutlich kostengünstiger werden wird.

Zu Herrn Weisenstein: Ich möchte mich in diesem Fall einmal ganz kurz bei dir beschweren. Du kannst doch nicht solche Zusammenhänge wie mit dieser Seilbahn herstellen. Das ist vielleicht früher in diesem Haus üblich gewesen. Aber solche Deals gehen nicht mit mir, nicht mit Zimmermann! Nein, solche Deals gibt es nicht, kennen wir nicht, machen wir überhaupt nicht. Das ist also absoluter Quatsch.

Im Verkehrsausschuss ist dieser Beschluss zur Seilbahn übrigens nur gegen die Stimmen der LINKEN gefasst worden; alle anderen haben dafür gestimmt. Unsere Idee ist inzwischen auch durch die Bundesstiftung Baukultur geädelt worden. Sie war bei einem Workshop im Wallraf-Richartz-Museum Thema. Unser Referent, Herr Schmeckpeper, war dort Keynote Speaker.

Wir stehen also zu dem Beschluss. Auch in den letzten Monaten sind mir persönlich keine wirklichen Zweifel an diesem Beschluss gekommen. Was kann denn besser sein, als wenn wir, wie Lino Hammer vorhin dargelegt hat, endlich einmal einen Beschluss auf ordentlichen Planungsgrundlagen fassen und nicht nur auf groben Schätzungen einer Machbarkeitsstudie?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch das, was wir in Köln eigentlich immer wollen und was wir bei vielen anderen Projekten auch besser vorher so gehabt hätten.

Zu dem Beschluss gehören aber auch verschiedene andere Dinge - nicht nur die reinen Planungen für die U-Bahn, sondern natürlich auch die öfters erwähnte Busspur, die für viel Aufregung sorgt. Wer sich die Pläne einmal vorstellen lässt, wird aber schnell merken, dass es nicht

darum geht, Braunsfeld zuzumauern und keine Kunden mehr in die Ladengeschäfte zu lassen. Im Gegenteil! Die KVB arbeitet zusammen mit der Verwaltung an einer Lösung, die äußerst sinnvoll ist und das ÖPNV-Angebot attraktiv verbessern wird. Deswegen stehen wir natürlich weiter zu der sogenannten Busspur.

In der Form, in der die Verwaltung sie dann vorschlagen wird, werden wir sie uns natürlich genau anschauen. An dieser Stelle muss ich Frau Blome auch ein wenig widersprechen. Das ist nicht nur eine temporäre Maßnahme, die schnell umgesetzt werden muss und deswegen keiner großen baulichen Maßnahmen bedarf. Wir werden natürlich schauen, was Sie da vorschlagen. Wenn dann vielleicht der eine oder andere Stellplatz einer ordentlichen Lösung im Weg ist, werden wir vorschlagen, zumindest noch einmal darüber nachzudenken. Diese Freiheit werden wir uns dann auch nehmen.

Wir erwarten natürlich auch, dass ein weiterer Teil des Beschlusses umgesetzt wird. Wir haben ja ebenfalls beschlossen, dass in der Innenstadt über eine Busspur zwischen Deutz und dem Eisenbahnring zumindest einmal in Form eines Prüfauftrages vertieft nachgedacht wird. Auch da erwarten wir ein faires Ergebnis - genauso fair, wie wir jetzt dieser Beschlussvorlage zustimmen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank. - Ich spreche wieder vom Platz aus, weil ich es kurz machen kann. Vieles ist schon gesagt worden.

Der von mir vorliegende Änderungsantrag greift letztendlich den Redebeitrag bei der Ratssitzung im Dezember 2018 auf. Wir bleiben ganz klar dabei, dass wir ausschließlich eine unterirdische Lösung präferieren. Deshalb kann diese Beschlussvorlage von uns auch keinesfalls mitgetragen werden.

Ich möchte aber noch einmal deutlich auf die Situation auf dem Teilstück zwischen dem Rudolfplatz und der Moltkestraße hinweisen. Dort sollen nun Gleisverlegungen in Richtung Aachener Straße stattfinden bzw. soll umgekehrt der Ge-
genverkehr auf die Richard-Wagner-Straße ge-

legt werden. Auch das muss mit in ein Papier hinein; das muss mit geprüft werden.

Insbesondere ist die Express-Busspur für uns überhaupt keine Lösung. Dazu habe ich vor allem im Dezember 2018 schon einiges gesagt.

Ich möchte auch noch einmal an die kritischen Anmerkungen der Rechnungsprüfer zu dieser Vorlage und den damit verbundenen Kosten erinnern - insbesondere vor dem Hintergrund dessen, dass hier eigentlich der Masterplan Verkehr für den städtischen Raum angefordert wird, der aber nicht auf dem Tisch liegt.

Meines Erachtens reden wir hier über eine Teillösung, ohne sie im Kontext eines Gesamtverkehrsplans zu sehen. Die Seilbahn ist für mich übrigens kein Blickfang, sondern ein Trugbild. Deshalb werden wir diesen Beschluss hier nicht mittragen. - Danke.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome, ich bitte Sie noch um kurze Erläuterungen zu den Fragen von Herrn Weisenstein.

Beigeordnete Andrea Blome: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Weisenstein, es geht in diesem Beschluss nicht um den Beschluss von Baukosten, die auch gar keine Baukosten sind, die wir mit einer seriösen Planung festgestellt haben. Das habe ich schon mehrfach besonders betont. Deswegen haben wir hier den Begriff der Kostenorientierungswerte geprägt. Es ging darum, dass wir aus den Volumen für die einzelnen Abschnitte Planungswerte ermittelt haben. Wir haben das Ganze wieder auseinandergeschnitten und daraus dann die Werte abgeleitet, die wir für die Planer brauchen.

Das verhält sich nicht eins zu eins. Die alten Kosten, die wir genannt hatten, waren für die Standardisierte Bewertung. Das ist eine ganz andere Herangehensweise. Da gibt es eine andere Systematik. Deswegen sind das auch Nettokosten. Dabei sind auch gewisse Planungspauschalen eingezogen, aber andere Dinge, was Objektplanung, Oberflächenplanung, Provisorien und alles das betrifft, natürlich nicht.

Hier haben wir schon deswegen Bruttowerte genannt, weil wir später, wenn es dann zum Einplanen von Baukosten in den Haushalt kommt, natürlich die Bruttokosten in den Haushalt ein-

planen werden. Dem steht eine Einnahmeposition aus genau der Mehrwertsteuer gegenüber, weil das Ganze über den BgA abgewickelt wird, der vorsteuerabzugsberechtigt ist.

Insofern gilt: Das eine ist das, was die Klarheit im Haushalt betrifft, und das andere ist das, was die Standardisierte Bewertung betrifft.

Dann haben wir es, wie gesagt, auseinandergenommen. Wir haben da die Werte für die Planungskosten hergeleitet. Hier haben wir keinerlei wundersame Baukostenvermehrung oder sonst irgendetwas betrieben. Vielmehr brauchen wir die Kosten hier, damit wir das europaweite Vergabeverfahren überhaupt starten können; denn um es starten zu können, müssen wir natürlich die Volumen im Haushalt stehen haben. Es ist also dafür da, um später die eigentlichen Planungskosten im Wettbewerb auch entsprechend zu vergeben.

Das heißt: Ein Eins-zu-eins-Vergleich oder eine Addition oder eine Subtraktion oder ein Aufteilen von Kosten auf die Zahl der Haltestellen funktioniert anhand der hier enthaltenen Zahlen nicht.

Aber insgesamt sind wir ganz und gar bei dem geblieben, was wir gesagt haben. Das sind weiterhin die Kostenorientierungswerte. Wir sind auch nicht darauf eingegangen, dass diese Kosten aus 2016 stammen und wir jetzt im Jahr 2019 sind. Auch da hätten ja schon baukonjunkturelle Anpassungen passieren können. All das haben wir nicht gemacht. Wir sind auf dieser Basis geblieben und haben hier die Planungskosten seriös hergeleitet.

Das ist der Inhalt des Beschlusses heute. Es ist nicht ein Beschluss über Kostenentwicklungen. Das spielt hier gar keine Rolle.

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch eine Nachfrage.

(Zuruf von der CDU: Macht das doch im „Consilium“!)

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Nein, das mache ich nicht im „Consilium“. Das mache ich jetzt hier, weil ich glaube, dass das eine ganz wichtige Sache ist.

Wir haben ja im Dezember 2018 durchaus von Nutzen-Kosten-Faktoren gesprochen. Sie

schreiben jetzt in Ihrer Antwort, die gestern im Finanzausschuss vorlag:

Auswirkungen auf den Nutzen-Kosten-Index hat diese weitergehende differenzierte Kostenschätzung nicht.

Es sind aber höhere Kosten. Bei dieser Frage reicht mir also Ihre Antwort leider nicht, um jetzt damit arbeiten zu können.

Zu der zweiten Frage: Es geht ja nicht um Heller und Pfennig. Aber es sind einmal 2,5 Millionen Euro und einmal 6,9 Millionen Euro für eine Haltestelle. Dabei sind es überwiegend die gleichen Haltestellen. Das geht doch sehr weit auseinander. Es kann ja sein, dass ich etwas Falsches zugrunde lege. Aber Sie müssten doch zumindest einmal erklären können, wie so etwas zustande kommt. Vielleicht haben wir es ja falsch gelesen. Allerdings vermute ich, dass ein Großteil der hier anwesenden Ratsmitglieder, wenn er sich tief damit beschäftigt, diese Frage auch stellen müsste. Vielleicht gibt es ja eine einfache Antwort oder eine erklärende Antwort.

Solange diese Antworten nicht gegeben sind, kann meiner Meinung nach dieser Beschluss nicht gefasst werden, weil sich niemand von uns ernsthaft Vorstellungen machen kann, was für ein monströses und teures Projekt da auf uns zukommen wird.

Daher beantrage ich für meine Fraktion jetzt Vertagung dieses Tagesordnungspunktes.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome, mögen Sie bitte noch einmal Stellung nehmen?

Beigeordnete Andrea Blome: Ja, sehr gerne, Frau Oberbürgermeisterin. - Herr Weisenstein, vielleicht kann ich es auch nicht besser erklären. In der NKU sind stadtbahnbedingte Kosten enthalten. Die Ermittlung dieser stadtbahnbedingten Kosten obliegt einer Verfahrensanleitung. Das ist sehr standardisiert und wird immer wieder auf den Basiswert 2016 zurückgeführt werden. Auch in der weiteren Zukunft wird es zurückgerechnet werden. Das sind Projekte, die länger laufen. Es wird nicht jedes Mal, wenn der Baupreisindex gestiegen ist, noch einmal neu ausgerechnet, sondern auf die Basis zurückgerechnet.

In diesen stadtbahnbedingten Kosten sind gewisse Kosten nicht enthalten, die wir aber für die Objektplanung eines Planers brauchen, der sich

auch mit Oberflächen, mit Anschlüssen, mit Provisorien etc. beschäftigen muss. Deswegen sind das Volumina. Das kann man einfach nicht vergleichen. Darum habe ich Ihnen ja beschrieben, wie wir die Abschnitte angegangen sind. Wir haben das hier auch in einer Tabelle niedergelegt.

Wir können gerne noch darüber sprechen. Vielleicht können Sie mir noch einmal näherbringen, wie Sie zu Ihrer Rechnung bezüglich der Haltestellen gekommen sind. Ich kann nur sagen, dass auch eine interne Verschiebung dieser Kosten im Ergebnis nichts in Bezug darauf ausmacht, was wir jetzt an einem Planungstopf hier schaffen. Es geht um diesen Planungstopf und nicht um Verschiebungen innerhalb der verschiedenen Elemente.

Sie dürfen uns genauso glauben, dass wir das nicht künstlich hochgerechnet haben. Wir haben auch nichts künstlich heruntergerechnet. Denn es geht, wie gesagt, nicht um die Baukosten. Zu einem Schönen von irgendetwas ist auch Folgendes zu sagen: Wir wären ja schön blöd, wenn wir jetzt hier zu wenig Planungsmittel hätten und nachher dann den Auftrag gar nicht an einen Planer vergeben könnten. Das ist also alles sehr ordentlich und sehr vernünftig gemacht worden.

Ihre Frage bezüglich Ihrer Berechnungen pro Haltestelle kann ich wirklich nicht beantworten, weil die Kosten auch nicht so ermittelt worden sind. Daher kann ich daraus jetzt auch keine Rückschlüsse ziehen.

Wir können uns aber im Nachhinein sehr gerne noch darüber unterhalten. Ich würde auch wirklich versuchen, das noch einmal ausrechnen zu lassen, damit Sie dann auch diese Frage beantwortet bekommen - aber bitte im Nachgang zu einem Beschluss, der jetzt hoffentlich gefasst wird. Entschuldigung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, haben sich damit Ihre Fragen und Ihr voraussichtlicher Antrag auf Vertagung - ich weiß nicht genau, wie ich das deuten soll - erledigt?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]:
Nein, der Antrag auf Vertagung bleibt aufrechterhalten!)

- Er hat sich nicht erledigt und bleibt aufrechterhalten. Gut.

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen, meine Damen und Herren. Dann lasse ich zu-

nächst über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Vertagung und anschließend über die Änderungsanträge abstimmen.

Wer wünscht, dem Antrag auf Vertagung zuzustimmen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Nein. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag von Ratsmitglied Wortmann abstimmen. Wer wünscht ihm zuzustimmen? - Das ist Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Verwaltungsvorlage abstimmen, und zwar erst über den grundsätzlichen Beschluss und dann punktweise. Der grundsätzliche Beschluss lautet:

Der Rat der Stadt Köln stellt den grundsätzlichen Bedarf für die Vergabe von externen Ingenieur- und Dienstleistungen für die Planung der Kapazitätserweiterung auf der Ost-West-Achse für den Streckenverlauf der Linie 1 von Weiden-West bis Heumarkt sowie den betroffenen Abschnitt der Linie 9 fest.

Das ist das Erste, worüber ich abstimmen lasse. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der LINKEN und von Ratsmitglied Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Einzelabstimmung der Aufträge an die Verwaltung.

Ziffer 1. Gegenstimmen? - DIE LINKE und Herr Wortmann stimmen dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ziffer 2. Gegenstimmen? - Herr Wortmann stimmt dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ziffer 3. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT, Herr Wortmann, DIE LINKE und die FDP stimmen dagegen. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ziffer 4. Gegenstimmen? - Die SPD und die Ratsgruppe BUNT stimmen dagegen. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Nun komme ich zur Gesamtabstimmung. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT, Herr Wortmann und DIE LINKE stimmen dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist

auch das so beschlossen. - Damit sind wir auch fertig. Wunderbar. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Tagesordnungspunkt

**10.18 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2018
1518/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich komme zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 6456/06, 7. Änderung Arbeitstitel: Gewerbegebiet Langel in Köln-Fühligen/Merkenich, 7. Änderung 0520/2019

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 62554/02 Arbeitstitel: Swinestraße in Köln-Chorweiler Nord 2469/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD so beschlossen.

Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 269. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4127/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

Tagesordnungspunkt

16.2 270. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1143/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD und von Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Ich komme zu:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 Neubenennung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner in Fachausschüssen 0512/2019

Ich lasse abstimmen wie Anlage 1.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.2 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mit beschränkter Haftung (KGAB) hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes 1312/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.3 Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der KölnVorsorge - Sterbeversicherung VVaG 1468/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.4 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds
1340/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.5 Flughafen Köln/Bonn GmbH
hier: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes
1492/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend
„Ausschussumsetzung“
AN/0658/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.7 Kölner Sportstätten GmbH: Entsendung
eines Mitglieds in den Aufsichtsrat
1474/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?

(Peter Kron [SPD] meldet sich zu Wort)

- Normalerweise machen wir bei den Wahlen keine Wortmeldungen. Aber fragen kann man ja immer. Herr Kron.

Peter Kron (SPD): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich war erstaunt, als ich die Vorlage sah. Es geht ja um die Nachfolge von Dr. Klein im Aufsichtsrat der Kölner Sportstätten GmbH. Mich erstaunt, dass nicht ihr Nachfolger, Herr Voigtsberger, entsendet werden soll. Das hat - das ist für mich wichtig - nicht mit einer Geringschätzung des Herrn Wolfgramm zu tun; auf keinen Fall. Mich wundert nur, dass der Sportdezernent da nicht benannt ist.

Mir kam zu Ohren, dass das eine temporäre Maßnahme sein soll. Am 1. Juli 2019 beginnt Herr Voigtsberger ja seinen Dienst. Gibt es denn da noch vor der Sommerpause wieder einen Wechsel? Das ist meine Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich will die Frage gerne beantworten. Aber niemand hier

im Saal weiß wahrscheinlich besser, welche Entscheidungen da im Moment anstehen, und zwar vor dem 1. Juli 2019. - Das ist der erste Punkt.

Zweitens. Ehrlich gesagt, habe ich es in den letzten 20 Jahren noch nicht erlebt, dass Entscheidungen eines Oberbürgermeisters, wie er seinen Sitz besetzt, kommentiert werden.

Aber ich darf Ihnen sagen: Es ist natürlich keine Entscheidung gegen den neuen Dezernenten, sondern eine Entscheidung, die jetzt getroffen worden ist, weil es eilt. Und Sie sehen ja, wie die Aufsichtsräte hier wechseln. Es ist also auch keineswegs so, dass Aufsichtsratssitze immer in einer Hand bleiben.

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich rufe diesen Punkt jetzt noch einmal zur Abstimmung auf. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

**17.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 ‚Wahlen‘; hier: Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien“
AN/0722/2019**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend
„Wahlen; hier: Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien“ - Neufassung
AN/0745/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist es so beschlossen.

Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils. - Ach, es gibt noch TOP 17.10.

Tagesordnungspunkt

**17.10 Antrag der SPD-Fraktion betreffend
„Besetzung von Gremien“
AN/0747/2019**

Diesen Antrag habe ich noch nicht drauf, weil er während der Ratssitzung gekommen ist. Wo ist der Antrag denn bitte? Ich habe ihn leider nicht vorliegen. Ich würde ja wenigstens gerne einmal den Antrag kennen. Haben Sie den Antrag bitte einmal für mich?

(Christian Joisten [SPD] übergibt Oberbürgermeisterin Henriette Reker ein DIN-A4-Blatt)

- Ich danke Ihnen, dass Sie ihn mir zur Verfügung stellen. Danke schön. - Okay.

Ich lasse jetzt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Hier geht es um Gremienbesetzungen. Der Antrag ist verteilt worden, wie ich eben gehört habe. Er müsste also Ihnen allen vorliegen. Er ist auch unter TOP 17.10 eingestellt.

Ich frage zunächst, ob wir zusammen darüber abstimmen können. Das müsste meines Erachtens bei den Wahlen ja möglich sein. Gibt es hier eine andere Auffassung dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann - - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin, ich kann mich nicht erinnern, dass wir zu Beginn bei der Festlegung der Tagesordnung über diesen Punkt gesprochen haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Doch, das habe ich gemacht.

Bernd Petelkau (CDU): Das habe ich nicht wahrgenommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe es gemacht. Mir hat dann einer zugerufen: Es gibt noch einen Antrag der SPD-Fraktion unter TOP 17.10. - Ich kannte ihn, wie gesagt, nicht. Er ist aber eingestellt. Er ist auch verteilt. Ich habe ihn bei Feststellung der Tagesordnung angemeldet. Jetzt habe ich gefragt, ob darüber zusammen abgestimmt werden kann, und keinen Widerspruch bekommen. Deswegen würde ich jetzt gerne so darüber abstimmen lassen.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Damit sind wir jetzt wirklich am Ende des öffentlichen Teils angekommen.

(Schluss: 21.28 Uhr)